

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 stelle. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlos-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1953.

Dienstag, den 23. August 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1954.

Der badische Parteitag.

Offenburg, 21. August 1910. (Eig. Ber.)

Schon gestern abend war es in der nichtöffentlichen Sitzung des Parteitags beim Punkt „Presse“ zu kleinen Entladungen der über der Tagung lagernden elektrischen Spannung gekommen. Eine Bemerkung des Genossen Adolf Ged, daß die Gesamtpartei, wenn sie Geld geben solle für ein oberbadisches Parteiblatt, Interesse habe daran, daß dieses Blatt auf dem Boden der Sozialdemokratie, das heißt der die Beschlüsse der Gesamtpartei anerkennenden Sozialdemokratie stehe, entseffelte heftige Proteste und gereizte Erwiderungen. In später Abendstunde endete die Debatte mit der Annahme eines Beschlusses, wonach eine Kommission die Möglichkeit der Gründung eines oberbadischen Parteiorgans mit dem Sitz in Freiburg oder Vöhrach prüfen soll. Der vierte Punkt der Tagesordnung: die Einführung eines Wochenbeitrages an Stelle des Monatsbeitrages, wurde ohne vorhergehende Plenarberatung ebenfalls an eine Kommission verwiesen.

So wurde die Bahn frei für die Erörterung der Budgetfrage gleich zu Beginn der heutigen Sitzung, die schon um 8 Uhr zusammentrat. Vorher erfolgte die Begrüßung der Delegierten des deutschen Parteivorstandes und der benachbarten Landesparteien. Der Vorsitzende Genosse Dr. Frank hieß die Gäste willkommen, und sprach dabei die Hoffnung aus, daß sie den Eindruck mitnehmen würden, die badische Sozialdemokratie will im Rahmen der Sozialdemokratie arbeiten, wenn sie auch durch die Verhältnisse gezwungen ist, Wege zu gehen, die man draußen nicht immer für richtig hält. Daran schloß sich eine Mahnung an die Delegierten, die Debatte so zu führen, daß den Gegnern nicht unnötigerweise Material geliefert werde. Genosse Kollenbuhr, der Sprecher des Parteivorstandes, hielt eine der Situation sehr fein angepaßte Rede. Was er über den Wert der viel angefochtenen Worte von der einen reaktionären Masse, von der Isolierung der Sozialdemokratie in der Sozialpolitik, über die Notwendigkeit nicht nur enger Fühlung der einzelnen Landsmannschaften, sondern ihres festen Zusammenschlusses zur geschlossenen Gesamtpartei sagte, das war in seiner Bedeutung nicht mißzuersehen. Anders die Genossen Mauerer-München und Fuhs-Strasbourg, die die Grüße des bayerischen und des elsass-lothringischen Landesvorstandes überbrachten. Durch ihre Reden klang deutlich die Bewunderung der badischen Erregungsschichten und der badischen Taktik und die Tendenz, die badischen Genossen zu bestärken, daran festzuhalten, wobei sie freilich kaum im Namen der Majorität der bayerischen und elsass-lothringischen Genossen sprechen konnten.

Mit dem Referate des Genossen Kolb über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion setzte darauf die Hauptdebatte ein. Genosse Kolb sprach sehr geschickt und oratorisch wirksam und legte mit rücksichtsloser Offenheit die letzten Konsequenzen der Politik dar, die er bezw. die Mehrheit der badischen Fraktion betrieben hat und weiter betreiben will. Seine Rede war ein unumwundenes Bekenntnis zur Ausschöpfungstheorie, zum Ministerialismus usw. Kolb begann mit einer eingehenden Schilderung der Landtagsarbeit, die er bis ins Detail sachkundig und prägnant darstellte, wobei er die Fortschritte, die die Fraktion erzielte, natürlich möglichst groß hinstellte. Nachdem er so die Früchte der Großblocktaktik in den schönsten Farben gemalt, suchte er die Budgetbewilligung durch die Behauptung zu rechtfertigen, daß man alle diese Früchte aufs Spiel gesetzt hätte, wenn man das Budget abgelehnt hätte. Die Begründung dafür blieb er freilich vorerst schuldig. Man erfährt nichts darüber, welcher Schaden denn der badischen Sozialdemokratie daraus hätte erwachsen können, wenn die Landtagsfraktion auch noch nach der bekannten Rede des Ministers v. Bodman das Budget abgelehnt hätte. An Stelle dessen unternahm Kolb einen komisch anmutenden Versuch, die Budgetbewilligung und die „positive Arbeit“ durch Berufung auf Marx zu begründen, auf den Marx, wie er ihn versteht. Die Marxisten verstehen ihn seiner Ansicht nach nicht — wenn Marx sie hören könnte, würde er sich im Grabe umdrehen. In seinen temperamentvollen Ausführungen legte Kolb die grundsätzliche Auffassung dar, aus der heraus er die politische Arbeit der Partei in den Parlamenten geführt wissen will. Die grundsätzliche Budgetverweigerung stempelt diese zur Komödie, dergleichen ist nur möglich, so behauptet er, wo daraus keine Konsequenzen für die Partei entstehen. Den Disziplinbruch befreit er nicht, aber die zwingende Situation soll ihn rechtfertigen. Unverantwortlicher Schade wäre der Partei aus der Ablehnung des Budgets erwachsen — weshalb, das wird wieder nicht mitgeteilt. Daß die Zustimmung in der Partei einen solchen Sturm hervorrufen würde, das habe die Fraktion nicht vorausgesehen! Die Hofgänger gibt Kolb halb und halb preis, wenngleich er zu reiten sucht, was zu reiten möglich ist. Jedenfalls hat die allgemeine Verurteilung, die diese Dinge auch in Baden erfahren haben, das eine bewirkt, daß an der Gratulationscour im großherzoglichen Schloß kein Vertreter der Fraktion teilnehmen werde. Ein kräftiger Appell an das Solidaritätsgefühl der badischen Genossen mit ihren Abgeordneten, die deutliche Ankündigung des Rücktritts der

17 Budgetbewilliger, wenn ihnen kein Vertrauensvotum wird, bildete den Schluß der von der großen Mehrheit des Parteitags mit lautem Beifall aufgenommenen Rede.

Eindringlich und wirkungsvoll entgegnete Genosse Adolf Ged, dem der Parteitag unbeschränkte Redezeit gibt. Er hält der bei alledem fortbestehenden Mangel entgegen. Er zeigt an einzelnen geschickt gewählten Beispielen, daß die Rücksicht auf die nationalliberalen Bundesgenossen bisweilen der Schärfe in der Vertretung der sozialdemokratischen Forderungen Eintrag getan hat und er weist nachdrücklich auf den schwachen Punkt in der Stellung der Budgetbewilliger hin, daß ihnen noch vierundzwanzig Stunden vor der Budgetabstimmung die politische Ehre die Ablehnung des Budgets gebot, daß dieses Gebot der politischen Ehre aber plötzlich nach der in ihrer Bedeutung stark überschätzten Bodmanschen Rede nicht mehr bestehen sollte. Die Details der Landtagsarbeit sind freilich nicht die Stärke des Redners, aber klar arbeitet er den Hauptpunkt heraus, schlagfertig antwortet er auf die zahlreichen Zwischenrufe. Eine leichte Resignation liegt über seinen Ausführungen und eine schöne Wärme durchzittert seine Worte, als er zum Schluß die Genossen auf die Konsequenzen ihres Beschlusses, auf die Gefahr für die Einheit der Partei, die daraus entspringen kann, eindringlich aufmerksam macht. Still und aufmerksam hört ihm die Versammlung in diesem letzten Teil seiner Rede zu und als er die mangelhafte Unterrichtung der Genossen und der Delegierten durch die badische Parteipresse beklagt und ihnen sagt, daß nur ein geringer Bruchteil von ihnen die Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit“ und die Artikel des „Vorwärts“ zur Frage gelesen hat, da regt sich kein Widerspruch. Auch er hat starken Beifall zum Schluß, aber er kommt zum größten Teil von den Nichtdelegierten, von den zuhörenden Offenburgern Genossen auf der Galerie, denen der Vorsitzende diese Einmischung in die Verhandlungen verweist.

Waren die beiden Hauptredner bei aller Entschiedenheit und allem Temperament sachlich und in durchaus parteigenössischen Formen geblieben, so gab es in der Diskussion, die nach der Mittagspause einsetzte, einige Entgleisungen und Abirrungen ins Persönliche. Verschiedene Redner gebrauchten kräftige Ausdrücke gegen „norddeutsche Krakeeler“ und gegen die Parteiblätter, die im Vorkampf gegen die Budgetbewilligung und den Disziplinbruch stehen; auch dem „Vorwärts“ wurden einige ungerechte Vorwürfe gemacht, die sein Vertreter mit Entschiedenheit zurückwies. Die beiden Vertreter des Parteivorstandes, die Genossen Müller und Kollenbuhr taten in eindringlichen, warmen Darlegungen das ihrige, um den Delegierten den ganzen Ernst der Situation, die Gefahr für die Einheit der Partei, die vor der Tür steht, vorzuführen. Mitten in diese Verhandlungen lief das mit lautem Beifall aufgenommene Begrüßungstelegramm der heftigen Landeskonferenz ein, worin mitgeteilt wird, daß auch die Hessen die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses fordern. Die Befürworter der Budgetbewilligung waren in der Debatte so sehr in der Mehrheit, daß sich alsbald der ganzen Versammlung der Eindruck bemächtigte, daß weiteres Reden an der Entscheidung nichts mehr ändern werde. Die Debatte wurde geschlossen und dem Referenten Kolb das Schlusswort gegeben. Auch diesmal ging er frisch drauf los und ließ keinerlei Zweifel über seine Absichten. Mit aller Schärfe verkündete er, daß der Kampf zwischen den beiden Richtungen in der Partei ausgekämpft werden müsse, rücksichtslos forderte er den endgültigen Verzicht auf den „bloßen Agitationsstandpunkt“, blutig höhnt er die alte Taktik, der er kurzerhand die Ehrlichkeit abspricht, weil seiner Ansicht nach man sich nur so lange „die Komödie“ gestattet, gewisse Vorlagen, die kleine Vorteile gewähren, aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen, als man wisse, daß sie auch ohne die sozialdemokratischen Stimmen zustande kommen. Er prophezeit, daß in zehn Jahren jeder Beamte sich zur Sozialdemokratie bekennen darf, wenn so weiter gearbeitet wird, er prophezeit die Abwendung der Arbeiter von der Partei, wenn die sozialdemokratischen Stimmen und Mandate im Reichstage nicht endlich in Vortritt für die Arbeiterklasse umgewandelt würden, er prophezeit die Verlehrung der preussischen, insbesondere der Berliner Sozialdemokraten zur badischen Taktik, wenn einmal 120 Sozialdemokraten im Reichstag sitzen würden. Und dann rückt er endlich mit dem wahren Grunde für die Budgetbewilligung heraus. Nicht die Rede Bodmans war das bestimmende Moment, diese Rede habe lediglich die Situation blühend erleuchtet, habe gezeigt, daß die Schatzmacher und Innere der Ersten Kammer die Sozialdemokratie um die Früchte ihrer politischen Arbeit bringen wollten. „Da haben wir uns gefügt, das bringt ihr (die Reaktionäre) nicht fertig, wir lassen uns von euch nicht auf den Hölkerschemel setzen“. Und an anderer Stelle fällt das Wort: „Wir wollen unseren politischen Einfluß nicht preisgeben (durch die Budgetverweigerung), wir wollen uns der Regierung unentbehrlich machen, daß sie nicht ohne uns Politik machen kann!“ Kolb schließt mit einer bringlichen Aufforderung an die Delegierten, sich nicht hänge machen zu lassen, fest zu bleiben; dann werde der deutsche Parteitag zu Magdeburg sich nicht der Einsicht verschließen können, daß die Nürnberger Resolution aufgehoben werden müsse um der Einigkeit in der Partei willen. Wieder erntet er lauten Beifall.

Unter allgemeiner Spannung schreitet man zur Abstimmung. Daß die Budgetbewilligung mit erheblicher Mehrheit gebilligt werden wird, daran zweifelt niemand, aber auf beiden Seiten will man wissen, wie stark die Minderheit ist. Die namentliche Abstimmung, die Genosse Ged beantragt, wird unter der Begründung, daß sie zu zeitraubend sei, abgelehnt. Die erste Resolution, die der Landtagsfraktion das uneingeschränkte Vertrauen ausdrückt, die Budgetbewilligung billigt und die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses fordert, wird mit 136 gegen 96 Stimmen angenommen. Es müssen sich hier aber einige der Gegner der Budgetbewilligung der Abstimmung enthalten haben, denn nachher wurden für die Resolution Merkel, die die Budgetbewilligung und die Hofgänger verurteilt, 45 Stimmen abgegeben, während die ablehnende Mehrheit 133 beträgt. Wäre über diese Resolution getrennt abgestimmt worden, so hätte der Absatz gegen die Hofgänger sicher die Mehrheit des Parteitags gefunden — da aber die Fraktion sich in dieser Hinsicht schon dem Willen der Genossen gebeugt hat, so ist auf die getrennte Abstimmung kein Gewicht gelegt worden. Mit ähnlichem Stimmenverhältnis werden dann noch vier andere Resolutionen angenommen, deren eine die Landtagsabgeordneten ziemlich überflüssigerweise auffordert, den „annahmenden Aufforderungen verschiedener preussischer und sächsischer Genossen, ihre Mandate niederzulegen, nicht nachzukommen, während die zweite derjenigen Genossen, die durch entsetzte und unwahre Darstellungen in außerbadischen Parteiblättern die badische Sozialdemokratie geschädigt haben sollen, die Mißbilligung ausdrückt. Die dritte wendet sich dagegen, daß die Offenburg Genossen am heutigen Abend Genossin D u r e m b u r g in einer öffentlichen Volksversammlung u. a. auch über die Budgetfrage sprechen lassen, weil die Erörterung innerer Parteifragen in einer auch den Gegnern offenen Volksversammlung unerlaubt sei. Die vierte fordert, daß wegen der Wichtigkeit der Entscheidung über die Budgetfrage der Magdeburger Parteitag von allen Wahlkreisen badens voll befehligt wird, für die schwächeren Kreise soll die Landeszentralkasse die Kosten tragen.

Damit hatte der Parteitag die Hauptarbeit geleistet. Was noch ausstand, mußte wegen der weit vorgerückten Zeit und wegen der allgemeinen Abspannung im Automobilmotop erledigt oder ganz abgesetzt werden. Das letztere widerfuhr den beiden kommunalpolitischen Referenten, den Genossen Pfeiffle und Adolf Ged, die noch vorgelesen waren, während Genosse Frank sein Referat über die Reichstagswahlen aufs äußerste zusammenzudrängen mußte. Er zeichnete kurz die politische Situation, die noch ganz ungeklärt sei, weil die Nationalliberalen noch zwischen rechts und links schwanken. In ein dauerndes Zusammengehen mit den Nationalliberalen im Reich denke übrigens niemand, das scheitere an tiefen Gegensätzen, wohl aber werde einmal ein Stichwahlabkommen gegen den schwarz-blauen Block erreicht werden, diesmal allerdings wohl nicht, da den Nationalliberalen wahrscheinlich die Erkenntnis dieser Notwendigkeit noch nicht aufgegangen sei. Mit einem kräftigen Appell zur Arbeit für die Wahlen schloß der Redner. Eine Diskussion war nicht notwendig.

Die Kommission für die Regelung der Beitragsfrage empfahl, die Erhöhung der Beiträge noch bis zum nächsten Parteitag zu vertagen, die Versammlung stimmte dem einmütig zu.

In seinem Schlusswort konstatierte der Vorsitzende Dr. Frank mit Befriedigung, daß sich die Debatten im allgemeinen in Formen bewegt hätten, die die Sorge, sie möchten der Partei Schaden bringen, beseitigten. Er hofft, daß in Magdeburg in derselben Weise und in demselben parteigenössischen Sinne debattiert werde und daß die Beschlüsse des badischen Parteitages der Einheit der Partei dienen werden.

Das Hoch auf die badische, die deutsche, die internationale Sozialdemokratie erklingt, die erste Strophe der Marschlied erklingt und die Delegierten verlassen langsam den Saal, wo in heißer Luft heiß gekämpft worden ist.

Was die Hoffnung des Vorsitzenden im Schlusswort betrifft, so darf wenigstens das eine konstatiert werden, daß keiner der Redner erklärte, man werde sich einem die Nürnberger Resolution aufrecht haltenden Beschlusse des Magdeburger Parteitages nicht fügen. Man hat also den Weg zur Umkehr in Offenburg nicht verrammelt. Das ist wenig, aber bei den obwaltenden Umständen wenigstens etwas.

Die Sittlichkeitsverbrechen in Helgoland.

Die Untersuchung wegen der an Kindern begangenen Sittlichkeitsverbrechen ist seit Ende Mai im Gange. Beders, der sich nach seiner Verhaftung mit Phosphor vergiftete, ist kein geborener Helgoländer. Er war seit etwa 18 Jahren in Helgoland ansässig, betrieb ein Gold- und Silberwarengeschäft und etwas Uhrmacherel. Er gehörte zu den „patriotischen“ Einwohnern, hatte viel Umgang mit militärischen Chargierten. Im Winter bewohnte er das in der Windfadenallee verschleierte Haus des Hamburger Restaurateurs Riechers „Zum Fremdenwillkommen“. Dort nahm er mit Kindern die scheußlichsten Dinge vor. „Das wäre in englischer Zeit nicht möglich gewesen“, sagen die alten Helgoländer. Und mit Recht. Früher waren die Verhältnisse in Helgoland sehr durchsichtig; die Kinder, denen die Helgoländer ebenso wie den Frauen durchweg

Stiehe und Achtung entgegenzutragen, lebten gewissermaßen unter allgemeiner Aufsicht, spielten am Strande, auf der nach dem Oberland führenden Treppe oder auf dem Oberland. Die deutsche Regierung hat den übergroßen Teil des unbauten Oberlandes in eine Hauptstadt verwandelt, deren Betreten zum größten Teil unter Hinweis auf das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse verboten ist. Eine Unmenge militärischer und staatlicher Wachen hat die freie Ueberfahrt wesentlich beschränkt. Hingzu kommt, daß von der preussischen Besatzung Helgolands ab den Kindern das Spielen auf der Treppe verboten ist. Weit mehr wie früher sind die Kinder auf enge Straßen angewiesen und dadurch der allgemeinen Aufsicht entzogen.

ist so räumlich eine Vorbedingung für Verbrechen geschaffen, die früher für Helgoland eine glatte Unmöglichkeit gewesen wären, so hat der preussische Geist und die wirtschaftliche Verschlechterung der Lage der Helgoländer ein ähnliches getan, um den Verbrechen eine für Helgoländer Verhältnisse ungeheure Ausdehnung zu geben. Die entsetzlichen Verwüstungen an Kindern hätten niemals eine über einen Einzelfall hinausgehende Ausdehnung nehmen können, wenn Verzicht und Polizei nicht völlig versagt hätten! Vereis bis vor acht Jahren wurde Veders eine an einem Kinde vorgenommene Schweinerei nachgesagt. Ging der stellvertretende Landrat, die Staatsanwaltschaft und die Polizeibehörde gegen den Kinderhändler vor? Mit nichten! Angeklagt wurden eine Frau und ein Fräulein, die die Beschuldigung gegen Veders erhoben hatten. Veders erhob Weiblichungsbeschuldigung. Auch nun wurde nicht etwa das Strafverfahren gegen Veders eingeleitet, wie es doch das Strafgesetzbuch will. In der unter Auschluss der Öffentlichkeit geführten Verhandlung behauptete das Kind den an ihm vorgenommenen Mißbrauch. Das Amtsgericht beurteilte jedoch die beiden Frauen, die die Wahrheit gesagt hatten, zu Geldstrafen, denn Veders war ein „ehrenwerter Mann“, verkehrte mit Beamten und Offizieren — seinen Lügen wurde Glauben geschenkt!

Die Helgoländer, die der deutschen Justiz mit viel Vertrauen entgegengekommen waren, meinen schon lange: Der arme bekommt nie Recht. Die polizeilichen Drangsalierungen, denen sie durch den früheren Polizeibeauftragten Vahr und den Genbarren Stoffers ausgesetzt waren, haben ihnen diese Ueberzeugung eingebläut. Polizeiliberationen gleichgültigster Art wurden den Helgoländern gegenüber, die dem Deutschrummel fern standen, mit lebendigem Eifer verfolgt, während die Sittlichkeitsverbrechen Wohlhabender nicht bemerkt wurden. Dem verstorbenen Polizeibeauftragten Vahr wird auf diesem Gebiete recht Gerechtigkeit nachgesagt. Die Beurteilung der Frauen an Stelle des Sittlichkeitsverbrechens, von dessen Treiben sie Kunde gegeben hatten, machte die Kinderhändler sicher. Seit jener Zeit sollen mehr als ein halbes Duzend Kinder geschändet sein. Ende Mai kam die Sache zum Klappen, als ein 18 Jahre altes Kind schwanger wurde, das seit etwa 5 Jahren durch Veders und Genossen mißbraucht war. Das Kind ist unehelich. Sein Vater gehörte der Marine an. Sein Stiefvater zeigte, als die Folgen des verbrecherischen Treibens zu klar wurden, die Sache an. Nun kam der Stein ins Rollen. Veders wurde verhaftet. Außer gegen ihn richtete sich die Untersuchung gegen fünf „patriotische“ Helgoländer und fünf in Offiziers- und Unteroffiziersrang stehende Militärs. Zwei junge Helgoländer (Kadetten) gefanden. Sie wurden verhaftet und sitzen noch in Altona in Untersuchungshaft. Drei Helgoländer wurden gegen Kaution mit der Haft beschont. Der Oberleutnant Reubauer wurde vor etwa vier Wochen vom Kriegsgericht freigesprochen. Es heißt aus der unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführten Verhandlung: ein Kind sei zwar mehrere Nächte in seinem Zimmer gewesen, es habe sich aber nicht nachweisen lassen, daß Unzuchtiges vorgekommen sei. Unter den Beschuldigten wird auch der frühere Kommandeur von Helgoland Emmmann genannt, ebenso ein Oberstabsarzt, ein Obermaat und ein Maat. Soweit die militärische Untersuchung geblieben ist, läßt sich nicht erfahren; das Verbrechen vor dem Schwurgericht in Altona wird voraussichtlich im Oktober stattfinden. Dringend zu wünschen wäre, daß nicht das an sich für Helgoland zuständige Militärgericht, sondern ein Gericht die Verhandlung führe, das dem Milieu der kleinen Garnison fernsteht.

„Wir sind ohnmächtig“, lautet die Antwort von Helgoländern auf die Frage, weshalb denn gegen die entsetzliche Kinderverwüstung nichts unternommen ist. „Uns ist verbleiben, unsere Sitten und Gebräuche sollen gesont werden. Es ist aber ganz anders geworden. Man drängt uns hinaus.“ Die Sittlichkeitsauffassungen der eingeborenen Helgoländer sind die alten geblieben: Weib und Kind sind ihnen heilig. Vor 25 Jahren wurde ein Helgoländer hochverhaftet, weil er seine Frau geschlagen hatte; er mußte schließlich auf dem Festland ein neues Heim suchen. Früde waren die Helgoländer nicht, aber sie trugen die volle Verantwortung für den geschlechtlichen Verkehr. Als Rechtsfahrgalt: aus duo aut dota (heirate oder senere aus). Wer dem nicht nachkam, wurde nicht von der Insel gelassen und war verrent. Das galt noch vor kaum 80 Jahren. Die Verkehrsverhältnisse haben sich seit der Zeit mächtig gehoben. Die preussische Uebersehennung der kaum 500 Helgoländer Familien zählenden Insel mit Militärs und Beamten hat die Anschauungen gewandelt. Der kermige Friese meint: dagegen sind wir ohnmächtig. Wird auch die Staatsanwaltschaft und die Marinebehörde gegen die Verwüstung von Kindern ohnmächtig sein?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. August 1910.

Zur Fleischsteuerung.

Von agrarischer Seite wird bekanntlich behauptet, daß eine unbeschränkte Oeffnung der Grenzen der Vieh- und Fleischversorgung Deutschlands so gut wie gar nichts nützen würde, da überall im Auslande ebenfalls großer Mangel an Schlachtvieh herrsche. Diese Ansicht wird durch eine Aeußerung des argentinischen Konsuls in Wien widerlegt. Dieser hat vor einigen Tagen erklärt, daß die argentinische Regierung in der Lage wäre, wöchentlich eine Schiffsladung von 1500 bis 2000 Kindern bester Qualität nach Triest zu senden. Der Preis für ein solches Stück Rindvieh von über 700 Kilogramm Lebendgewicht, das jetzt in Oesterreich circa 700—800 Kronen kostet, würde sich in Argentinien nicht höher als auf circa 200 Kronen stellen.

Wenn die deutsche Regierung eine solche Einfuhr gestatten würde, so würde sich trotz Precht und Untersuchungskosten dieses Vieh frei Hamburg noch immer ganz erheblich billiger stellen als jetzt im Inlande Fleisch von weit milderer Qualität.

Die Affäre des Generals v. Gagern

soll, wie jetzt halbhoffigig gemeldet wird, zum Gegenstand einer „eingehenden Untersuchung“ gemacht werden, die, wie pathetisch verklärt wird, „rückwärts den zur Sprache gebrachten Verfehlungen auf den Grund gehen soll“. Es wird dann weiter beleuchtet, daß, wie in allen (1) Fällen, so auch hier, ohne Ansehen der Person ein

geschritten werden soll. Wobei es allerdings „gewissenhafter Prüfung“ bedürfen werde.

Dah es endlich zu solch „gewissenhafter Prüfung“ kommt, ist lediglich dem Zufall, nämlich dem (vermutlich auch durch materielle Motive angezogenen) Spürsinn eines Korrespondenzbureaus zuzuschreiben! Wäre dies Korrespondenzbureau nicht auf dem Posten gewesen, so hätte die Öffentlichkeit von der Skandalaffäre, die von den Gerichten ja unter so unbegreiflicher Rücksichtnahme auf die persönlichen Interessen des Generals von Gagern unter Ausschluss der Öffentlichkeit nicht das geringste erfahren!

Schon bürgerliche Blätter haben ja herborgehoben, daß es geradezu unbegreiflich erscheine, daß die in den beteiligten Offizierskreisen sichtlich nur zu bekannten Skandalaffären das rasche Abancement des Herrn von Gagern nicht zu beeinträchtigen vermochten! Damals also wäre es am Platze gewesen, „den Verfehlungen auf den Grund zu gehen“, nicht heute, wo die Vorgänge bereits 12 Jahre zurückliegen, wo Herr von Gagern bereits seit 6 Jahren zur Disposition gestellt worden ist!

Der durch die Preherörterungen erzwingenen Untersuchung wird man freilich mit aller Sorgfältigkeit und Gründlichkeit obliegen müssen; aber selbst wenn man schließlich dem bloßgestellten General seinen Titel aberkennen würde, wäre das nicht der geringste Beweis dafür, daß es mit der „besonderen Offizierslehre“ eine ganz eigenartige Wendung hat. Denn diese Revision der Ehebegrieffe innerhalb unserer Offizierskreise wäre ja erst durch die öffentliche Kritik erzwungen worden!

Korfanths politisches Ende.

In Laurahütte D.-S. und anderen Orten des oberschlesischen Industriebezirks sind durch den Gerichtsvollzieher die Abonnementgelder für den „Polak“ und „Kurier“ mit Beschlagnahme belegt worden. Beide Blätter gehören dem Abgeordneten Korfant. Die Kolporteurs müssen die Abonnementgelder direkt an den Gerichtsvollzieher abliefern. Alles Schimpfen und Verleumdungen der Sozialdemokratie hat also nicht genügt, um die Pleite Korfanths aufzuhalten, vielmehr scheint seine volksverräterische Haltung bei Beratung der Reichsfinanzreform die Massenwanderung seiner Abonnenten ganz erheblich beschleunigt zu haben.

Die brüskierten „Kommandierenden Generale“.

Während der Anwesenheit Väterchens des Blütigen in Friedberg sind Vorkehrungen für die Sicherheit Väterchens getroffen, die den russischen Abperrungsmahregeln nicht das Geringste nachgeben. So ist der Zutritt zur Burg Friedberg während des Zarenbesuchs nur solchen Personen gestattet, denen vom Hofmarschallamt in Darmstadt oder vom Kreiskommando in Friedberg nicht übertragbare Eintrittskarten ausgestellt worden sind. Nun hat eine Anzahl von Zeitungen ihre journalistische Pflicht darin erbildet, über diesen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden Zarenbesuch zu berichten. Den um Ausstellung von Karten nachsichenden Redaktionen ist jedoch vom hiesigen Hofmarschall die bündige Erklärung zugegangen, daß den Zeitungsreporternden usw. Eintrittskarten für Friedberg nicht erteilt werden.

Den kommandierenden Generalen ist also wieder einmal die Hintertür vor der Nase zugeschlagen worden. Geschicht ihnen schon recht: denn was geht die deutsche Presse denn Zarenbesuch in Friedberg an! Genügt es diesen Braven denn nicht, unseren einheimischen Fürsten journalistische Domestikendienste zu leisten? Wozu müssen sie sich auch noch in die häuslichen Angelegenheiten ausländischer Potentaten drängen.

Beamtenurlaubung zum Katholikentag.

Durch die bayerischen Staatsbehörden findet der Deutsche Katholikentag eine auhergewöhnliche Förderung. So hat der Präsident des Oberlandesgerichts Augsburg an die Gerichte seines Bezirks die Anweisung ergehen lassen, daß alle Beamten auf Wunsch zum Katholikentage zu beurlauben seien, soweit nicht dienstliche Interessen entgegenstehen. Ferner hat das Präsidium der kgl. Regierung von Schwaben und Neuburg verfügt, daß sämtlichen Beamten, welche nur irgend an dem Katholikentag teilnehmen, während der Tagung des Katholikentages auf Wunsch „in weitgehendstem Maße“ dienstfrei zu geben ist.

Die Kontrollverwaltung der Zentrumspartei, wie der Abg. Erbberger den Katholikentag nennt, erfreut sich also eines ganz ausnehmenden Wohlwollens der kgl. bayerischen Behörden. Ob dieses Wohlwollen sich wohl in ebenso weitgehendem Maße belunden würde, wenn es sich um die Deerschau irgend einer anderen politischen Partei handelte?

Ein endloses Provisorium.

Die Schulzustände in Oesterreich sind längst rühmlich bekannt und es vergeht schier keine Woche, daß nicht ein neuer Beweis der Fürsorge bekannt wird, die unsere Agrarier der Schule widmen. Vor 25 Jahren ist die Schule in Kollesleben (Westpreußen) niedergebrannt und seit dieser Zeit, also seit 25 Jahren, verhandelt die Regierung mit dem Schulpatron über den Neubau einer Schule, ohne daß bis jetzt diese Verhandlungen zu einem Abschluß gebracht werden konnten. Die Schule ist nach dem Brande in einem Justizhaus provisorisch untergebracht worden. Dort befindet sie sich heute noch. Die dem Lehrer zugewiesenen Wohnräume mühen vor einiger Zeit, weil höchst gesundheitschädlich, geräumt werden, der Lehrer wohnt jetzt eine Viertelstunde von der Schule entfernt auf einem Vorwerk. Die Schulräume sind aber noch immer im Justizhaus, natürlich nur provisorisch.

Man hört ab und zu, daß es in Preußen so etwas wie ein Kultusministerium gibt, diese Stelle hat aber offenbar wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als daß sie sich auch noch um das „Provisorium“ in Kollesleben kümmern könnte. Der Ort liegt allerdings hoch oben an der Diffe und wenn er auch keine Schule hat, so hat er wenigstens eine katholische Pfarre.

Wegen eines Mai-Spazierganges bestraft.

Einen Spaziergang unternahm am 1. Mai die Arbeiterkassette von Weiskasser (Oberlausitz) nach dem benachbarten Reula bei Muskau. Neun Teilnehmer dieses Spazierganges wurden unter Anklage gestellt. Acht sollten sich gegen das Verbotsgesetz und gegen eine Polizeiverordnung betreffend die äußere Heilighaltung des Sonntags vergangen haben. Der neunte Angeklagte hat angeblich durch das Tragen einer roten Fahne groben Ungehorsam verübt. Verurteilt wurde die Anklage damit: die reichstreuere Bevölkerung habe Anstoß genommen an dem Unzuge. Vor dem Schöffengericht in Muskau beauftragte der Amtsanwalt gegen jeden Angeklagten drei Tage Haft. Geldstrafen, meinte er, seien nicht am Platze, denn diese würden aus den Gewerkschaftskassen oder der Parteikasse bezahlt. Das Gericht sprach sechs Angeklagte frei; drei Angeklagte wurden zu je zwei Wochen Haft verurteilt. In der Begründung heißt es: „Es muß den Leuten gezeigt werden, daß es noch eine Obrigkeit gibt.“ Wegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Durch Mißhandlungen zur Fahnenflucht getrieben.

Am Freitag verhandelte das Kriegsgericht Erfurt zum zweiten Male gegen die zwei Musketiere von der 6. Kompagnie des 71. Infanterie-Regiments in Erfurt, die am 6. Juni gemeinsam nach der Schweiz emigrieren wollten, sich aber einige Tage danach doch wieder freiwillig stellten. In der ersten Verhandlung am 18. Juli bekundeten die Angeklagten, wie wir seinerzeit berichteten, durch die Mißhandlungen des Sergeanten Söh-

m und zur Flucht getrieben worden zu sein, weshalb damals Verurteilung eintrat, um diese Angaben zu prüfen. In der erneuten Verhandlung bekundeten nun beide folgenden: Der Sergeant Söh und Söh wurden mit der Kloppeitische, die Rekruten betitelt er „verfluchtes Rekrutenengenie“, bei einem Kompagnieerzuzieren jagte er den einen Angeklagten, während die anderen Mannschaften sich bei einer Pause lagern konnten, auf dem Wege umher, ließ ihm in die Knie-kehlen und rief: „Mistvieh, warum läufst Du nicht?“ In der Kaserne handhabte er bei jeder Gelegenheit die Kloppeitische; einmal, als ein Befehl nicht rasch genug ausgeführt wurde, mußte sich der Rekrut etwa 20mal hinlegen. Ein besonderes Vergnügen machte sich dieser Soldatenshänder daraus, sich abends vor die Tür seiner Stube zu stellen und einen Doppelpfiff ertönen zu lassen. Dann mühen die Rekruten aus der Stube stürmen und zu ihm hinlaufen. An einem Sonntag mühen die beiden Angeklagten nachmittags 8 Uhr antreten und eine Kanne Del nach einer wohl über eine Stunde Wegs entfernten Schießhandwache tragen; das Del werde auf dem Schießstand gebraucht. Hier unterbroch der Vorsitzende: „Das schlug wohl dem Kopf den Boden aus und Sie beschloßen, zu fliehen.“ Angell: „Zu Befehl!“ Der zweite Angeklagte bestätigte alle diese Angaben. Auch er wurde mit der Kloppeitische von dem Sergeanten Söh und geschlagen, ein andermal mit der Scheidenspiße des Seitengewehrs in die Seite gestochen. Auch einige „alte Leute“ beteiligten sich an diesen Quälereien. Der Anklagevertreter verzichtete auf die Zeugenvernehmung, da die Untersuchung die Angaben der Angeklagten bestätigt habe. Er beantragte gegen jeden der beiden Angeklagten zehn Monate Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse. Das Gericht erkannte wegen Fahnenflucht im Komplott (einschließlich einiger geringfügiger Nebenbeteiligter) auf je neun Monate und einen resp. zwei Tage Gefängnis (die geringste gesetzlich zulässige Strafe), rechnete zwei Monate Untersuchungshaft an und sah von der Verweisung in die zweite Klasse ab. Es wurde in der Urteilsbegründung anerkannt, daß die Mißhandlungen die Angeklagten erst zur Flucht bewogen haben. Welche Strafe wird nun den Soldatenshänder treffen, der zwei junge Leute ins Unglück gestürzt hat?

Die „Reformatoren“ mit der Kloppeitische.

Höllische Wilder aus dem Kasernenleben wurden gestern in einer Verhandlung des Oberkriegsgerichts des 8. Armeekorps entrollt. Es handelte sich um eine Anklage wegen Ueberfalls älterer Mannschaften auf Rekruten. Unter Anklage standen die beiden Grenadiere Kofelowski und Ziedhorn. Wie sie beschaupteten, hatten sie früher als Rekruten ebenfalls Schläge durch die älteren Jahrgänge bekommen. Die Opfer der Angeklagten waren die Grenadiere Woznowski und Schulze. In der Nacht zum 23. Juli überfielen die beiden die genannten Grenadiere. Abends hatten sie verabredet, daß derjenige, der in der Nacht zuerst aufwache, den anderen wecken solle, und dann wollten beide den Ueberfall ausführen. Z. wachte zuerst auf. Er weckte seinen Kameraden, und nun machten sich die beiden an das Bett des W. heran. Sie warfen dem Schlafenden die Decke über das Gesicht und schlugen dann mit Kloppeitischen auf den Wehrlosen ein. Am anderen Tage hatte der Mißhandelte noch Schmerzen und rote Striemen am Körper. Nach W. erhielt Schulze Schläge mit der Kloppeitische.

Vor Gericht entschuldigten sich die Angeklagten mit der Behauptung, der Feldwebelbesitzer habe ihnen den Befehl gegeben, die Leute zu schlagen. Er habe ihnen gesagt: „Schlagt den Kerl ins Gesicht, daß sie Rabols schießen!“ Dies bestritt jedoch der Vorgesetzte. Er gab zu, den Leuten einmal gefogt zu haben, sie sollten die Rekruten überseigen, wenn sie frech würden. Eigenartig wirkte es, als der Angeklagte Kofelowski erzählte, er glaube der Kompagnie einen Gefallen damit getan zu haben, wenn er die beiden Rekruten lächtig vornahm.

Das Oberkriegsgericht erkannte gegen R. auf vier Wochen und gegen Z. auf drei Wochen Gefängnis.

Oesterreich.

Die Fleischnot.

Wien, 22. August. (P.-Z.) Zur Milderung der bestehenden Fleischnot hat der Wiener Magistrat beschlossen, fünfzig Prozent der städtischen Abgaben für Vieh unter der Bedingung zu erlassen, daß die Regierung für die Dauer der Fleischsalamität die Frachtsätze für Vieh um 50 Prozent ermäßigt.

Portugal.

Merkale Untrische.

Lissabon, 22. August. Die Zeitungen veröffentlichen alarmierende Nachrichten über aufrührerische Bewegungen. Der „Pierolo“ meldet, daß eine starke Merkale Partei, nicht zufrieden mit der gegenwärtigen liberalen Politik, ein Komplott gebildet hat, um die Regierung zu stürzen und die Minister in das Gefängnis zu bringen. Diese Merkale Partei beabsichtigt, eine Militärdiktatur zu etablieren. Der Herzog von Oporto, welcher sich gerade im Kasino von Cascais befand, flüchtete, als er diese Nachricht vernahm, in ein Fort. Landtruppen und die Marine werden bereit gehalten, um die Unruhen, sobald sie ausbrechen, sofort im Keime zu ersticken. Die Regierung verhält sich vorläufig vollständig passiv. Auf Antrag weigert sie sich, zu bestätigen, oder diese Nachricht wegzuleugnen. Sie gibt sich damit zufrieden, zu antworten, daß alle Maßnahmen getroffen seien, um eventuelle Bewegungen sofort energisch zu bekämpfen.

England.

Für ein Flottenabkommen.

London, 22. August. Generalpostmeister Herbert Samuel erklärte bei einer Rede, die er in Salisbury hielt, die unglückliche Notwendigkeit einer Vermehrung der Flottenausgaben sei durch das schnelle Anwachsen der Flotten der anderen Mächte verursacht. Englands Haltung in dieser Frage sei durchaus klargelegt; wenn die anderen Mächte mit England übereinkommen wollten, der Flottenvermehrung Einhalt zu tun, so würde es für England keine größere Freude geben, als ein Uebereinkommen dieser Art abzuschließen.

Finnland.

Eine neue Geldentat des Sabelsenats.

Man schreibt uns aus Helsingfors: Zur Zeit der revolutionären Umwälzung im November 1905 mußte die russische Polizei in Finnland abdanken. Wie Diebe in der Nacht fliehen die großen und kleinen Polizeischelme aus dem Lande. Einer der größten von ihnen war der Kriminalkommissar Wilho Peltonen. Jetzt aber, wo das Bobritische Regime in verstärktem Maße wieder eingeführt werden soll, hielt auch er neben anderen Epigonen und Probokateuren seine Beit für gekommen. Er reiste nach Finnland, reichte eine Entschädigungsforderung bei dem Generalgouverneur ein und erhielt dieser Tage durch den aus russischen Rekruten bestehenden Senat 16000 M. zugesprochen. Unser Kammerforrer Parteiorgan „Nansen Lehti“ berichtet folgende Einzelheiten über die Biographie dieses Polizeischurken: Seiner Abstammung nach Finne, verkaufte er sich der russischen Regierung und repräsentierte mit solchen Schurken wie Androsow, Pauluski und anderen das Bobritische System. Wegen Amtverbrechen

zu Buchhandl. beurteilt, daß er nach Petersburg, wo er als Agent für Borden, sein Brot verdient. Trotz wiederholter Forderungen der finnischen Behörden, lieferte ihn die Zarenregierung nicht an die finnischen Gerichte aus, da es seiner Kräfte für spätere Zeit bedürfte. Die Auszahlung der „Entschädigung“ an den Buchhändler Pesonen kann als Symptom dienen, daß die russische Regierung das finnische Volk zwingen will, seine Kerkernisse aus eigenem Gelde schon jetzt zu entloshen.

Griechenland.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Athen, 22. August. In allen Wahlbezirken Attikas und vielfach auch in den anderen Provinzen sind die Listen der Volksverbände stark im Vorrücken. Wenigstens wird in Attika mit überwältigender Majorität gewählt werden, auch die übrigen kretischen Kandidaten werden durchdringen. Kallias hat erklärt, Wenigstens müsse auf Grund dieses Plebiszits mit der Bildung der Regierung beauftragt werden, nachdem er seine kretischen Kanten niedergelegt habe. In der Presse wird die Ansicht ausgesprochen, das Wahlergebnis werde die Umwandlung der konstitutionellen Nationalversammlung in eine konstituierende zur Folge haben. Die Wahl des Ministerpräsidenten Dragumis und des Ministers des Inneren Kallergis erscheint gesichert, die des letzteren sogar in zwei Wahlkreisen. Auf Korfu wird Theotokis' Liste siegen.

Japan.

Annektion Koreas.

Ein Telegramm aus Tokio meldet, daß Japan die Einverleibung Koreas proklamiert habe. Die Nachricht entbehrt noch der offiziellen Bestätigung, sie hat aber viel Wahrscheinlichkeit für sich. Die Annektion hat nur formale Bedeutung, in Wirklichkeit treten die Japaner schon seit fünf Jahren als Herren des Landes auf. Der koreanische Kaiser Tschai, der jetzt seiner Würde entkleidet ist, lebte nur noch als ihr Gefangener in Seoul. Politisch bedeutsam ist bloß die Frage, ob Japan die Verpflichtung, in Korea die Politik der offenen Äre zu befolgen, anerkennen wird, oder ob es Korea unter sein eigenes Schutzsystem, das es gerade jetzt auszubauen im Begriffe steht, einbeziehen will. Dies letztere würde wohl Proteste der Vereinigten Staaten sowie auch solche europäischer Mächte hervorrufen.

Nicaragua.

Sieg der Aufständischen.

New York, 22. August. Die steten Fortschritte der Aufständischen haben den bisherigen Präsidenten Madriz zur Flucht gezwungen. Die Präsidentschaft hat José Estrada, der Bruder des Insurgentenführers, übernommen. Er hat eine Proklamation erlassen, durch welche den Aufständischen die Regierung übertragen wird. In Managua sollen schwere Ausschreitungen vorgekommen sein. Die amerikanischen Einwohner fühlen sich sehr bedrückt. Die Aufständischen überhanen etwa 12 Meilen vor der Stadt.

Washington, 22. August. Meldungen, welche beim Staatsdepartement eingegangen sind, bekundigen, daß Madriz und seine Anhänger sich zur Flucht vorbereitet. Eine aufgeregte Menge dränge durch die Straßen unter dem Ruf: „Tod den Yankee“. Die Befandtschaften und das Konsulat seien bewacht. — Aus Bluefields wird gemeldet, daß Madriz Bluefields geräumt und Estrada es sofort besetzt hat.

Aus der Partei.

Kreis-Konferenzen.

Der Kreisverein Gumbinnen-Insterburg nahm am 21. August in zwei gut besuchten Mitgliederversammlungen — eine in Insterburg, eine in Gumbinnen — Stellung zum Magdeburger Parteitag. Nach den Referaten des Parteisekretärs Genossen Linde wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der das Verhalten der Badener Landtagsfraktion in der Budgetbewilligungsfrage und die hiesigen Kundgebungen derselben auf das schärfste verurteilt und der Magdeburger Parteitag beauftragt wird, dafür einzutreten, daß den badischen Parteigenossen die Bedeutung der Budgetbewilligung nach allen Richtungen klargelegt wird. Zum Delegierten des Magdeburger Parteitags wurde der Genosse S. Linde-Königsberg gewählt.

Der Sozialdemokratische Verein Stralsburg-Stadt beschloß, die Wahl des Delegierten zum Magdeburger Parteitag mittels Urwahl vorzunehmen. Der Referent, Genosse Heide, erklärte, mißbilligte die Haltung der Badener in der Budgetfrage und die Hofgänger. Von den zwei vorliegenden Resolutionen „beachtet“ die eine die Haltung der badischen Genossen, während die andere vom Parteitag verlangt, daß Disziplinbrüche unmöglich gemacht werden. Die Versammlung nahm von beiden Resolutionen Abstand und stellte dem Parteitag die Entscheidung anheim. Die Delegiertenwahl, bei der sich die mildere und die schärfere Richtung mit Kandidaten gegenübersehen, findet am 27. August statt.

Der pfälzische Gau.

Landau, 21. August. Eine Woche nach dem Landesparteitag zu Erlangen tagte in der Militärstadt Landau der pfälzische Parteitag. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß die Presse unseres Gaues, die „Pfälzische Post“ in günstiger finanzieller Position sich befindet und daß die Parteiorganisation an Zahl und Mitgliedern in steter Weiterentwicklung begriffen sind. Durch Anträge der Organisationen wurde zur Aufsicht über die Haltung und Leitung der Presse eine besondere Kommission beschloffen, die in Personalunion zu dem erweiterten Gauvorstand sieht.

Gegenstand der Debatte war weiter die Forderung nach Errichtung von Unterrichtskursen für die jungen lernbegierigen Parteigenossen. Es wird eine Zentralisation der Bildungsbewegung für die ganze Pfalz verlangt. Der Gauvorstand wird die Angelegenheit weiter behandeln. Daneben nahm in den Verhandlungen einen breiten Raum eine andere Organisation des Parteisekretariats ein. Der zweite Sekretär soll von Ludwigshafen weg nach Kaiserslautern versetzt und so ein zweites pfälzisches Parteisekretariat errichtet werden. Damit wird in naher Zukunft die Pfalz in Hinsicht auf Presse und Agitation in zwei selbständige Bezirke geteilt sein.

In Zukunft soll das dem Gau Pfalz zukommende Mitglied des badischen Landesvorstandes nicht vom Gauvorstande, sondern vom Gau selbst gewählt werden. Diesmal wird Genosse Landtagsabgeordneter Köhner-Ludwigshafen bestimmt.

Am zweiten Verhandlungstag nachmittags sprachen Genosse Landtagsabgeordneter Binder über „Die politische Lage im Reich“ und Landtagsabgeordneter Huber über „Die politische Lage in Bayern“. Der nächste Parteitag findet in Kaiserslautern statt.

Die Jahreskonferenz des 1. braunschweigischen Reichstagswahlkreises (Braunschweig-Blankenburg) fand am Sonntag im Gewerkschaftshaus in Braunschweig statt und war von 50 Delegierten

aus 20 Orten besucht. Der Bestand an Parteimitgliedern hat sich um 1155, von 6619 in 1909 auf 7674 vermehrt. Weibliche Mitglieder hat der Kreis 1266 gegen 976 im Jahre zuvor. Die Kreisliste hatte einschließlich einem Kassenbestande von 5629,30 M. am Schlusse des Jahres 1909 eine Jahresertragsnahme von 18 967,88 M., eine Ausgabe von 10 192,29 M., also einen Kassenbestand von 8775,89 M. Versammlungen haben im Kreise 109, Versprechungen 94 stattgefunden. Bei der Wahl zum Gemeinderat erlangte die Partei im Berichtsjahre 9 Sitze, so daß die Partei jetzt im Kreise in 2 Städten durch 10 Stadtverordnete, in 14 Landorten durch 28 Gemeinderatsmitglieder vertreten ist. Die Jugendorganisation zählt im Kreise 450, darunter 70 weibliche Mitglieder, gegen 129 Mitglieder im Jahre zuvor. Der „Volksfreund“ zählt im Kreise 9700 Abonnenten, zusammen aber 2500, die „Gleichheit“ hat 356 Leserinnen, die „Neue Zeit“ 119 Abonnenten gegen 53 im Vorjahre, der „Wahre Jakob“ 2252 gegen 1895 im Jahre 1909.

Gerichtliche Verurteilungen erfolgten gegen 3 Parteigenossen in Gesamthöhe von 22 1/2 Monaten Gefängnis. Redakteur Wesemeier erhielt wegen Verleumdung des Ministers und des Landtages 17 Monate, Redakteur Brenner wegen Verleumdung des Landtages 5 Monate, Genosse Lingenauer wegen Abwech von Parteiführern, nach viermonatlicher Unteruchungshaft 14 Tage Gefängnis. Die Presse hatte noch eine Reihe weiterer Prozesse, die erhebliche Unkosten verursachten. Außerdem erfolgten eine Reihe Strafmandate wegen Teilnahme an den Wahlrechtsdemonstrationen (Hochrufen usw.) und wegen Veranlassung eines öffentlichen Demonstrationsumzuges.

Die Wahlrechtsbewegung hat auch der Parteiorganisation wesentlich genützt.

Zu der Budgetbewilligung der Badener Landtagsabgeordneten wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 21. August tagende Kreis-Konferenz verurteilt den durch die Zustimmung zum Budget von den badischen Landtagsabgeordneten begangenen Disziplinbruch aufs entschiedenste, da dadurch die Einheit der Partei aufs schwerste geschädigt wird. Durch ihre Zustimmung hat die Fraktion nicht nur dem Klassenstaat ein Vertrauensvotum ausgestellt und dadurch das sozialistische Endziel preisgegeben, sondern sie hat auch durch ihre Teilnahme an hiesigen Kundgebungen den republikanischen Charakter der Partei verhäßt und das demokratische Gefühl der Genossen verletzt.“

Die Versammlung erwartet deshalb vom Parteitag in Magdeburg, daß er Maßnahmen trifft, die solche parteischädigenden Vorkommnisse ein für allemal unmöglich machen. Gleichzeitig muß der Parteitag ausdrücklich betonen, daß im Reichstag wie in den Landtagen nur das proletarische Klassenprinzip die Grundlage des Handelns der sozialdemokratischen Vertreter bildet.“

Als Delegierte zum Parteitag sind die Genossen Redakteur Wagner, Maurer Niede, Parteisekretär Antrick und Friseur Runge gewählt worden. Reichstagsabgeordneter des Kreises ist Wilhelm Blos, der auf der Konferenz mitteilte, daß ihm auch die Kandidatur des badischen Wahlkreises Forstheim (bisher Genosse Eichhorn) angetragen worden sei, daß er aber seinem alten Wahlkreise nicht untreu werden wolle. Als Kreisvorsitzender wurde Genosse Jasper-Braunschweig gewählt.

Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. Der letzten erschienenen Tätigkeitsbericht unserer Frankfurter Partei weist für das sechste beendete Geschäftsjahr einen erfreulichen Fortschritt auf, es ist überhaupt in agitatorischer Beziehung das beste seit Bestehen des Vereins. Das trifft sowohl in organisatorischer wie in agitatorischer Hinsicht zu. In organisatorischer Beziehung hat der Verein gute Fortschritte gemacht. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist von 4774 im Jahre 1909 auf 6290 gestiegen, was einen Zuwachs von 1516 Mitgliedern bedeutet. Die Zahl der weiblichen Mitglieder vermehrte sich um 173, nämlich von 306 auf 479 Mitglieder. Die Gesamtzahl der Mitglieder für den Wahlkreis Frankfurt a. M. beträgt somit am Ende des Geschäftsjahres 6873 Personen. Das ist die GröÙe unserer Frankfurter Genossen für die Wahlrechtsbewegungen, die politisch-ökonomischen und die noch nicht beendeten Prozesse gegen unsere an den Demonstrationen beteiligten Genossen. Auch die Parteifinanzien haben sich gebessert. Das gesamte Parteivermögen ist am 1. Juli 1909 mit 20 088,99 M. angelegen, zu welcher Summe noch 2000 M. hinzukommen. Dieser Betrag wurde seinerzeit irrtümlich bei Abhebung von der Uniondruckerei und Abgabe an die Buchhandlung Volkshimme nicht in Anrechnung gebracht. Es betrug also das Vermögen am 30. Juni 1909 22 088,99 M. und setzte sich zusammen aus 21 500 M. angelegten Gelde, 551,78 M. im Wahlfonds und 17,23 M. Kassenbestand. Die Gesamteinnahmen im abgelaufenen Jahre beliefen sich auf 43 086,89 M. gegen 23 604,40 M. 1908/09. Sie setzen sich zusammen aus 801,60 M. Eintrittsgeldern, 24 629,20 M. aus Männerbeiträgen, 1433,70 M. Frauenbeiträgen, 1569,35 M. Karten- und Prospekteneinnahmen, 107,59 M. freiwilligen Beiträgen und 15 145,45 M. Einnahmen aus Feste, Zinsen usw. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 32 848,80 M. gegen 23 817,76 M. 1908/09. Unter den Ausgaben sind 1019,05 M. für Prospektkosten, 1000 M. für das Arbeitersekretariat, 2755,77 M. für das Bezirksagitationskomitee und 5097,52 M. für den Parteivorstand in Berlin. Die Kassenverhältnisse haben sich also im Berichtsjahre sehr günstig gestaltet. Die regelmäßigen Einnahmen überholten die vom vorigen Jahre um 5858,40 M. und betragen 28 584,50 M. Die unregelmäßigen Einnahmen erhöhten sich gegenüber dem vorigen Jahre um 14 246,83 M. und sind mit 18 822,39 M. eingeleitet. Das gesamte Parteivermögen beträgt am 30. Juni 1910 31 500 M. Nicht ganz befriedigt spricht sich der Bericht über die Frauenbewegung aus, im nächsten Jahre sollen hier ganz besondere Vorkehrungen getroffen werden. In eingehender Weise behandelt der Bericht dann das Parteileben im einzelnen, die Tätigkeit des Arbeiterbildungsausschusses und schließlich dann die Wahlrechtskämpfe. Im großen ganzen spricht sich große Zufriedenheit für die nächste Zeit darin aus und unsere Frankfurter Genossen haben schon in einigen Wochen bei den Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit, ihre Organisation zu erproben und zu der 18 Mann starken Fraktion neue Mandate zu gewinnen.

Die sozialdemokratische Presse Dänemarks. Kopenhagen „Socialdemokraten“ brachte in den letzten Wochen eine Reihe von Artikeln über die sozialdemokratische Presse, namentlich die Provinzpresse Dänemarks und ihre Entwicklung. Das Hauptorgan der Partei hat fast 60 000 Abonnenten, eine Zahl, die von keinem der bürgerlichen Blätter Dänemarks erreicht wird. Die sozialdemokratische Provinzpresse hat zusammen rund 40 000 Abonnenten. Es so daß also die Zahl für das ganze Land 100 000 ausmacht. Es erscheinen in der Provinz 12 selbständige Tagesblätter der Partei, die in eigenen Druckereien hergestellt werden. Außerdem gibt es in 25 kleineren Orten sozialdemokratische Lokalblätter mit eigenem Lokalredakteur, die teilweise am Orte selbst gedruckt werden. Es sind also in der Provinz 37 ganz oder teilweise selbständige sozialdemokratische Tagesblätter vorhanden. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß Kopenhagens „Socialdemokraten“ auch in einer Provinzausgabe erscheint, die in 14 Orten Lokalfontoren hat.

Unter den Parteiblättern in den Kleinstädten sind natürlich verschiedene, die auf Grund ihrer eigenen Einnahmen nicht bestehen könnten. Aber da die Parteipresse Eigentum der Partei ist, braucht diese natürlich nicht mit der Rentabilität des einzelnen Blattes zu rechnen, weil eine Reihe anderer Ueberschüsse abwerfen.

Soziales.

Rur eine formelle Kündigung ist gültig.

Die Firma Arnold Müller beschäftigte den gestern vor dem Gewerbegericht gegen sie aufgetretenen Kläger W. als Personalkontrolleur gegen 100 M. Monatsgehalt bei monatlicher Kündigungskasse. Mitte Mai tat der Kläger aus Anlaß eines Streites

über von ihm besorgte Garnelkäufe in der Verärgerung einige Aenderungen, die von der belagerten Firma als Kündigung des Arbeitsverhältnisses aufgefaßt wurden. Kläger wurde daraufhin am 1. Juli entlassen. Er glaubte jedoch, die Entlassung sei zu Unrecht erfolgt und forderte deshalb 200 M. als Gehaltsentzückung für Juli und August. Dem Einwande der Beklagten, daß er ja selbst zum 30. Juni gekündigt hätte, begegnet der Kläger mit dem Gegenwande, daß nach der erfolgten Kündigung eine Verständigung stattgefunden hätte, wonach er wieder bleiben sollte und er seinerseits die Kündigung zurückgenommen habe. Obwohl der Beauftragte der Firma, der mit dem Kläger diese Vereinbarung getroffen habe, dieselbe als Zeuge bestritt, kam doch das Gericht zu einer Verurteilung der verlassenen Firma. Das Gericht sah in den Worten des Klägers „Ich gehe“ keine formelle Kündigung. In dem Umstande, daß die Beklagte nicht für einen Nachfolger des Klägers geforgt hätte, sah das Gericht den Beweis dafür, daß von einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses in Wirklichkeit keine Rede war, und selbst wenn schon aus den damaligen Worten des Klägers eine Kündigung zu entnehmen gewesen wäre, so ist sie doch von der Beklagten nicht ernst genommen worden; dafür spreche auch der Umstand, daß sich die Beklagte am 30. Juni gar nicht um den Kläger kümmert und ihm die Schlüssel zu den Geschäftsräumen belassen hat, obwohl, wie die Firma jetzt behauptet, das Arbeitsverhältnis an diesem Tage sein Ende erreicht hätte.

Der Geheimmittelschwindel in der bürgerlichen Presse.

Die bürgerlichen Zeitungen sind Geschäftsunternehmungen, die zum größten Teil gar kein anderes Ziel haben, als Geld zu verdienen, ganz gleich auf welche Art. Die Haupteinnahmen bilden die Inserate. Und im Inseratenteil der meisten bürgerlichen Blätter tritt die Schamlosigkeit und Selbstgier am rücksichtslosesten in die Erscheinung. Ein Hamburger Arzt, Dr. med. S. Reichig, hatte der Kreisversammlung in Lübeck 1909 einen Bericht erstattet über eine Sammlung von Inseraten über Geheimmittel und das Geschlechtsleben, der jetzt in der „Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform“ (7. Jahrg., 4. Heft) vom Rechtsanwalt Dr. J. Dräseke, ausführlich besprochen wird. Diefem Auffas entnehmen wir die folgenden Angaben.

Dr. Reichig hat 505 Zeitungen, Zeitschriften und Kalender durchgesehen und 19 279 Geheimmittel- und Kurpulschereanzeigen, sowie 3470 Anzeigen von Stärkungs- und Arzneimittefen gefunden. Allein im Monat Januar des Jahres 1908 fand Reichig in der nationalliberalen „Allgemeinen Zeitung“ 81, im ebenfalls nationalliberalen „Stadt-Anzeiger der Allgem. Zeitung“ 271, und im „Allgemeinen Merkur“ (Zentrumsblatt) 67 Inserate, welche allerhand Mittel gegen alle möglichen Krankheiten anpreisen. 119 Inserate beziehen sich auf Haut- und Geschlechtskrankheiten.

Das Geschlechtsleben spielt in der Annonce überhaupt eine große Rolle. Den Frauen sucht man in erster Linie Mittel anzugieten zum Zwecke der Beseitigung von Blutstörungen. Diese Mittel sind in der Regel Abtreibungsmittel. Dr. Reichig hat folgende Statistik aufgestellt: Von 61 Geheimmittelinseraten des „Deutschen Volksboten“ beschäftigten sich 10 mit der Blutreinigung, von 22 der „Allgemeinen Zeitung“ 21, von 271 der „Allgem. Zeitung“ 2, von 102 der „Deutschen Landeszeitung“ 25, von 144 der „Allgemeinen Zeitung“ 43 und von 1807 des „Stettiner Generalanzeiger“ etwa 500. Der „Stettiner Generalanzeiger“ bringt also etwa 2000 Annoncen jährlich über Periodenstörung, da sich vorstehende Zahlen auf ein Quartal beziehen.

Mit dem Geschlechtsleben der Männer beschäftigen sich am meisten die „Jugend“ und der „Simplicissimus“. In der „Jugend“ zählte Reichig 100 Inserate, welche Mittel gegen Geschlechtsnerven-schwäche der Männer anpreisen, 7 empfehlen Netas und Duch, 8 Sphingoluren, 5 Geschlechtsdopferbestimmung, 4 eine Sexualpädagogik, 34 Mittel für schöne Wästen, 15 Mittel für Magerkeit, 13 Korpulenz, 23 andere Geheimmittel. Im „Simplicissimus“ sind weniger dergleichen Inserate, aber diese sind dafür wesentlich größer. Und das Amtsblatt der Amtshauptmannschaft Leipzig, der „Leipziger Stadt- und Voranzeiger“ sieht mit 1079 Anzeigen an der Spitze der von Geheimmittelschwindlern bevorzugten Zeitungen!

Mit Gesetzen, wie sie die Menge verlangen, läßt sich dieser Geheimmittelschwindel nicht ausrotten. Immer findet sich eine Form, gegen die Gesetze nichts ausrichten können. Und auch anständige Zeitungen können oftmals nicht Inserate abweisen, die sich nachträglich als Anpreisungen von Geheimmitteln entpuppen. Das Uebel läßt sich nur beseitigen durch den Kampf gegen die kapitalistische Presse, die kein anderes Ziel hat, als das des Geldverdienens und die ihren Inseratenteil deshalb auch willig jeder verbrecherischen Sache zur Verfügung stellt — wenn nur Bezahlung erfolgt.

Ein Hebammenstreik.

Vor einigen Wochen lief eine Notiz durch die Zeitungen, wonach in der oberelsässischen Vorgemeinde Bühl (ein Industriedorf von 3322 Einwohnern im Kreise Schwenningen) die Hebammen streikten, weil sie in Differenzen mit den Gemeindebehörden geraten seien. Die Notiz erregte Zweifel und Kopfschütteln, die Nachricht ist aber bitterer Ernst. Die drei streikenden Hebammen, deren Arbeitseinstellung nun schon eine Reihe von Wochen dauert, erlassen in den beiden Lokalblättern der Kreisstadt Schwenningen die folgende geharnischte Sprechsaal-Erklärung:

Schon öfters beachteten die Zeitungen Artikel über die Hebammen in Bühl, daß dieselben streikten wollten. Daraus erwidern wir, daß die Hebammen nicht streikten wollen, sondern müssen, denn nach dem Beschluß des 181. Gemeinderats von Bühl ist es unmöglich, nach der Hebammenordnung zu arbeiten, und doch ist die Hebamme nach dem Gesetze dazu verpflichtet; tut sie das nicht, so wird sie bestraft.

Der seinerzeit gefaßte Beschluß lautet folgendermaßen: „Die Hebammen erhalten keine andere Vergütung, als die Bezahlung der ganz ärmsten Geburten.“ Also bloß da, wo der Gesundheitsrat nichts mehr holen kann, und dann nicht mehr wie 8 M. pro Geburt. Ist aber noch etwas Pfändbares da, so erhält die Hebamme nichts von der Gemeinde, auch wenn die betreffenden Leute trotzdem nicht bezahlen können. Von etwa 100 Geburten in Bühl mit Heilgeburten, sind kaum 40, die nach der Hebammenordnung bezahlt werden, und doch sollen alle nach der Hebammenordnung versorgt werden. Die Hebammen verlangen von der Gemeinde eine Vergütung von 300 M. pro Jahr für die drei Hebammen. Diese Bitte wurde sofort abgelehnt aus dem Grunde, weil die Gemeinde arm sei. Die drei Hebammen entschlossen sich nun, die schwere Arbeitslast für 200 M. zu übernehmen; auch dieses wurde abgelehnt. Nun sind die Hebammen gegungen, wider Willen die Arbeit niederzulegen. Eine Nachbarshebamme, die ungefähre eine Stunde entfernt wohnt, ist nun einstweilen angestellt, die Arbeit der drei Hebammen zu übernehmen. Diese Hebamme besorgt schon zum voraus drei andere Häuser. Wahrscheinlich wird man dieser Person einen Flugapparat anschaffen müssen, damit sie in allen 4 Ortschaften ihren Dienst besser versehen kann. Und wenn 2-4 Geburten zusammenkommen, wer übernimmt dann die Verantwortung?

Die drei Hebammen aus Bühl. Der Gemeinderat, der sich so sozial rückständig zeigt, daß er den drei Hebammen für rund 60 Kindsgeburten im Jahre nicht einmal 200 M. (pro Geburt 3,33 M.) bezahlen wollte, ist in seiner Mehrheit kerntalt: er wählte bei der vorjährigen Landesausschreibung drei Zentrums-Wahlmänner. Nachdem nun die schon auf den 30. Juni d. J. angekündigte Arbeitsniederlegung der Hebammen am 8. August tatsächlich erfolgt ist, zahlt die Gemeinde der Hebamme aus der Nachbargemeinde, die in Bühl ein Arbeiterquartier errichtet hat, 8 M. für jede ordnungsmäßig angemeldete und durch den Ortsarztverband anerkannte Armengeburt“. Die drei streikenden Crisis-Hebammen müssen, durch die Erfahrung gezwungen, Sanktionen hinter der so verkaulierten Lage gemittelt haben, denn sie lehnten dieses Einzelhonorar, das zunächst ihnen angeboten war, ab.

Gewerkchaftliches.

Aus einer christlichen Gewerkschaft.

Interessante Streiflichter auf eine christliche Gewerkschaft wirft eine von einem ehemaligen Angestellten der christlichen Staats-, Gemeinde-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter herausgegebene Broschüre. Der Verfasser war seit seinem 17. Lebensjahre ein eifriger Anhänger katholischer Arbeitervereine; seit 1902 ist er in der christlichen Gewerkschaft tätig, war katholischer Arbeitersekretär und zuletzt an der Gewerkschaftsstimme in München tätig. Zentralvorsitzender dieser christlichen Organisation ist ein Herr Oswald (Zentrumsabgeordneter im bayerischen Landtag). In seinem Vorwort teilt der Verfasser mit, daß er nach wie vor auf dem Boden der christlichen Gewerkschaftsidee stehe. Von einem Klischee kann bei der Herausgabe der Broschüre keine Rede sein. Die unhaltbaren Zustände in seiner ehemaligen Organisation zwängen ihn, jetzt an die Öffentlichkeit zu gehen. Man könne ihm nicht vorwerfen, daß er nicht früh genug habe eingreifen wollen, denn in einer Beamtenkonferenz, an der auch Stegerwald teilgenommen habe, habe er schon auf die Mißstände aufmerksam gemacht. Das Material habe zurzeit schon völlig vorgelegen. Heute klage Stegerwald über die Schuldenwirtschaft der Organisation. Bis jetzt habe er — der Broschürenschreiber — geschwiegen, weil er glaubte, die diesjährige Generalversammlung werde Remedur schaffen. Das sei leider nicht eingetreten. Er sei es der christlichen Arbeiterschaft schuldig, jetzt die Öffentlichkeit auf den Skandal aufmerksam zu machen. In der Broschüre wird erzählt, daß aus Verhandlungsmitteln Reisdecken gekauft worden seien. Dem Vorsitzenden wird vorgeworfen, er lasse sich für Sitzungen im Landtage, wo er so schon 10 M. Diäten erhalte, von der Organisation sein Gehalt, nebst 6 M. Spesen zahlen usw.

Am 1. Januar 1909 schrieb ein Angestellter an einen Kollegen:

„Finanztechnisch sind wir soweit angelangt, daß Oswald (der Vorsitzende d. B.) vor Neujahr noch einen Pump von 5000 M. anlegen mußte; dabei hatten wir eine einjährige Aussperrung in meinem Bezirke, die 3500 M. kostete.“

Ferner werden die Angaben der Zentralkommission in den Jahresberichten und dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 13 1909 einer scharfen Kritik unterzogen. Der Verband gebe an, im Jahre 1908 für Streiks und Mahnungen allein 58 437 M. ausgegeben zu haben. Das könne nicht stimmen. Im ersten Quartal 1908 seien 1697,62 M., im zweiten 967,20 M., im dritten Quartal 2441,36 M., zusammen 4106,18 M. für Streiks ausgegeben worden. Im vierten Quartal seien keine Kämpfe gewesen. Da sei es rätselhaft, wie die übrigen 50 000 M. verwandt worden seien. Im Vorstandsbericht sei von opferreichen Kämpfen nichts zu lesen. Der Verfasser teilt weiter mit, daß der Verband heute 70 000 M. Schulden haben soll, bei 13 000 Mitglieder. Jedenfalls eine ganz nette christliche Leistung.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Jaloustarbeiter.

Als die Jaloustarbeiter am Mittwoch gemäß dem am Tage vorher gefaßten Beschluß nochmals bei den Unternehmern vorstellig wurden, verpflichteten sich 8 Firmen unterschrieben, den vorgelegten Tarif anzuerkennen, allerdings mit dem Vorbehalt, daß, wenn ein allgemeiner Tarifvertrag für die Branche zustande kommen sollte, dieser auch für sie Geltung haben sollte. Diese Firmen, bei denen die Lohnbewegung ohne Streit verlief, beschäftigten 84 Arbeiter. Andere 7 Firmen weigerten sich, die Tarifvorlage anzuerkennen, und bei ihnen traten Mittwoch 66 Arbeiter in den Streik. Die Arbeitsniederlegung hatte den Erfolg, daß die Unternehmer wieder eine Organisation gründeten und sich zu gemeinsamen Verhandlungen mit der Lohnkommission bereit fanden. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen, die am Sonnabend stattgefunden haben, berichtete Rosemann am Sonntag in einer zahlreich besuchten Versammlung im Gewerkschaftshause. Der Redner gab genaue Auskunft über die verschiedenen Punkte, wie weit die Unternehmer Entgegenkommen gezeigt hatten oder die Forderungen ablehnten. Die wichtigsten Zugeständnisse sind: Einführung der 8stündigen Arbeitswoche statt der nach dem alten, aber seit 1907 nicht mehr geltenden Tarif 62stündigen und Erhöhung der Mindestlöhne und Akkordsätze der Innenarbeiter um rund 6 Proz. sowie Erhöhungen in einer Reihe von Tarifpositionen für die Außenarbeiter. Hinsichtlich der Dauer des neuen Tarifvertrages wünschen die Unternehmer, daß er auf drei Jahre festgelegt werde, während die Arbeiter sich mit zwei Jahre begnügen wollten. — An den Bericht schloß sich eine lebhafte Debatte. Im allgemeinen war man von den Zugeständnissen der Unternehmer keineswegs befriedigt und verlangte in verschiedenen Punkten weitere Verbesserungen oder Anerkennung der eingereichten Forderungen. Die Versammlung erklärte sich jedoch bei der Abstimmung mit ziemlich starker Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit unter der Voraussetzung, daß bei den nochmaligen Verhandlungen mit den Unternehmern über die beantragten Punkte eine Einigung erzielt werde. Sie beauftragte die Kommission, den Tarifvertrag auf zwei Jahre abzuschließen.

Die Bewegung in den Berliner Elektrizitätswerken.

Die Arbeiter der B. E. W. hatten sich am Sonntag zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt, um über die vom Arbeiterausschuß der Direktion eingereichten Forderungen endgültig Bescheid zu fassen. Die Forderungen sind in einer gemeinsamen Sitzung der Vertrauensleute mit dem Arbeiterausschuß nochmals geprüft worden und für die verschiedenen Arbeiterkategorien wurde entsprechend den Beschlüssen der vorigen Versammlung eine Lohnskala ausgearbeitet. Der Bevollmächtigte Schwittau des Verbandes der Maschinen- und Heizer berichtete eingehend darüber. Es folgte dann eine rege Debatte. Die wichtigste Forderung ist, wie schon in Nr. 184 des „Vorwärts“ mitgeteilt, die achtstündige Arbeitszeit für das Maschinenpersonal, die neunstündige für die Schlosser und die zehnstündige für die Arbeiter auf den Kohlenplätzen, die jetzt noch 12 Stunden arbeiten. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit soll der Wochenverdienst der gleiche bleiben wie bisher. Stimmt die Direktion der Arbeitszeitverkürzung nicht zu, so werden die Lohnserhöhungen von 5 Pf. pro Stunde, für die Schlosser von 10 Pf., verlangt, um wenigstens eine etwas bessere Bezahlung für die übermäßig lange Arbeitszeit zu erzielen. In der Versammlung zeigte es sich, daß, wenn man auch bei der immer mehr steigenden Lauerung eine Erhöhung des Einkommens für dringend notwendig erachtete, die Verkürzung der Arbeitszeit doch als die allernotwendigste Verbesserung angesehen wird. Der Arbeiterausschuß soll nun die Forderungen einreichen und um Verhandlungen nachsuchen.

Achtung! Marmorarbeiter. Wegen Verweigerung der Ueberstunden wurden die Kollegen der Firma Herrn Stauke, Manteuffelstr. 60 gemahnt. Die Firma ist gesperrt.

Zentralverband der Steinarbeiter. Filiale Berlin.

Achtung! Töpfer. Wegen Nichtbezahlung des Tarifes sperren wir hiermit die Firma Ernst Engler, Berliner Str. 83. In Betracht kommen die Bauteile Ofener- und Transvaal-Strabe.

Weiter geben wir bekannt, daß die Firma Heinrich Artelt immer noch gesperrt ist; demnach ist der Bau Weihenburger Str. 20 in Spandau zu meiden.

Verantwortl. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: G. Gled, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

Achtung, Fleischergesellen! Die Fleischergesellen der Firma Karl Kaebe, Petersburger Platz 8, haben einmütig beschlossen, heute morgen die Arbeit niederzulegen. Die Firma ist für unsere Mitglieder gesperrt und eruchen wir, auf die Stellvermittlung ein wachsam Auge zu haben.

Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

Die Marmorarbeiter nahmen am Sonntag den Bericht der Tarifkommission entgegen. Der Berichterstatter Junf führte aus: Trotz der unparteiischen Leitung durch den Vorsitzenden des Unternehmerverbandes war eine Einigung in keinem Punkte zu erreichen. In bezug auf die Löhne wurden uns Angebote gemacht, die noch unter den im Jahre 1907 von den Unternehmern gemachten, von uns aber abgelehnten Zugeständnissen stehen. So sollen die Steinmehrer einen Stundenlohn von 72½ Pf., die Schleifer von 55 Pf. und die Anfänger im Beruf von 45 Pf. erhalten. Auf den Vorhalt der Kommission, daß diese Löhne schon jetzt weit überschritten würden und infolgedessen gar nicht in Betracht kommen könnten, meinten die Unternehmer, daß die angegebenen Löhne Minimallohne darstellen sollten, die je nach Leistung erhöht werden könnten. Weil die Erfahrung gelehrt, daß Minimallohne in der Praxis zu allgemeinen Löhnen werden, lehnte die Kommission die Vorschläge der Unternehmer ab. Damit waren die Verhandlungen beendet. Als weiteren Schritt zur Herbeiführung eines möglichst umfassenden Tarifverhältnisses empfiehlt die Kommission, die ursprünglichen Forderungen wie folgt zu reduzieren und sie sämtlichen Unternehmern einzureichen: Stundenlöhne: Steinmehrer, in der Werkstelle 80, am Bau 85 Pf. Schleifer, Zusammanseher, Dreher und Fräser in der Werkstelle 68, am Bau 73 Pf.; Anfänger im Beruf 50 Pf., nach einem halben Jahre 55, nach einem ganzen Jahre den vollen Lohn. Zur Anerkennung dieser Forderungen soll den Unternehmern bis zum Donnerstagabend Bedenkzeit gegeben werden. Weitere Maßnahmen bleiben den Kollegenschaften der einzelnen Gewerkschaften im Verein mit der Tarifkommission überlassen. — Von einer Anzahl Redner wurde der vorgeschlagene Weg zur Erreichung des Tarifes als zu langsam bekämpft. Sie empfahlen die sofortige Arbeitsniederlegung, fanden jedoch bei der Mehrheit keinen Anklang. Die Vorschläge der Kommission wurden mit 150 gegen 42 Stimmen angenommen.

Deutsches Reich.

Krieg auf den Werften.

In den letzten Tagen lief durch verschiedene Zeitungen eine Notiz, wonach die im Verbands der Metallindustriellen organisierten Unternehmer gewillt seien, von den in ihren Unternehmungen beschäftigten 500 000 Arbeitern 300 000 auszusperrn, um mit dieser Aussperrung den bedrängten Werftunternehmern zu Hilfe zu kommen.

Kunnehr wird in der gleichen Presse diese Nachricht widerrufen mit dem Bemerkten, daß noch keine Beschlüsse gefaßt worden seien, ob und wann Sympathieaussperrungen eintreten sollen. Bei einer eventuell in Betracht kommenden Aussperrung kämen zuerst nur solche Betriebe in Frage, die innerhalb der Bezirke der Seeschiffswerften liegen.

Die Opfer, die die Unternehmer in der Metallindustrie bei einer im großen Stile inszenierten Aussperrung zu bringen hätten, händen zu dem Objekt dieses Kampfes (die sehr wohl zu erfüllenden Forderungen der Werftarbeiter), in einem doch zu klaffenden Widerspruch.

Beachtung verdient auch das Verhalten einiger kleiner Reparaturwerkstätten in Hamburg.

Die alten Tricks von Anno Dazumal müssen herhalten, um die Arbeiter über Ursprung und Bestimmung der herzustellenden Arbeit zu täuschen.

Man sollte meinen, daß bei einem solchen Ringen, wie die Bewegung der Werftarbeiter sie darstellt, die abgenutzten Mäntel überschuldrer Büchse unterwegs bleiben würden. Organisierte Arbeiter liefern eben keine Streikarbeit, am allerwenigsten in einem Streik, an dessen Ausgangspunkt man sich die blutige Verhöhnung der Arbeiterschaft erlaubt, die Löhne der Werftarbeiter mühen eher eine Erniedrigung erfahren.

Ein Streik, dessen Ursachen sogar nichtorganisierte und alte Arbeiter trieb, die Arbeit zu verweigern, wird ganz gewiß nicht durch Lieferung von Streikarbeit ungünstig für die Arbeiter beeinflusst werden.

Die betrübten Lohngeber in den kleinen Reparaturwerkstätten in Hamburg müssen eben auch einsehen lernen, daß sie für ihr Teil mit dazu beitragen müssen, daß so oder so annehmbare Arbeitsbedingungen auf den Werften Platz finden.

Ein Berliner Vertreter der „Neuen Hamburger Nachrichten“ hat im Reichsamt des Innern nachgefragt, wie dieses sich zu einer Vermittlung im Werftarbeiterstreik stelle. Der Korrespondent gibt nun die Ansicht des Reichsamts des Innern wie folgt wieder:

„Man will gerufen sein. Nach unseren Informationen an der zuständigen Stelle ist man durchaus nicht abgeneigt, sich jetzt zur Verfügung zu stellen. Aber man denkt, ungebundene Gäste stellt man vor die Tür. Es wäre deshalb sehr zu empfehlen, wenn die streikenden Parteien um Vermittlung nachsuchen. Wenn sie nicht direkt zusammenkommen wollen, so bietet auch der indirekte Weg Vorteile. Deshalb ist es das einzig Richtige, sie gehen das Reichsamt des Innern um Vermittlung an. Dort ist man gern bereit dazu. Ist dieser Weg beim Bauarbeiterstreik von Erfolg begleitet gewesen, hier ist er noch verheißungsvoller und einfacher.“

Stettin, 30. August 1910.

Die ausgesperrten und freikommenen Werftarbeiter hielten heute drei gemeinsame Versammlungen ab, die durchweg stark besucht waren. Es wurde der Situationsbericht über die augenblickliche Lage des Lohnkampfes gegeben. Bei Telzerow im Volksgarten referierte der Gewerkschaftsbeamte Bauer. Im wesentlichen machte er folgende Ausführungen: Seit den letzten acht Tagen hat sich in der Bewegung nichts geändert und es hat den Anschein, als ob auch die nächste Zeit keinerlei Ueberraschungen bringen werde. Wenn man Meldungen von bürgerlichen Blättern Glauben schenken darf, dann wollen die Metallindustriellen zu Sympathieaussperrungen schreiten, falls die Arbeiter bis Mitte September nicht Klein begeben haben. Wir haben aber keine Veranlassung, irgend welches Anerbieten zur Beilegung des Kampfes zu machen. Es wird sich ja schließlich zeigen, welche Partei es am längsten aushält. Unsere Hilfsmittel sind reichlich, und sollte wirklich eine der beteiligten Gewerkschaften in Bedrängnis geraten, so sind wir der Unterstützung durch die ganze deutsche organisierte Arbeiterschaft sicher. Ob die Metallindustriellen sich nach Ueberwindung der Krise zu frivolen Aussperrungen herbeilassen werden, darf wohl noch bezweifelt werden. Viel Begeisterung dafür ist sicher nicht vorhanden. Vergeben wir nicht, daß die Werftarbeiter gleichsam die Pioniere der deutschen Metallarbeiter sind und daß wir unseren Forderungen mit Ruhe und Besonnenheit Geltung zu verschaffen haben. Wie sich aber auch in nächster Zeit der Kampf gestalten möge, immer gilt es, geschlossen zusammenzuhalten, im Vertrauen zur Leitung nicht wankend werden und der Öffentlichkeit gegenüber ein anständiges Betragen zeigen.

Gerichts-Zeitung.

Eine Bekanntmachung aus dem Café National hat für den Landwirt Wilhelm W. recht üble Folgen gehabt; er mußte gestern als Zeuge vor dem Strafrichter erscheinen, um Zeug-

nis gegen die des Diebstahls und der Körperverletzung angeklagte „Verläuferin“ Vera Rademacher abzugeben. — Anfangs Juli d. J. kam der Landwirt W. aus seiner ostpreussischen Heimat das erste Mal in seinem Leben nach Berlin. Sein erster Gang in der Reichshauptstadt war nach dem Cafe „Nazi“. Da er hier mit einer unwiderstehlichen Freundlichkeit aufgenommen wurde, so sah er bald mit einer schon etwas ältlichen, aber dafür desto mehr geschminkten Dame an einem Tische. Nachdem das Bäckerin später längere Zeit sich in einer Ecke eines anderen Restaurants den verschiedenen Genüssen hingegeben hatte, wurden plötzlich die Kellner durch einen Nordstrolach alarmiert. Als sie hinzukürzten, fanden sie das Bäckerin in einem regelrechten Wozkampf, bei welchem W. beiräte jener Vertreterin des „schwachen“ Geschlechts unterlegen war. Nachdem der Prügelei durch die Kellner ein Ende bereitet war, stellte sich folgendes heraus: Der biedere Provinziale war infolge des reichlichen Alkoholgenusses etwas eingenickt, aber noch gerade im rechten Augenblick wieder aufgewacht, um zu bemerken, daß seine Begleiterin mit seiner Brieftasche herumhandelte. Er konstatierte sofort, daß ihm ein Hundertmarkschein fehle und schlug Lärm. Als Antwort erhielt er von der entzückten Schönen ein paar schallende Ohrfeigen. Auf der Polizeiwache stellte es sich heraus, daß sich W. bezüglich des Hundertmarkscheines geirrt hatte. Dagegen wurde bei seiner Begleiterin, der jetzigen Angeklagten, ein dem W. gehöriger Siegelring vorgefunden. Vor Gericht behauptete die Angeklagte, den Ring von dem Zeugen geschenkt erhalten zu haben. — Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen.

Eine sonderbare Bettelaffäre

war es, die am Montag dem Landgericht II (Berienstrasskammer 1), zur Entscheidung vorgelegt wurde. Der Bettler wurde beschuldigt eine Kaufrau W., die drei Kinder zu ernähren hat. Im letzten Winter habe sie, obwohl sie in Berlin wohnt, in Steglitz einem dortigen Armenpfleger Walthar Schulke (Düntherstraße 4) ein schriftliches Gesuch um Unterstützung überreicht. Herr Schulke führte sie zur Polizei, um ihre Persönlichkeit feststellen zu lassen. Nach auf der Straße erfuhr er von der Hilfesuchenden, daß sie nicht in Steglitz wohnt. Später bekam sie dann einen Strafbefehl, der ihr wegen Bettelerei 3 Tage Haft zubilligte. Auch das Schöffengericht Berlin-Schöneberg, dessen Entscheidung sie anrief, gelangte zu der Ansicht, daß sie eine gewöhnliche Bettlerin versucht habe, und es blieb bei den 3 Tagen Haft. Die Verurteilte legte Berufung ein und erwartete nun vom Landgericht die Aufhebung jenes Urteils. Sie versicherte, nicht betteln habe sie wollen, sie habe vielmehr durch den Armenpfleger Schulke feststellen lassen wollen, daß sie hilfsbedürftig sei. In Berlin habe ihr der Armenkommissionsvorsitzer Hoppe (Kollatschstraße 29) nur eine einmalige Unterstützung von 10 Mark gewährt, weitere Unterstützungsgesuche aber seien erfolglos geblieben. Als sie nun von anderer Seite belehrt worden sei, daß eine Vorortgemeinde ihr in ihrer Lage sicherlich eine Unterstützung geben würde, habe sie in Steglitz jenes Gesuch eingereicht. Ihre Absicht sei gewesen, nach etwaiger Anerkennung ihrer Bedürftigkeit in diesen Ort überzusiedeln und dann dort sich eine Unterstützung geben lassen, die Berlin hätte zurückerkennen müssen. Als Zeuge wurde vernommen der Berliner Armenkommissionsvorsitzer Hoppe. Er bekundete, daß die Angeklagte in der Tat nur ein einziges Mal 10 Mark bekommen habe und nachher abgewiesen worden sei. Die Angeklagte behauptete, daß er selber sie in grobem Ton abgewiesen habe, so daß sie schließlich zu dem Mittel habe greifen müssen, anderswo ihre Hilfsbedürftigkeit feststellen zu lassen. Sie hielt ihm auch eine eigenartige Bemerkung vor, mit der er sie auf die Tafel hin gewiesen habe, daß von ihr drei Kinder zur Welt gebracht worden seien. Zeuge Hoppe erwiderte auf den Vorwurf, der ihm da gemacht wurde, nichts. Der Steglitzer Armenpfleger Schulke bekundete als Zeuge, die Angeklagte habe ihm einen offenen Bettelbrief überreicht mit den Worten: „Für die gnädige Frau“. Warum er die Polizei alarmierte, das ging aus seinen Aussagen nicht klar hervor. Er bestritt, daß die Angeklagte ihn als Armenpfleger aufgesucht habe. Schon am Abend vorher habe im Hause, Floraststraße 1, bei seiner Schwiegermutter, eine Frau mit einem ähnlichen Brief gebettelt; er nahm an, daß das dieselbe Person gewesen sei. Der bettelige Rechtsanwalt Eigen beantragte Freisprechung. Nach einem Reichsgerichtserkenntnis sei nicht jede Inanspruchnahme fremder Wohlthätigkeit strafbare Bettelerei. Hier habe doch ein von der Gemeinde bestellter Armenpfleger um Konstatierung der Hilfsbedürftigkeit ersucht werden sollen, allerdings in falscher Beurteilung der Zuständigkeit. Der Staatsanwalt beantragte, die Berufung zu verwerfen oder noch Herrn Schulkes Schwiegermutter zu laden. Das Gericht kam zu dem Urteil, die Angeklagte habe Herrn Schulke nicht als Armenpfleger, sondern als privaten Wohlthäter aufgesucht. Wiltin handele es sich um gewöhnliche Bettelerei, die sie mit den ihr zubilligten 3 Tagen Haft zu büßen habe.

Letzte Nachrichten.

Automobilunfall.

Hirschberg, 22. August. Als heute nachmittag ein Automobil omnibus auf der Straße Bräudenberg-Warmbrunn einem Wagen, dessen Pferde scheuten, ausweichen wollte, stürzte er die Böschung hinunter. Der Fabrikbesitzer Tischler aus Leipzig erlitt eine schwere Verletzung. Mehrere andere Passagiere wurden leicht verletzt.

Die Cholera in Apulien.

Rom, 22. August. (B. L. Z.) In den letzten 24 Stunden sind in Trinitapoli vier Erkrankungen und zwei Todesfälle an Cholera festgestellt worden, in Cerignola ein Todesfall, in Margherita di Savoia zwei Erkrankungen und ein Todesfall, in Trani neun Erkrankungen und zwei Todesfälle, in Barletta zehn Erkrankungen und ein Todesfall, in Andria drei Erkrankungen und ein Todesfall, in den übrigen Gemeinden der Provinzen Bari delle Puglie und Foggia ist bisher kein Fall von Cholera vorgekommen.

Bern, 22. August. (B. L. Z.) Der Bundesrat hat heute beschlossen, die italienischen Provinzen Bari und Foggia für cholerafrei zu erklären, alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen gegen eine Einschleppung der Seuche zu treffen und die Kantonsregierungen zu umfassenden Maßnahmen ihrerseits aufzufordern.

Meuternde Gefangene.

Drel, 22. August. (B. L. Z.) In den Werkstätten des hiesigen Zuchthauses meuterten die Gefangenen. Sie erschlugen mit der Art einen Aufseher, nahmen ihm seinen Revolver ab und feuerten gegen die Wache. Diese gab eine Salve ab, durch die vier Gefangene getötet und sechs verwundet wurden.

Die Waldbrände.

Spokane, 22. August. (B. L. Z.) Die Zahl der bei den Waldbränden Umgekommenen wird auf hundert geschätzt. Mehrere Ortschaften sind zerstört, darunter Wallace, Aberly (Idaho) und Henderson (Montana). Eine Feuermauer zieht sich 50 Meilen weit von Thompson (Montana) nach der Grenze von Idaho. (Siehe auch unter „Aus aller Welt“.)

New York, 22. August. (B. L. Z.) Wie die „Sun“ aus Spokane meldet, sind bei den Waldbränden 93 Personen verbrannt, 450 werden noch vermisst.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Diergu 3 Beilagen u. Unterhaltungssk.

Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin.

Die Versammlung wurde am Sonntag in Kellers Saal in der Roppenstraße abgehalten. Der Verbandsvorsitzende Ernst ergriff die Geschäftsführung des Vorstandes. Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1910. Die erste Arbeit dieser Periode war die Arbeitslosenzählung, welche von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam vorgenommen wurde.

Im engsten Zusammenhange mit dem Wahlkampf wurde der Wahlrechtskampf von uns geführt. In machtvollen Demonstrationen bekundeten die Berliner Arbeiter den festen Willen, den energischen Kampf für ein freies Wahlrecht aufzunehmen und durchzuführen. Bis Preußen von der Schwach des Dreiklassenrechts befreit ist, zum erstenmal seit 1848 sah man Straßendemonstrationen, veranstaltet vom Berliner Proletariat. Angst ergriff das Bürgerium. Die liberalen Parteien drückten sich feige vor einer Verteilung am Kampf. Nur wenige bürgerliche Demokraten stellten sich auf unsere Seite.

Kleines Feuilleton.

Wie Kulturfegen zu barem Gelde wird. Die Kulturlust wird wieder einmal in Atem gehalten, sie wartet mit Spannung der täglich von allen Seiten kommenden Mitteilungen über die Erfolge der Epphilibehandlung mit Ehrlich-Hata 606. Alles spricht von einem Riesenschritt nach vorwärts, von einem Kulturfortschritt. Ueberall hört man Disputationen über die Frage, nur an einer Stelle scheint es so, als wenn die Menschen vor Arbeit und Aufregung nicht dazu kämen, sich um den Kulturfortschritt zu kümmern.

Glodenpielvirtuosen. Ein musikalischer Weltreit, wie er wahrscheinlich noch niemals vorgekommen ist, wird in den Tagen des 21. und 22. August in der alten belgischen Stadt Mecheln stattfinden. In dem Turm der Kirche des Heiligen Romwald hängt dort ein berühmtes Glodenpiel, dessen Anfänge auf das Jahr 1441 zurückgehen.

im Treptower Park das Verlangen des Proletariats nach freieren Zuständen in Preußen in einem Blutsbad erstickt zu können. Doch die Berliner Arbeiterklasse wußte derartigen Absichten durch einen fähigen Handstreich zu begegnen. Während die bewaffnete Macht in Treptow die Demonstration erwartete, fanden sich im Tiergarten über 150 000 Arbeiter ein zu einer wichtigen Demonstration gegen das herrschende Unrecht.

Neue Anregungen auf kommunalem Gebiete brachte die Konferenz von Gemeindevorstehern der Provinz Brandenburg, die im Februar 1909 stattfand und einen sehr befriedigenden Verlauf nahm. — Im Herbst 1909 traten die Berliner Parteigenossen in die Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen ein.

In anderer Hinsicht gaben uns die politischen Verhältnisse Gelegenheit zur Agitation. Die neuen Steuern, welche die Regierung im Bunde mit dem Schnapsbündel den Volksmassen aufgeladen haben, verursachten eine erregte Stimmung unter den Massen und machten sie empfänglich für unsere Agitation.

Außer den hier genannten fanden in der Berichtsperiode noch Hunderte von Versammlungen öffentlichen Charakters statt. — An Flugblättern verbreitete der Verband: Ueber eine Million zur Reichsfinanzreform, etwa eine Million bei den Landtagswahlen, zirka zwei Millionen zu den Stadt- und Gemeindevorordnetenwahlen, weit über vier Millionen für den Wahlrechtskampf.

Selten war eine Zeit so bewegt wie die der letzten anderthalb Jahre. Doch die Arbeiten und Anstrengungen, welche diese Zeit den Parteigenossen auferlegte, brachten uns gute Erfolge. Mit Genugtuung können wir sagen: Unsere Organisation steht auf der Höhe. Die Arbeiten wurden im großen und ganzen so erledigt, wie man es nur wünschen kann.

am Körper der Arbeiterbewegung: Partei und Gewerkschaft, aufeinander angewiesen sind, haben wir uns in der Agitation gegenseitig unterstützt.

Unser Streben richtete sich nicht nur auf die Gewinnung von Anhängern, sondern auch darauf, diese zu zielbewußten Sozialdemokraten zu machen. Zu diesem Zweck wurden aufläuternde Broschüren, unter anderem 41 000 Exemplare „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“ gratis verteilt.

Zur Erledigung der Verbandsgeschäfte wurden abgehalten vier Generalversammlungen, 23 Sitzungen des Zentralvorstandes, 89 Sitzungen des Aktionsausschusses, 77 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses mit anderen Korporationen.

Der Redner besprach das wesentlichste von den Arbeiten der Preßkommission sowie von der Tätigkeit der Agitationskommission. Bezüglich der letzteren konstatierte er, daß die jahrelange Agitationsarbeit der Genossen Früchte getragen hat. Die selbständige Organisation der Provinz steht gesichert da.

Die Lokalkommission hatte manchen Kampf durchzuführen, zwar nicht in Berlin, desto mehr aber in der Provinz, wo uns die Versammlungslokale unter Anwendung eines erbarmungslosen Terrorismus vorenthalten werden.

Neben den allgemeinen Parteiarbeiten hat sich der Vorstand angelegen sein lassen, die Frauen für unsere Partei zu gewinnen und sie zu Klassenkämpfern zu erziehen. Diesem Bestreben dienten eine Anzahl besonderer Frauenversammlungen sowie der Ausbau der Frauen-Leseabende.

Die Veranstaltungen des Jugendausschusses erfreuen sich großer Beliebtheit bei der proletarischen Jugend. Das Blatt „Arbeiterjugend“ ist in 8500 Exemplaren verbreitet. Dem einen bis jetzt in Berlin bestehenden Jugendheim wird in nächster Zeit ein zweites hinzugefügt werden.

Ferner widmeten wir uns einer Aufgabe, die eigentlich Sache des Staates ist, nämlich dem Schutze der Kinder gegen gewissenlose Ausbeutung und Mißhandlung. Die Feststellungen der Kinderschutzkommission geben ein Bild wahrhaft empörender Verhältnisse. Da sehen wir, wie Kinder im zartesten Alter, am frühen Morgen und am späten Abend, getrieben oft durch die bitterste Not in der Familie, der kapitalistischen Ausbeutung überliefert sind.

Ernstes geben wir entgegen. Das freie Wahlrecht für Preußen muß erzwungen werden, gleichviel, welche Opfer es kostet.

So sah'n in Alenstein wir schon, und mit gerechtem Stolze: noch hat dies Land manch edlen Sohn vom alten echten Golze.

Kun folgt ein weiterer Beweis den Alenstein'ser Schlagen: o wie erhebt es, was man weiß vom General von Bagern!

Ja, wie der edle Hegenbod bleibt keinem glanzigen Sprung fern, so machte er's im bunten Rod mit Gattinnen und Jungfern.

Das ist doch preußisch und normal (stört nicht beim Anzieren), nun kann kein Feind mehr die Moral des Heeres kritisieren!

Franz.

Notizen.

Der erste Professor für Ohrenheilkunde in Deutschland, Dr. Hermann Schwarze, der 1868 als solcher berufen wurde, ist in Halle gestorben.

Prof. Ehrlich arbeitet immer noch an der weiteren Verbesserung seines neuen Epphilibmittels. Er hat jetzt ein neues Präparat hergestellt, das er 606 Hyperideal nennt (abgefärbt „Hy“). Seine Giftigkeit ist auf ein Drittel gegen das frühere herabgesetzt.

Theaterchronik. Im Schiller-Theater Charlottenburg ist für nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, eine Aufführung von Schillers „Wilhelm Tell“ angesetzt.

Musikchronik. In der Kgl. Oper (bei Kroll) wird am 1. September die Reststudierung von „Raufred“ in Szene gehen. Im gleichen Monat beginnt Geraldine Farrar die Serie ihrer Vorstellungen, die u. a. „Romeo und Julia“, „Monon“ bringen werden. Es folgt im Oktober das Gastspiel Caruso, das neben „Carmen“ und „Aida“ den „Liebesstraß“ von Donizetti in Aussicht stellt.

Die Luftpost. Die englische Postverwaltung bereitet einen Versuch vor, die Flugmaschine bereits jetzt in ihren Dienst zu stellen. Graham White, der erfolgreiche englische Flieger, soll den Briefträger spielen. Ein Ballon von 75 Kilogramm Briefschaden, der auf dem gewöhnlichen Wege zum Hauptpostamt von Gladpool befördert ist, wird Graham White übergeben werden, der sie an die Küste von Southport befördern wird, wo sie ein Postautomobil in Empfang nehmen soll.

Der Verbrauch von Kaffee auf der ganzen Erde ist nach dem „Prometheus“ im Jahre 1909 um 31 Millionen Kilogramm auf rund 195 Millionen Kilogramm gestiegen. Von der Verbrauchszunahme entfallen 11 1/2 Millionen Kilogramm auf Amerika, 6 1/2 Millionen Kilogramm auf Deutschland, 3 1/2 Millionen Kilogramm auf Holland und 3 1/2 Millionen Kilogramm auf England. Geringere Zunahmen weist der Kaffeeverbrauch in Oesterreich, Rußland, Frankreich, Belgien und Norwegen auf.

Humor und Satire.

Rehabilitierung.

Nu immerhin, ich finde led, es scheint sich aufzuklären. Wie konnte denn auch jener Dred in Deutschland lange währen!

Die ganze Eulenburgerei samt Lynar und was weiß ich — kurz, die perverse Schweinerei, sie war nicht deutsch, nicht preussisch.

Darum gilt es, die Reihen unserer Kämpfer zu vermehren. Im Reich steht ein Wahlkampf von noch nie erlebter Heftigkeit bevor. Schon rufen unsere Gegner zu diesem Kampfe. Millionen von Mann stehen ihnen zur Verfügung. Wir appellieren an den Idealismus der in Staat und Gesellschaft Entrechteten und fordern sie auf: Schließt Euch zusammen zum Kampfe für Euer Ideal! Wohl zählt unsere Organisation über 100 000 Mitglieder, aber das sind erst 25 Proz. der für uns abgegebenen Wahlstimmen. Das muß anders werden. Darum agitiert und werbt neue Kämpfer, wo immer sich Gelegenheit dazu bietet. Unser Streben muß sein, möglichst alle Arbeiter für unsere Ziele und für unsere Organisation zu gewinnen, denn allein bei den starken Bataillonen ist der Sieg (Weisfall.)

Den Kassenbericht erstattete der Verbandskassierer Böse. Die Einnahmen in den 1 1/2 Jahren betragen 378 520,31 M., dazu kommt der Bestand von 1908 im Betrage von 60 474,54 M., macht eine Gesamteinnahme von 438 994,85 M. — Die Einnahmen an Monatsbeiträgen sind erheblich zurückgegangen. Der Rückgang erstreckt sich auf alle Kreise mit Ausnahme des fünften. Die Einnahme aus diversen Beiträgen ist auf der bisherigen Höhe geblieben. In den Parteivorstand sind im Durchschnitt 500 M. monatlich oder 6000 M. im Jahre mehr abgeführt worden. Ein Zeichen von der Opferwilligkeit der Berliner Genossen. Die Einnahmen für Parteimariken sind gestiegen durch die Neuaufnahme von 10 000 Mitgliedern. Im Jahre 1908 wurde an Eintritts- und Beitragsmarken für Männer und Frauen eine Einnahme von 80 117,80 M. erzielt. In den 1 1/2 Jahren des Berichtes betrug diese Einnahme 143 940,70 M., also ein Mehr von 23 900 M. Trotzdem ist die Leistungsfähigkeit für die einzelnen Kreise und auch für die einzelnen Mitglieder berechnet, prozentual zurückgegangen. Das gilt für den 1., 2., 4., 6. Kreis und für Niederbarnim. Im 3., 5. und Teltow-Beeslow ist die Leistung pro Kopf gestiegen. — Sachungsmäßig hätten dem Parteivorstand 20 Proz. der Einnahmen für Parteimariken, das sind 80 068 M., abgeführt werden müssen. Er hat aber 214 000 M., also 133 932 M. mehr erhalten. Ferner sind ausgegeben an die Agitationskommission 47 700 M., an die Prehkommission 500 M., an die Lokalkommission 400 M., für Bildungszwecke 16 370 M., gemischte Ausgaben 28 080 M., für Drucksachen 65 000 M., für kommunale Bewegung 22 140 M.

Aus dem Bericht ist ersichtlich, daß sich die jährlichen Ausgaben verdoppelt haben und die Einnahmen nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den notwendigen Ausgaben stehen. Es können nicht alle an die Verbandskasse gestellten berechtigten Forderungen erfüllt werden. Der Jugendauschuss leidet ständig an Geldmangel. Die Jugendauschüsse der Vororte müssen mit wenigem Material vorlieb nehmen, weil leider kein Geld da ist. Die Bildungsbestrebungen in Berlin können wegen Mangel an Geld bei weitem nicht im wünschenswerten Maße unterstützt werden. Aus diesen Gründen kommt der Verband um eine Beitragserhöhung nicht herum. Die Reichstagswahl steht vor der Tür. Auch sie kostet viel Geld. Die Generalversammlung ist in der Lage, Munition für den Wahlkampf zu beschaffen. Sie wird es tun müssen, denn ohne Munition ist kein Sieg zu erringen.

Dobroslaw beantragte namens der Revisoren, den Kassierer zu entlassen. — Hierauf wurde die Diskussion eröffnet.

Was beklagte sich über Vernachlässigung der Agitation unter den Polen und verlies auf einen früher angenommenen Antrag, der dem Parteivorstand die Verbreitung polnischer Flugblätter unter den Wanderarbeitern zur Aufgabe macht. Ferner beantragte der Redner, daß der „Vorwärts“ in seiner Jubiläumsummer, wo eine Reihe von Vertretern der internationalen Sozialdemokratie zum Worte kamen, nicht auch einen Beitrag eines polnischen Genossen gebracht habe. Weiter bemerkt der Redner im „Vorwärts“ Mitteilungen über seiner Ansicht nach wichtige Ereignisse in der polnischen Bewegung.

Ernst betraute den Vorredner wegen seiner Ausführungen am „Vorwärts“ an die Prehkommission. Was die Agitation unter den Polen betreffe, so habe der Vorstand versucht, dem erwähnten Antrage gerecht zu werden, aber es habe sich gezeigt, daß es unmöglich sei, an die hier durchreisenden Wanderarbeiter heranzukommen. Was verlange auch eine Agitation unter den hier ansässigen polnischen Arbeitern. Der Parteivorstand habe sich mit den Genossen von der R. P. S. und auch von der abgesplitterten Organisation in Verbindung gesetzt und ihnen nahe gelegt, sich der deutschen sozialdemokratischen Organisation anzuschließen, wobei ihnen das Recht eigener Zahlende, eigener Berichterstattung usw. zugesichert werden sollte. Die polnischen Genossen hätten das abgelehnt und erklärt, sie wollten für sich bleiben. Unter diesen Umständen sei es dem Parteivorstand nicht möglich, den Polen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Damit war die Diskussion beendet. — Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Hierauf erfolgte die Wahl derjenigen Mitglieder des Parteivorstandes, die durch die Verbandsgeneralversammlung zu wählen sind. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Geschäftsführender Ausschuss: Eugen Ernst, Leopold Piepmann, Emil Böse. — Revisoren: Gustav Schmidt, Adolf Feuner, Paul Dobroslaw, Paul Weinmann, Ernst Bessel. — Beisitzerinnen: Ottilie Vaader, Margarete Bengels, Anna Ratschke, Marie Zehel, Marika Arendsee. Bestätigt wurden die in den Generalversammlungen der einzelnen Kreise gewählten und in unseren Berichten bereits bekanntgegebenen Mitglieder des Parteivorstandes.

Hierauf wurden Anträge der Kreiswahlvereine beraten.

Ein Antrag des ersten Kreises fordert die Erhöhung des Monatsbeitrages für männliche Mitglieder von 30 auf 40 Pf. — Der Kreis Teltow-Beeslow beantragt, Wochenbeiträge einzuführen und zwar 10 Pf. für männliche, 5 Pf. für weibliche Mitglieder und für den Fall der Ablehnung einen Monatsbeitrag von 40 Pf.

Boidt (erster Kreis) und Wagens (Teltow-Beeslow) begründeten die Anträge unter Hinweis auf die Finanzlage der Organisation, die eine Vermehrung der Einnahmen notwendig mache. Wels fürchte hierzu aus, der Parteivorstand stehe den Anträgen sympathisch gegenüber. Er sei aber der Meinung, daß die Verbandsgeneralversammlung über eine so weittragende Angelegenheit nicht Beschlüsse fassen solle, ehe nicht alle Kreise dazu Stellung genommen haben. Der Parteivorstand stehe auf dem Standpunkt, daß wir von Monatsbeiträgen abgehen und zu Wochenbeiträgen übergehen müssen, was ja auch dem Beschluß des Leipziger Parteitagess entspricht. Der Redner beantragte namens des Parteivorstandes: Die Generalversammlung möge sich im Prinzip für die Beitragserhöhung erklären, die Angelegenheit aber zunächst den Kreisen überweisen, damit sie Stellung dazu nehmen. Zu empfehlen sei die Einführung eines Wochenbeitrages von 10 Pf.

Nachdem einige Redner gegen die Beitragserhöhung gesprochen hatten, wurde der Antrag des Parteivorstandes mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Antrag des ersten Kreises: „Die Zahl der weiblichen Mitglieder des Parteivorstandes ist von 5 auf 8 Mitglieder zu erhöhen“, begründete Frau Guttmann. Bei dem heutigen Zustande — sagte sie — seien der erste, dritte und fünfte Kreis nicht durch weibliche Mitglieder im Parteivorstande vertreten. Die Genossinnen dieser Kreise könnten deshalb nicht eine so enge Fühlung mit der Organisationsleitung haben, wie es im Interesse der Agitation unter den Frauen notwendig sei. Es sei also erforderlich, daß jedem Kreise ein weibliches Parteivorstandsmitglied zugebilligt werde.

Ernst und Grundwald sprachen namens des Parteivorstandes gegen den Antrag. Die Genossinnen seien nicht als Vertreterinnen ihrer Kreise im Parteivorstand, sondern als Vertreterinnen der Frauen überhaupt. Die Kreise hätten ja doch das Vorschlagsrecht zu den von der Verbandsgeneralversammlung zu beschließenden Wahlen der weiblichen Vorstandsmitglieder. Natürlich habe der Parteivorstand nichts gegen eine energischere Betätigung der Frauen, aber das dürfe nicht so weiter gehen, daß sie besondere Vorrechte fordern. Wir seien für gleiche Rechte beider Geschlechter, aber nicht dafür, daß die Frauen mehr Rechte bekommen wie die

Männer. Uebrigens sei es ja dem ersten Kreise, wenn er eine stärkere Beteiligung der weiblichen Mitglieder wünsche, unbenommen, eine Genossin in den Aktionsausschuss oder in die Prehkommission zu wählen.

Der Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag von Niederbarnim fordert den Erlaß der Beiträge für weibliche Mitglieder bei Arbeitslosigkeit des Mannes, der Mitgliedschaft des Wahlvereins ist. — Ein Antrag des vierten Kreises will den Erlaß der Beiträge nicht erwerbstätiger weiblicher Mitglieder während der Krankheit oder Erwerbslosigkeit ihres Mannes.

Ostrowski (viertes Kreis) und Robinson (Niederbarnim) begründeten die Anträge und empfahlen ihre Annahme. Frau Ratschke und Fr. Vaader sprachen gegen die Anträge und betonten, es gebe nicht an, den Frauen besondere Rechte zu geben. Wenn die Antragsteller eine Erleichterung für die Arbeitslosen herbeiführen wollten, dann müßten sie fordern, daß die Familienmitglieder vom Beitrage befreit sind, deren Hauptnährer arbeitslos ist.

Nachdem noch einige Redner für und gegen die Anträge gesprochen hatten, erfolgte die Abstimmung. Da es sich um eine Statutenänderung handelt, so ist zur Annahme des Antrages eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Der Antrag des vierten Kreises erhielt 300 Stimmen für und 203 gegen, der Antrag Niederbarnim 301 für und 275 gegen. Beide Anträge sind demnach abgelehnt, da keiner Zweidrittel der Stimmen erreicht hat.

Der Generalversammlung lagen zwei Resolutionen der Parteigenossinnen vor: die eine fordert die Einführung des Wahlrechts der Frauen in Staat und Gemeinde sowie eine energische Agitation für diese Forderung. Die andere Resolution stellt die bekannten Forderungen des Arbeiterinnenbundes und der Mutterschaftversicherung auf. — Beide Resolutionen sind von der Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands angenommen. Sie sollen jetzt dem internationalen Kongreß vorgelegt werden.

Frau Bengels empfahl die Annahme der Resolutionen an dieser Stelle mit Rücksicht darauf, daß die Delegierten zum internationalen Kongreß von der Verbandsgeneralversammlung gewählt worden sind.

Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende Ernst schloß die Versammlung mit einem Hinweis auf den bevorstehenden Wahlkampf und einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Badischer sozialdemokratischer Parteitag.

Offenburg, 21. August 1910.

Telegraphischer Bericht.

Der sozialdemokratische Parteitag des Großherzogtums Baden kam am Sonntag, nachdem er vorher die alljährlich wiederkehrenden inneren Landesangelegenheiten erledigt hatte, zur Erörterung der Budgetfrage. Der Parteivorstand hatte dazu den Reichstagsabgeordneten Mollenhuth und den Parteisekretär Müller-Berlin entsandt. Auch die elsaß-lothringischen und die bayerischen Sozialdemokraten ließen sich vertreten. Den Vorsitz führte Reichstagsabgeordneter Dr. Franz Mannheim, der gleich in seiner Eröffnungsrede auf die bestehenden Differenzen hinwies. Wenn wir auch in dieser oder jener Frage andere Wege gehen, als den Genossen im Reiche richtig zu sein scheint, so liegt uns doch fern, die Taktik, die wir nach den gegebenen Verhältnissen für richtig halten, den Genossen im Reiche aufzuzwingen zu wollen. (Sehr richtig!) Wir müssen einen großen Teil unseres Parteitagess ausfüllen mit der Besprechung eines Parteizwistes und wir sind beieinander, diesen Parteizwist öffentlich zu erörtern. Wir scheuen die Offenlichkeit nicht. Es möge sich aber jeder in diesem Augenblicke sagen, daß ein Wort des Hohes oder gar der Verleumdung gegen einen anderen Parteigenossen morgen in der gegnerischen Presse als Waffe gegen die gesamte Arbeiterbewegung ausgenutzt wird. (Weisfall.)

Reichstagsabg. Mollenhuth: Wenn wir mit positiven Forderungen kommen, dann setzen wir doch immer allein und der einen reaktionären Masse gegenüber. Gewiß haben an der Niederwerfung der agrarischen Herrschaft in Deutschland auch andere Klassen ein Interesse. Aber wenn es gilt, eine von unseren Forderungen durchzusetzen, sind wir vollkommen allein auf unsere eigene Kraft angewiesen, die so groß sein muß, daß sie jeden Widerstand brechen kann. Ein großer Wahlkampf steht uns bevor. In diesem Wahlkampf muß das deutsche Proletariat als geschlossene, kompakte Masse hineinziehen. (Weisfall.) — Gemeindebevollmächtigter Maurer-München: Wir Bayern sehen, daß Ihr Badener marschiert. Ihr Marschieret vielleicht nicht immer in unbedingt losenbewussten Paradeschritt. Aber Ihr marschiert. Manchmal möcht es sogar den Eindruck, als ob Ihr an der Spitze marschiert. (Weisfall.) Jeder Fortschritt in Baden bedeutet eine Stärkung des demokratischen Gedankens im Süden und ist zugleich eine Stütze in dem schweren Kampfe, den unsere preussischen Genossen führen müssen. Marschieret fleißig weiter, wir Bayern sind dabei. (Großer Weisfall.)

Das Referat über die Taktik der badischen Landtagsfraktion erstattete Landtagsabgeordneter Kolb-Artlsruhe. Unsere Taktik war diktiert von dem Bestreben, eine Mehrheit aus Konservativen und Zentrum zu verhindern. Eine solche Mehrheit würde nicht nur einen gewaltigen Rückschritt für uns in Baden bedeuten, sondern eine solche Mehrheit würde neben einer Zentrumsmehrheit in Bayern und neben einer reaktionären Mehrheit in Preußen ihren Einfluß auch auf die Reichspolitik ausüben. Das Zentrum hat Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um 1909 in Baden eine Mehrheit sich zu erobern. Das Zentrum hätte eine Mehrheit auch erobert, wenn nicht die Reichsfinanzreform dazwischen gekommen wäre. Dieses Attentat auf die Taschen der armen Leute bedeutete einen gewaltigen Rückschlag für die Zentrumspartei, die die Ernte schon sicher zu haben glaubte. Die Sozialdemokratie verdoppelte im ersten Wahlgang die Zahl der eroberten Mandate und die einst gewaltige nationalliberale Partei erhielt ganze vier Mandate. Ich verstehe nicht, wie einzelne norddeutsche Parteigenossen sagen können, wir seien in Baden unter die Fuchtel der Nationalliberalen geraten. (Wachen.) Nicht die Sozialdemokratie, sondern der Liberalismus ist zurückgedrängt worden. (Sehr richtig!) Wenn noch eine Hoffnung für den Liberalismus in Baden besteht, dann ist es nicht die, auf Kosten der Sozialdemokratie etwas zu gewinnen, sondern nur die, mit der Sozialdemokratie etwas von der Reaktion zu gewinnen. Der Liberalismus muß die Parole für uns ausgeben, weil sonst die Wähler einfach zu uns kommen würden. Der Liberalismus kann seine historische Mission in Deutschland nicht mehr erfüllen. Aber er kann noch einen Teil seiner Mission erfüllen mit Hilfe der Sozialdemokratie, niemals gegen die Sozialdemokratie. Aus diesem Gedankengang heraus müssen wir die Situation beurteilen. Wir haben das Budget bewilligt. Wir haben uns gewissenhaft geprüft und uns genau überlegt, welche Folgen es haben würde. Wir haben zunächst gegen das Budget stimmen wollen, um alles zu vermeiden, was in der Partei Differenzen erregen könnte, und weil der Minister v. Bodman kurz vorher gesagt hatte, Sozialdemokraten könnten keine Deputierte werden. Aber wir fanden plötzlich vor einer völlig veränderten Situation. Darüber, ob wir richtig und klug gehandelt haben, können wir ein besseres Urteil abgeben als die, die die badischen Verhältnisse nicht kennen. Wir wußten, daß Minister v. Bodman wegen seiner übrigen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber von den Zentrumsjunkern gehäht wurde. Wir wußten, daß kein besserer Minister nach ihm kommen würde, wenn der Sturz gelang. Ein Zentrumsjunker hatte gesagt, man dürfe einer Partei wie der Sozialdemokratie die Gemeinden nicht ausliefern. Man wolle die Regierung verantwortlich machen für das Ansteigen der roten Blut. Der Zentrumsmann

v. Stötinger operierte gegen die Erste Kammer mit der Revolution von 1789. Darauf sagte ein Oberbürgermeister, daß Revolutionen nur kämen, weil man dem Volke die Rechte verweigert, und Minister v. Bodman bezeichnete die Sozialdemokratie als eine großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes. (Weisfall.) Das Minister v. Bodman keine sozialdemokratischen Reden halten kann, ist selbstverständlich. Ich glaube aber, es dauert noch einige Jahre, bis im preussischen Abgeordnetenhause und Herrenhause ein Minister eine solche Kennerung über die Sozialdemokratie tun darf. (Sehr richtig!) Wir überschätzen die Rede nicht. Aber wie stehen nicht auf dem Standpunkt einiger norddeutscher Genossen, die sagen, in Baden ist die verkehrte Welt; sie bewilligen einem Minister das Gehalt, während wir bisher der Meinung waren, daß der Weizen der Sozialdemokratie am schönsten blüht, wenn man sie am insamsen behandelt. Wenn das richtig ist, dann verstehe ich nicht, weshalb unsere preussischen Genossen gegen das preussische System überhaupt anlämpfen. (Sehr richtig!) Solche Reden zeigen, wo die wirkliche Schiefe Ebene ist, auf die man kommt, wenn man nur mit Redensarten operiert. (Sehr richtig!) Wenn ein Redakteur, der berufsmäßig die Leser aufzuklären hat, solche Kennerungen tut, „je insamer, desto besser“, dann wundere ich mich über die Resolutionsmacher in Norddeutschland nicht mehr. (Weiterheit und Sehr richtig!) Nun sagen die Norddeutschen, der nationalliberale Führer Nedmann habe selbst gesagt, die Nationalliberalen seien von ihrem Programm nicht abgewichen, aber die Sozialdemokraten seien entgegengekommen. Ich bin in der badischen Politik sehr gut bewandert, aber ein nationalliberales Programm habe ich noch nicht gesehen. (Weiterheit.) Ich kann insulgedessen nicht sagen, ob sie von ihrem Programm abgewichen sind. Aber das weiß ich, daß wir von unserem Programm nicht abgewichen sind. (Lebhafte Weisfall.) Das Zentrum sagt ja täglich, daß Baden immer sozialdemokratischer wird, und selbst der geistliche Rat Wacker hat dieser Tage in Freiburg gesagt: Wir stehen im öffentlichen Leben ungleich mehr, als wir es müssen, unter dem Banner der Sozialdemokratie. (Hört! hört!) Das ist durchaus richtig. Daß die Nationalliberalen in Baden diejenigen seien, die die Sozialdemokraten in ihrem Bann hätten, glaubt in Baden kein Mensch, auch die Nationalliberalen selbst nicht. Aus Gründen der politischen Klugheit darf ich hier nicht mehr sagen. Es ist ja bedauerlich genug, daß wir schon so viel haben sagen müssen! (Sehr richtig!) Unsere preussischen Genossen würden klüger daran tun, uns nicht immer zu zwingen, das zu sagen, was jeder politisch kluge Mensch für sich behält. (Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, daß wir unter dem Einfluß der Nationalliberalen stehen. (Hurra! Umgekehrt!) Hört man uns denn wirklich außerhalb Badens für so elende Trottel, daß wir uns unter die Fuchtel der Nationalliberalen stellen werden? Wenn man aber das nicht glaubt, dann soll man aufhören, uns solche Vorwürfe zu machen. Man sagt, wir seien keine Klassenkämpfer mehr, und man hat uns das Klassenbewußtsein abgesprochen. Da muß man erst Bannelock und Rosa Luxemburg nach Baden schicken. (Weiterheit.) Unter den Männern, die für das Budget gestimmt haben, befinden sich solche, die im Klassenkampf schon gekungert haben. Wir müssen solche Vorwürfe auf das entschiedenste zurückweisen. (Lebhafte Weisfall.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Beschluß von Kärnberg unhaltbar ist. (Sehr richtig!) Er muß beiläufig werden, nicht im Interesse von uns Badensern, sondern im Interesse der Parteieinheit. (Stürmischer Weisfall.) Wir wollen, daß die Partei nicht gesprengt wird. Wer das nicht will, muß für die Beilegung dieses Beschlusses eintreten. (Lebhafte Weisfall.) Was wir heute in Baden haben, haben wir in zwei Jahren in Württemberg oder auch in Bayern. Jeder Bundesstaat, in dem die Sozialdemokratie etwas bedeutet, in dem sie ein Faktor ist, in dem sie etwas zu sagen hat, wird vor diese Frage gestellt werden. (Sehr richtig!) Ist es ein Prinzip, das in Kärnberg aufgestellt worden ist? Wenn es ein Prinzip ist, dem Klassenstaat die Mittel zu verweigern, dann müssen wir auch jeden einzelnen Staat ablehnen und auch die Staats in den Gemeinden. (Sehr richtig!) Dann müssen wir auch jedes Gesetz ablehnen. Entweder müssen wir dem Klassenstaat die Mittel ablehnen, dann aber unter allen Umständen und nicht nur in Baden, sondern auch in der demokratischen Schweiz. Dann würde unsere ganze parlamentarische Arbeit zu einer elenden lächerlichen Komödie herabsinken. (Sehr richtig!) Die Wähler, die heute für die Sozialdemokratie stimmen, wollen nicht bloß das Endziel der Sozialdemokratie, sondern wollen jetzt schon etwas erreichen. (Sehr richtig!) Solche Erfolge sind auch die absolute Voraussetzung für die tatsächliche Erreichung des Endziels. Es gibt nichts Unmarxistischeres als den Standpunkt der Gegner der Budgetbewilligung. Die kann man mit Marx und seiner Auffassung von der geschichtlichen Entwicklung den Standpunkt vertreten, daß wir erst Erfolge erzielen werden, wenn wir eine Mehrheit im Parlament haben. Marx konnte uns damals keine Formeln dafür geben, denn damals siedte die Arbeiterbewegung noch in den Kinderschuhen. Wollte ein gütiges Schicksal, daß ein Karl Marx heute noch lebte, er würde mit unseren Marxisten ganz anders verfahren! (Sehr richtig!) Wir führen den Klassenkampf in Baden genau so wie die Partei ihn in allen Ländern führt. Aber das Wort „Klassenkampf“ darf nicht zu einer inhaltslosen Phrase werden. Dem Klassenkampf, den unsere Entwicklung Tag für Tag zeigt, können wir uns gar nicht entziehen. Aber es gibt für die Führung des Klassenkampfes keine Schablone. Kautsky kann nicht die Methode für die ganze Welt machen. Es gibt verschiedene Formen. Wenn wir in Baden den Klassenkampf so führen, daß wir durch eine geschickte Politik die Gegner zurückdrängen, dann führen wir auch den Klassenkampf, zwar in einer anderen Form, aber mit Erfolg. Was können wir mehr tun für Preußen als daß wir auf dem Boden der Demokratie in Süddeutschland vorwärtsmarschieren. (Lebhafte Weisfall.) Damit verhehlen wir auch den preussischen Genossen zu einem besseren Wahlrecht. Alles flieht, hat Derallit gesagt, alles ist in ständiger Entwicklung begriffen. Wenn das wahr ist — und das kann niemand bestreiten —, dann steht auch der Klassenstaat und ist morgen nicht mehr derselbe, wie er heute war. Daß wir in Baden einen anderen Klassenstaat haben wie in Norddeutschland, wird niemand bestreiten. Soll die Arbeit einer Millionenpartei am Klassenstaat ganz vergeblich gewesen sein, dann müßten wir ja verzweifeln. Nein, täglich ändert der Klassenstaat seine Physiognomie, er hat nicht mehr die verzerrete Frage wie vorher. Wir haben Kautsky gefragt, was geschehen soll, wenn wir in einem Bundesstaat die Mehrheit bekommen. Darauf antwortete er, ja dann kommen eben tiefergehende Konflikte. (Weiterheit.) Ich bin der Meinung, daß die Aussichten auf eine Revolution immer mehr zurückgehen. Mit der Revolution steht es genau so wie mit dem Kriege. Die herrschenden Klassen hätten längst den Krieg riskiert, wenn sie die Courage dazu hätten. Genau daselbe ist auch bei der Revolution der Fall. Die Arbeiter haben heute viel mehr zu verlieren als die bloßen Ketten, an die sie gebunden sind. Die Arbeiter haben Aussicht auf Erfolge, sie sehen, daß es aufwärts geht. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir die bisherigen Wege weitergehen müssen. Wir dürfen gar nicht daran denken, auf dem Wege der Gewalt etwas zu erreichen. Es ist interessant, daß gerade jetzt Rosa Luxemburg und Kautsky eine Polemik miteinander haben. Warum geht der Parteivorstand nicht so weit, wie Rosa Luxemburg will? Weil er sich in der Situation befindet, in der wir uns auch befinden, weil er nicht so unverantwortlich ist wie Rosa Luxemburg, sondern weil er die Verantwortung trägt für die deutsche Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Aus demselben Grunde haben wir Badensern und nicht auf den Weg drängen lassen, den man uns in Norddeutschland vorschreiben will. (Stürmischer Weisfall.) Man wirft uns

Disziplinbruch

vor. Die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, aber es gibt Situationen, in denen man einen Disziplinbruch begehen darf. Wir hätten einen unverantwortlichen Schaden für die badische Partei heraufbeschworen, wenn wir anders gestimmt hätten. (Sehr richtig) Wir haben einen Disziplinbruch begangen, jedoch in der Hoffnung, daß wir in der Partei auf soviel Vernunft rechnen durften, daß sie sagte: Wenn wir auch den Disziplinbruch nicht billigen, wir verstehen aber die Handlungsweise. Daß man so politische Streikbrecher nennen würde, daß man so weit gehen würde, uns nicht mehr als Sozialdemokraten anzuerkennen, daran dachte kein Mensch von uns. (Sehr richtig) Welchen Schaden hatte die Partei davon, daß wir für das Budget gestimmt haben? Der Schaden kam erst, als man diesen Krakeel darüber machte. (Sehr richtig) Daß jedesmal solche Krakeele kommen, ist kein Zufall, er wird nicht der erste und nicht der letzte sein. Diesen Kampf müssen wir in der Partei durchkämpfen. Selbst angenommen, die Theorie von dem gewaltsamen Zusammenbruch wäre richtig, daß eines schönen Tages eine große blutige Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Kapitalismus stattfindet, daß das Proletariat siegreich wäre und die Macht ergreifen könnte, ist dann aber der Sozialismus verwirklicht? Dann fangen wir dort an, wo die anderen aufgehört haben, dann müssen wir auch reformieren. (Sehr richtig) Wer anders denkt, denkt nicht marxistisch. Marx sagte, es geht keine Gesellschaft unter, die nicht vorher zur höchsten Wüste sich entfaltet hat, und die Keime der kommenden Gesellschaft muß die alte Gesellschaft schon in sich tragen. Wer Augen hat zum sehen, der sieht, daß wir schon mitten in der Revolution seit vielen Jahren drinstecken. (Sehr richtig) Die Frage geht nicht dahin, ob wir Sozialisten sind oder nicht, sondern die Frage ist, auf welche Art wir unsere Grundzüge auf die praktischen Verhältnisse übertragen können. Alle Fragen der Taktik kann man nicht im voraus mit ganz bestimmten Normen lösen. Da gibt es nur allgemeine Regeln, von denen man abweichen kann, sobald es die Verhältnisse gebieterisch fordern. (Sehr richtig) Wie uns in Baden liegt die Sache so, daß wenn wir das Budget abgelehnt hätten, nur einer davon seine Freude gehabt hätte, nämlich das Zentrum. (Lebhafte Zustimmung.) Das Zentrum hätte wieder im Sattel gesessen und wäre geritten. Und die Regierung hätte sich auf das Zentrum stützen müssen. Nicht weil wir glauben, daß diese Regierung uns so sehr angenehm ist, haben wir für das Budget gestimmt, sondern um die Regierung nicht zu zwingen, sich dem Zentrum an den Hals zu werfen. (Sehr richtig) Wir wollten die Regierung fühlen lassen, daß sie von uns abhängig ist, wir wollen, daß in Baden überhaupt keine Regierung mehr denkbar ist, die nicht weitgehende Rücksicht auf die Sozialdemokratie nimmt. Aber wenn wir das wollen, dann dürfen wir nicht die Geschäfte des Zentrums besorgen. Daß wir mit der

Hofgängererei

die Monarchie als staatliche Einrichtung anerkannt hätten, ist Unfug. Wenn die Sozialdemokratie mit der Monarchie ihr Kompromiß abschließt, dann zwingt sie die Monarchie, sich vor der Sozialdemokratie zu beugen und nicht umgekehrt macht die Sozialdemokratie ihre Knechtung vor der Monarchie. Das ist überhaupt die falsche kautskische Logik. Die Erfolge, die wir erringen, sind kein Entgegenkommen gegen die herrschenden Klassen. Wenn wir in Baden uns die jetzige Stellung erobert haben, bedeutet das kein Entgegenkommen gegenüber den bürgerlichen Parteien, sondern es bedeutet ein Entgegenkommen der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie. (Sehr richtig) Wenn es sozialdemokratische Minister gibt, so sind diese sozialdemokratischen Minister ein Entgegenkommen der bürgerlichen Gesellschaft gegen uns. Wir bekommen auch kein Präsidium in einem Parlament, wenn wir uns diese Stellung nicht erzwingen. Wir sind zum feierlichen Salubrität des Landtags hingegangen, nicht, weil es uns Spaß machte, sondern um etwas zu erreichen. Ich kann darüber nicht weiter sprechen. In Württemberg hat man sogar bei der Eröffnung des Landtags mitgemacht und den Verfassungseid in die Hände des Königs geschworen. (Hört! Hört!) Kein Mensch hat an der republikanischen Ueberzeugung dieser Menschen gezweifelt. Es gehört mehr republikanische Ueberzeugung dazu, einem Monarchen gegenüber seine republikanischen Ansichten zu verteidigen, als in Volksversammlungen mit Phrasen zu operieren. (Sehr richtig) Wir sind überzeugt, daß das, was wir getan haben, richtig war, wir glaubten der Partei zu nützen. Deshalb sind wir beschimpft worden, deshalb hat man uns mit Ausschluß gedroht. Das ist nicht die richtige Art, wie man in der Partei einen Bruderkampf führen darf. Wir dürfen niemals an unserer gegenseitigen ehrlichen Ueberzeugung zweifeln. Wir appellieren an Sie, denn Sie haben uns das Vertrauen geschenkt.

Ich erkläre im Namen der Landtagsfraktion: Es ist uns nur möglich, weiterzuarbeiten, wenn Sie uns auch weiter Ihr Vertrauen entgegenbringen. Wenn Sie uns recht geben, dann werden wir den Parteitag in Magdeburg ersuchen, den Beschluß von Nürnberg aufzuheben, wenn Sie uns aber ein Mißtrauensvotum anstellen, dann werden wir mit aller Ruhe unsere Konsequenzen daraus ziehen. (Stürmische Beifallstürme.)

Für die Minderheit der Landtagsfraktion sprach als Korreferent Reichs- und Landtagsabgeordneter Ged. Offenburg. Das große und unangelegentlichste Lob, das der gesamten Fraktion des Landtags ausgesprochen worden ist, ist ein sehr beschämendes. Es drängt sich in jeder Versammlung auf und es steht beinahe so aus, als wäre jetzt die Zeit zu solchem Lobe besonders angetan. Die früheren Landtagsfraktionen haben dasselbe geleistet und die Situation ist heute nicht viel anders. Es ist der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Baden allein unmöglich etwas durchzuführen. Wir waren auch schon früher das Hänglein an der Waage. Die Sozialdemokratie hat immer geprüft, von Materie zu Materie, wie weit sie einem Gesetz ihre Zustimmung geben kann. Ist es im letzten Landtag anders geworden? Dem, was Kolb vorgebracht hat, war zu entnehmen, daß wir nirgends anders handeln konnten, als das Hänglein an der Waage zu sein. Das von der Fraktion angenommene Schulgesetz wird die Entwicklung auf konfessionellem Gebiet nicht hindern. Was haben wir überhaupt mit unseren Arbeiterforderungen in der Kammer erreicht? Das bisherige wirtschaftliche Entgegenkommen wird so gut wie aufgehoben durch das politische Unrecht, das man in Baden gegen die Arbeiter und Unterbeamten noch begeht. Die Duvetiere zu unserer Stellung gegenüber der Regierung war der Protest des Genossen Dr. Franz gegen die verfassungswidrige Behandlung sozialdemokratischer Arbeiter und Beamten. Es lag kein Anlaß vor, diese Haltung gegenüber der Regierung irgendwo zu ändern. Die infolge der Reichsfinanzreform arbeitslos gewordenen armen Tabakarbeiter hat die badische Regierung mit Ertragungen und Erhebungen in der Zukunft vertrieben. Die Regierung begegnete uns auch mit schroffem Widerspruch, als wir verlangten, daß der Fleischnot ein Ende gemacht würde. Im Bundesrat, in dem diese rein agrarischen Bestimmungen beschlossen werden, sitzt auch die badische Regierung, sie nimmt denselben unferlichen Standpunkt dort ein wie die preussische Regierung. Gerade der Minister des Innern von Bodman hat Baden im Bundesrat vertreten. Wir haben auch verlangt, daß die Ausgaben für die Gesandtschaften gesenkt werden. Dieses Geld würde schon hinreichen, um den Tabakarbeitern einen Notpfennig zu gewähren. Für einen großherzoglichen Hofwagen wurden dagegen 120000 M. gefordert. Auch dieses Geld

hätte den Bettelstempel für die Tabakarbeiter etwas fetter gemacht. Die sozialdemokratische Fraktion hat es beinahe an der notwendigen Energie fehlen lassen, um diese Forderung zu bekämpfen. Unser Redner hat nicht grundtätig diese Ausgabe zurückgewiesen, sondern nur im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzlage. (Widerpruch.) Auch unsere Forderungen auf dem Gebiete des Steinarbeiter-Schutzgesetzes sind abgelehnt worden. (Widerpruch.) Man hat uns Baukontrolleure aus dem Arbeiterstand nicht gemocht. (Stürmischer Widerspruch.) Trotzdem hat man das Budget bewilligt. Zuerst sollte es abgelehnt werden, aber nicht, weil Minister v. Bodman gelogt hatte, Sozialdemokraten könnten keine Bezirksräte werden, sondern die Fraktion hatte erklärt, die politische Ehre verbiete für das Budget zu stimmen, weil in Baden die Sozialdemokraten immer noch nicht gleichberechtigt seien und weil die Regierung die Unterstützung der Arbeitslosenversicherung abgelehnt hatte. Kann es ein schreienderes Unrecht geben, als wenn die Regierung mit 100 000 M. für die Arbeitslosenversicherung kauft und 120 000 M. ausgeben will für einen dritten Salonwagen des Großherzogs? Da mußte die Fraktion beim Finanzgesetz mit der Regierung abrechnen und dieses Gesetz ablehnen. Am 4. Juli hatte die Fraktion erklärt, die politische Ehre verbiete, das Budget zu bewilligen. Die Bewilligung wird nun begründet mit der herrlichen Rede des Herrn v. Bodman. Ich sage, die

Bewilligung ist längst vorbereitet

gewesen, sie lag schon lange in der Luft. Wir hätten uns ja schon auf dem vorigen Parteitag aussprechen können, da aber wurde beschloffen, über allen Dingen Ruhe zu halten, da wurde das Wort Budget aus unseren Verhandlungen direkt gestrichen. Wer von Ihnen hatte nicht den Eindruck, daß dieses prophylaktische Vorgehen lediglich den Zweck hatte, Ruhe zu haben. Damals hätte die Fraktion den Parteitag nicht täuschen dürfen. (Widerpruch und Unruhe), dann würde sie heute anders dastehen. Gewiß, der badische Wahlkampf war ein großer Sieg für die Sozialdemokratie, den Wahlkampf aber hat der Hunger geschlagen, die Empörung der aufgepeinigten Massen über die Reichsfinanzreform, auch über die Sünden der Nationalliberalen. Die 80 000 Wähler, die zu uns gekommen sind, sind gekommen wie die Massen zu Jesus kamen, die zu essen haben wollten. Da sagte Jesus, dann müßt Ihr vorher die Zustände ändern und die Pharisäer und Schriftgelehrten zum Teufel jagen. Diese Leute, die zu uns kamen, sind nun sehr enttäuscht und sagen, von Euch wollten wir jetzt auch nichts mehr wissen, denn Ihr geht ja mit den Nationalliberalen durch die und dann. (Widerpruch.) Ihr geht mit Euren größten Feinden zusammen, die sogar das Sozialistengesetz mitgemacht haben. (Unruhe.) Ueber das Bündnis bei den Wahlen will ich nicht streiten. Aber nachdem die Gefahr einer Zentrumsmehrheit abgewendet war, mußte der alte Urstand der Dinge wiederhergestellt werden. Ich kann mit dem besten Vergrößerungsglas nicht einsehen, was uns jetzt noch für außerordentlich große Verpflichtungen obliegen sollen. Der Großblock ist nun von den Wahlen übertragen worden auf die Taktik in der Kammer. Der Großblock ist eine Regierungsbündnis geworden und die Nationalliberalen verlangen, daß wir ihm Folge leisten. Der nationalliberale Führer Rebmann hat uns direkt verhöhnt, er sagte, die Sache sei ausgezeichnet gelungen, man habe die Sozialdemokratie herübergezogen zu einer Partei, die die heutige Gesellschaft anerkenne. (Lachen.) Die Sozialdemokraten hätten Konzessionen gemacht. (Widerpruch.) Gewiß, die Nationalliberalen haben kein Programm, aber um so trauriger ist es, daß wir mit einer Partei zusammengehen, die kein Programm hat. (Lachen und Zustimmung.) Die Nationalliberalen mußten von Anfang an annehmen, daß sie die Sozialdemokratie beherrschen würden. (Widerpruch.) Sie lehnten mich als Vizepräsidenten ab und verlangten einen, der ihnen besser in den Kram paßt. Da schon war das Mißrat der Fraktion gedroht, man ließ mich fallen. So ging es eine ganze Zeit hindurch. Der Großblock war eine viel intimere Gesellschaft als es nach außen schien. Und nun die folgende

Rede des Ministers v. Bodman

Daß eine Partei wie die Sozialdemokratie mit über 3 Millionen Wählern, die so Eminentes geleistet hat auf allen Kulturgebieten, eine grobhartige Ercheinung ist, das müßte selbst ein Papagei zugeben. Was aber hat der Minister denn überhaupt gesagt, hat er gesagt, daß er einen Sozialdemokraten in die Regierung berufen wolle, hat er sich für sozialdemokratische Grundzüge ausgesprochen? Nein, er sagte, er will uns weiter bekämpfen, nur will er uns da haben, wo er uns braucht, nämlich wenn das Zentrum einmal nicht will. Deshalb fiel die Fraktion plötzlich um. Die Hinrichtung des politischen Ehrbegriffs hat nicht zehn Minuten gedauert. Was wäre denn geschehen, wenn das Gemeindegeseh gefallen wäre? Es wäre noch nicht einmal gefallen, denn auch das Zentrum stimmte für das Gesetz. So ist denn der Beschluß genau dem Anfang angepostet gewesen. Die Nationalliberalen haben ihren Willen durchgesetzt. Es ist kein Zweifel, daß die sozialdemokratische Fraktion durch diese Haltung zum Budget sich in Widerspruch setzte mit den Gesetzen der Partei und mit dem proletarischen Empfinden. (Widerpruch.) Es liegt Disziplinbruch vor. Man meint ja jetzt, daß die Hofgängererei besser unterließen wäre, und die Mehrheit der badischen Parteigenossen hat sich gegen sie ausgesprochen. Was wird nun aber, wenn der Parteitag die Budgetbewilligung gutheißen wird? Es wird ja geschehen, denn man hat eine Agitation entfaltet, von der man sagen kann, daß sie künstlich war. (Widerpruch.) Es wird den Leuten ja nicht alles Material unterbreitet. (Zuruf: Aber den Norddeutschen!) Die Norddeutschen sind so frei und lesen alles. (Widerpruch.) Wer hat denn Kautskys Artikel überhaupt gelesen? Aber Sie wollen sich jetzt in den Weltkreis einmischen. Keine zwei Prozent haben das gelesen. Sie kommen alle hierher mit Vorurteilen. Das sind ja alles hier nur mimische Hilfsmittel, die bei diesem traurigen Drama in Szene gesetzt werden. Das soll alles wirken, um von der Hauptfrage die Wäde abzulenken. Der Schwerpunkt liegt darin: Wie kommen wir vor dem deutschen Parteitag in Magdeburg durch? Da werden Sie selber sagen müssen, daß Disziplinbruch vorliegt und daß die Hofgängererei nicht nötig war. Ich kann unmöglich, so sehr ich mich nach Mitteln der Ueberzeugung sehne, mir vorstellen, was in Magdeburg werden wird, wenn der Parteitag den Disziplinbruch bestätigt. Wie meine beiden anderen Kollegen aus der Landtagsfraktion darüber denken, weiß ich nicht, sie haben mich allein gelassen. Aber ich bin nicht isoliert, hinter mir steht die große deutsche sozialdemokratische Partei mit Ausnahme vielleicht der Heilbronner. In ganz Deutschland ohne Ausnahme hat man das Verhalten der Fraktion verurteilt, sogar die Nürnberger sind schwer gegen uns zu Felde gezogen. Wenn Sie eine Resolution für die Budgetbewilligung annehmen, wie sollen sich unsere Vertreter in Magdeburg verhalten? Innerlich ist die Scheidung bereits da, es ist auf dem jetzigen Wege nicht mehr weiterzukommen. Es wird vielleicht versucht werden, eine Sanierung herbeizuführen. Wenn es nicht anders möglich sein wird, dann schaffen Sie sich doch eine großherzoglich badische Sozialdemokratie, trennen Sie sich einmal ab und marschieren Sie Ihre eigenen Wege. Jemand etwas nach geschrien, wenn der deutsche Parteitag in Magdeburg den Nürnberger Beschluß aufrecht erhält. Höchstens kann eine Ueberbrückung versucht werden bis zu den nächsten Reichstagswahlen, aber wenn die Hinter uns liegen, dann beginnen die Differenzen von neuem. Wir können nicht zu den französischen

Zuständen kommen, wo jedes Departement seinen eigenen Sozialismus hat. Unsere Stärke bestand in unserer Einigkeit, unsere Macht in unserer Geschlossenheit und unsere Erfolge bestanden in der Disziplin und in der Disziplinierung der großen Masse. Die bei uns zu behalten und auszuführen, das ist unsere wichtige und große Aufgabe, die einzige, wahre Aufgabe, die die deutsche Sozialdemokratie zu erfüllen hat. Wenn wir Disziplin und Schulung von den Massen verlangen für den großen Moment, dann müssen wir auch geschulte Führer haben. Der jetzige Zustand muß ein Ende nehmen. Es muß in Magdeburg zu einer entschiedenen Aussprache, zu konsequentem Handeln kommen, und wenn wir die Konsequenzen tragen wollen, so bitte ich Euch, das auch auszusprechen. (Zeitweiser Beifall und Unruhe.)

In der Debatte

Kam zuerst Sauer-Karlstraße zum Wort: Der 10. Badische Reichstagswahlkreis, den Sed im Reichstag vertritt, protestiert gegen die Unterstellung, bei seiner Haltung gegenüber der Budgetbewilligung der Landtagsfraktion einer künstlich inszenierten Agitation gefolgt zu sein. Wir sollen schlecht informiert sein, dabei hat Sed selbst den Beweis erbracht, daß er über wichtige Aktionen im badischen Landtag nicht informiert ist. (Sehr richtig.) Was er über die Haltung der badischen Regierung in der Arbeitslosenversicherung gesagt hat, ist durch keinerlei Sachkenntnis getrieben. Im Gegenteil, wir sind der badischen Regierung dankbar für die in der Denkschrift niedergelegten Anregungen. Unsere Stellungnahme muß diktiert sein von der gesamten Tätigkeit der Fraktion. Als wir die 20 Mandate überboten, tauchte bei uns allen wohl der Gedanke auf, daß es diesen zwanzig möglich sei, das große in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Diese Frage können wir heute ruhig bejahen. Der „Vorwärts“ hat die ganze Angelegenheit auf ein falsches Gleis geschoben. Er sprach von Disziplinbruch. Und ganz Preußen schrie es nach. Wir müssen aber auch Stellung nehmen gegen die Ausschuldung und gegen den Vorwurf, unsere Abgeordneten seien nicht mehr würdig, weiter Abgeordnete zu sein. Wir wählen unsere Abgeordneten selbst und wir allein haben das Recht, sie zu kritisieren. Dieses Recht lassen wir uns niemals nehmen. (Lebhafte Beifall.) In diesem Saal trägt niemand den Gedanken in seinem Herzen, eine Partei zersplitterung herbeizuwünschen. Wir fühlen uns eins mit der deutschen Sozialdemokratie. Weil wir das auch in Zukunft wollen, deshalb müssen wir uns Respekt von den deutschen Parteigenossen mit allem Nachdruck verschaffen. (Lebh. Beifall.) Sed fragt, was nach dem Magdeburger Parteitag geschehen solle. Um ungelegte Eier kammern wir uns nicht, wir tun heute, was notwendig ist, das andere wird sich schon selbst finden. (Lebhafte Beifall.)

Krauß-Mannheim: Von einer künstlichen Macho darf nicht gesprochen werden. Erst als in Preußen von Budgethude bis Angewandtenbogen Protestresolutionen gegen uns angenommen waren, haben wir in unseren Versammlungen unserer Fraktion das Vertrauen ausgesprochen. Es ist der Gipfel der Dreistigkeit, wenn Preußen darüber bestimmen sollte, wenn wir unser Vertrauen geben wollen. Die übergroße Mehrheit der badischen Partei ist mit der Fraktion einverstanden.

Reffel-Mannheim: Die Budgetbewilligung ist keine badische Parteiangelegenheit. Nachdem der Nürnberger Beschluß vorliegt, erfordert die Einheit der Partei, daß die Parteigenossen sich diesem Beschluß fügen. Der Parteitag in Magdeburg wird Mittel und Wege finden müssen, um diesem Beschluß Achtung zu verschaffen. Durch Kolbs Rede ging wie ein roter Faden die Furcht vor dem proletarischen Sieg. Wenn diese Dinge nicht gekommen wären, dann hätten bis zum Wiederzusammentritt des Landtags nach den nächsten Reichstagswahlen unsere zwanzig Abgeordnete mit der verstärkten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine ganz andere Stellung gehabt als jetzt nach dem Versuch, die Partei zu zerfetzen. (Unruhe.) Die bürgerliche Gesellschaft gibt uns nur das, was wir ihr abtrogen, alles andere sind Scheinerfolge. Die bürgerliche Gesellschaft steht uns geschlossen gegenüber. Wir müssen hier wenigstens mit einer möglichst großen Minderzahl erklären, daß wir auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie stehen. (Vereinzelter Beifall.)

Kaufmann-Heidelberg: Auch ich muß protestieren gegen die außerordentlich geringe Berücksichtigung der Delegierten des Parteitages durch Sed. Es steht einem Abgeordneten schlecht an, die parlamentarische Arbeit so herabzusetzen. Das ist ein schlechter Vogel, der sein eigenes Nest so beschmutzt. Sed sagte, es wäre früher ebenso gewesen, als wir fünf Abgeordnete hatten. Wozu haben wir dann überhaupt den Wahlkampf geführt? (Sehr richtig) Sed kennt kein Uebergangsstadium, keine Konzessionspolitik. Die Alles-oder-Nichtspolitik war von jeder eine schlechte Politik. Sed kann sich eben mit der modernen Politik nicht befassen. Die Erklärung der 66 Süddeutschen auf dem Nürnberger Parteitag wurde stillschweigend sanktioniert. (Widerpruch.) Sei uns ist es gelungen, den schwarz-blauen Vögel auf ein totes Gleis zu bringen und Gesetze zu verabschieden, die von liberalfortschrittlichem Geist erfüllt sind.

In Norddeutschland ist man weit über das Ziel hinausgeschossen, da hat man sich nicht mehr auf die Kritik beschränkt, sondern uns geschulmeister und uns als Trottel hingestellt. Ich halte es für eine Verleumdung des Parteitages, daß heute hier noch Offenburg eine Volksversammlung einberufen worden ist, in der Rosa Luxemburg über die Budgetbewilligungsfrage referieren soll. Das war bisher in der Geschichte der Partei noch nicht da. Es dürfte nur wenigen Personen beschieden sein, etwas derartiges zu unternehmen. (Lebhafte Beifall.)

Parteiordnungsmitglied Müller-Verlin: Als ich im „Berliner Tageblatt“ die Nachricht von der Budgetbewilligung las, war ich keinen Moment im Zweifel, daß diese Erörterungen losgehen würden. Was aber die Vorkreddebatten anlangt, muß ich doch im großen und ganzen zugeben, daß sie sachlich geführt wurden. Man kann auch nicht sagen, daß die norddeutsche Presse die süddeutschen Stimmen totschwiegen hätte. Aber das muß ich auch sagen, wir haben diesen Streit als häuslichen Streit aufgefaßt, und deshalb bedauere ich, daß er heute hier in einer öffentlichen Volksversammlung erörtert werden soll. (Lebhafte Beifall.) Es handelt sich hier um eine Parteifrage, die nur die Parteigenossen angeht, und in einer so strafforganisierten Partei wie der Sozialdemokratie darf das nur unter Parteigenossen geschehen. (Lebhafte Beifall.) Ob Großblock oder nicht, ist gar nicht der Streitpunkt. Wer hat sich denn in Norddeutschland gegen den Großblock ausgesprochen? (Zuruf: Kautsky!) In Norddeutschland hat man sich nur gegen die Budgetbewilligung ausgesprochen. Wenn die Fraktion gegen das Budget gestimmt hätte, so würde das die Arbeit des Großblocks nicht ausgeschlossen haben. (Widerpruch.) Es wäre den Massen sehr wohl verständlich gewesen, wenn die Fraktion das Budget abgelehnt hätte. Ob die Budgetbewilligung eine Frage des Prinzips oder der Taktik ist, darüber kann man streiten. Nachdem aber die Mehrheit der Partei entschieden hatte, daß es eine Frage des Prinzips ist, mußte das auch für Baden gelten. (Sehr richtig) Gründe für die Ablehnung des Budgets gab es auch in Baden noch immer übergenug. Parteitagsschlüsse sind dazu da, daß sie gehalten werden. Ich kann nicht zugeben, daß daran die Erklärung der 66 Süddeutschen irgend etwas geändert hätte. Der Parteitag hat sie zu Protokoll genommen, weiter nichts. Ich gebe ohne weiteres zu, daß nach den augenblicklichen Verhältnissen in Deutschland ein Rede wie die des Ministers v. Bodman in den meisten übrigen Bundesstaaten nicht gehalten werden könnte. Aber v. Bodman

hat doch eigentlich gar nichts neues gesagt, sondern eine frühere Rede noch einmal wiederholt. Man sagt, daß nach ihm ein kühnerer Minister gekommen wäre. Nach der gegenwärtigen politischen Situation hätte ein ähnlicher Minister kommen müssen. Es ist auch kein Zufall, daß gerade hier in Baden die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Nicht die Sozialdemokratie ist auf dieses Zusammengehen angewiesen, sondern die nationalliberale Partei. (Sehr richtig!) Sie ist der treibende Faktor, der den Großteil in Baden ermöglicht. Deshalb haben wir nicht notwendig, weitgehende Rücksichten auf die Nationalliberalen zu nehmen. In bezug auf die Hoffgänger müssen wir uns auch etwas mehr Reserve auferlegen, es ist nicht nötig, daß sich die Abgeordneten an den höchsten Vorgesängen in der Kammer beteiligen. Wir sind die einzige republikanische Partei in Deutschland und es ist begreiflich, daß die Arbeiter gerade in dieser Beziehung sehr empfindlich sind. Die Situation ist ernst, die Einheit der Partei ist gefährdet. Es fällt mir nicht ein, zu behaupten, daß die Fraktion bewußt die Einheit der Partei schädigen wollte. Jetzt aber ist die größte Gefahr da. Die Partei wird in Magdeburg nichts anderes tun können als verlangen, daß auch in Baden Disziplin gehalten wird. Ich weiß, daß vielen von Ihnen das Wort Disziplin nicht paßt, daß sie es als preussisches Wort ansehen. Aber wenn auf der einen Seite die Frage des Zusammengehens mit den Nationalliberalen und auf der anderen Seite die Einheit der Partei, dann kann für Sozialdemokraten kein Zweifel bestehen, daß die Einheit der Partei über alles geht. (Beifall.) Es ist nicht daran zu denken, daß auf dem Magdeburger Parteitag sich eine Mehrheit finden wird, die den Rürnberger Beschluß aufhebt. Bedenken Sie, was bei Ihrer Abstimmung auf dem Spiel steht, bedenken Sie die kritische Situation, in der die Partei sich befindet und wie sie seit 1875 nicht da war. Welche Kreise der norddeutschen Partei sehen mit Trauer und Schmerz auf die gegenwärtige Situation. Sorgen Sie dafür, daß die Einheit der Partei nicht mehr geschädigt wird, als es bisher schon geschehen ist. (Beifall.)

Landtagsabgeordneter Maier-Heidelberg: Wir haben wiederholt erklärt, keine einseitige und schädigende Mitarbeit an den norddeutschen Parteiblättern einzustellen. Darauf sagte Genosse: Wenn ich etwas Gutes über Baden berichte, dann wird mir das nicht aufgenommen, nur das andere wird von der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Vorwärts“ aufgenommen. Gegen diese frivole wahrheitswidrige erlogene Verichterstattung wollen wir uns schämen.

„Vorwärts“-Redakteur Bloß-Berlin: Man hat unsere Objektivität in schärfster Weise angegriffen und gesagt, wir seien Schuld an dem Krampf. Derartige Vorwürfe hätte ich nach dem Verhalten des „Vorwärts“ nicht erwartet. Wir hielten uns mit aller Macht zurück, um die Sache nicht zu verschärfen. Wir mußten natürlich den Rürnberger Beschluß verteidigen und zu der Sache das Wort nehmen. Die Artikel des „Vorwärts“ sind mit Mäßigung geschrieben, wie sie bisher in der Partei bei einer solchen Auseinandersetzung nicht da war. (Widerpruch.) Wenn wir irgend einen Artikel einmal nicht brachten, ist das kein Beweis für unsere Parteilichkeit. Wenn man beurteilen will, wer objektiv verfahren ist, der „Vorwärts“ oder die badische Parteipresse, dann fällt der Vergleich doch sehr zugunsten des „Vorwärts“ aus. (Widerpruch und vereinzelter Beifall.)

Partei-Vorstandsmittglied Reichstagsabgeordneter Wolfenbühl: Ich wünsche, daß der Rürnberger Beschluß überhaupt nicht hätte gefaßt zu werden brauchen. Die Budgetbewilligung ist bei uns die einzige Möglichkeit, einer Regierung unser Mißtrauen auszudrücken. Die badischen Wähler mußten nach dem Rürnberger Beschluß annehmen, daß ihre Abgeordneten gegen das Budget stimmen würden. Koll sagt, mit der Regierung würden wir alle unsere Arbeit vernichten. Dabei war doch die Fraktion nahe daran, zum Budget nein zu sagen. Sie in Baden hätten den Norddeutschen keinen größeren Gefallen tun können, als wenn Sie diesen Mißklang in die gegenwärtige Siegesstimmung nicht hineingebracht hätten. (Beifall.)

In seinem Schlußwort wandte sich Landtagsabgeordneter Koll noch einmal gegen die reine Regationspolitik, mit der endlich einmal ausgeräumt werden müsse. Wenn in Belgien und Dänemark unsere Parteigenossen mit den Liberalen zusammen bei den nächsten Wahlen die Mehrheit bekommen, dann müssen sie in die Regierung hinein und dann müssen sie auch zu Hofe gehen. Dadurch wird an ihrer republikanischen Überzeugung nicht das geringste geändert. Im Reichstage wird Politik getrieben ohne die Sozialdemokratie, das kann nicht in alle Ewigkeit so weiter gehen. Es muß einmal etwas herankommen. Will man den deutschen Arbeitern zumuten, Millionen zu opfern, lediglich um zu demonstrieren? Das können wir billiger haben. Die Entwicklung, die in Baden eingeleitet hat, bleibt nicht auf Baden beschränkt. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn in Deutschland die Entwicklung einen anderen Weg gehen sollte. Auf der einen Seite stehen in der Partei diejenigen, die den Parlamentarismus nur als Agitationsstoff betrachten, auf der anderen die, die sagen, wir müssen auch die Konsequenzen aus dem Parlamentarismus ziehen. Dieser Kampf wird in der Partei nicht aufhören, mag der Magdeburger Parteitag beschließen, was er will, er wird nicht aufhören, bis eines Tages die Konsequenzen gezogen sind. Wie diese Konsequenzen ausfallen werden, darüber bin ich nicht im Zweifel. Wir lassen uns nicht provozieren, wir treten aus der Partei nicht aus, wir kämpfen mit aller Liebe für die Einheit der Partei, deshalb wollen wir die Vereitigung eines Beschlusses, der, solange er besteht, die Einheit der Partei aufs schwerste gefährdet. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wurde mit 136 gegen 36 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Der badische Parteitag erkennt an, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion das von den badischen Parteigenossen erhaltene Verhalten in weitgehendstem Maße gerechtfertigt hat und spricht deshalb der Fraktion für ihre Tätigkeit uneingeschränkte Anerkennung aus. Insbesondere wird die Zustimmung zum Finanzgesetz gebilligt. In der Überzeugung, daß der Rürnberger Beschluß in bezug auf die Budgetfrage undurchführbar ist, worauf schon von süddeutscher Seite auf dem Rürnberger Parteitage mit Recht hingewiesen wurde, stellt der badische Parteitag beim deutschen Parteitag in Magdeburg den Antrag, den diesbezüglichen Beschluß außer Kraft zu setzen.“

Gleichfalls angenommen und zwar mit 144 Stimmen bei vereinzelter Stimmhaltung wurde folgende Resolution:

Gegenüber der anmahenden Forderung gewisser preussischer und sächsischer Parteigenossen, die von den Mitgliedern der badischen Landtagsfraktion die Niederlegung der Mandate verlangen, spricht der Parteitag die bestimmte Erwartung aus, daß sich keiner der Abgeordneten zu einem derartigen Schritt drängen läßt. Der Parteitag erwartet vielmehr, daß die Genossen auf ihrem Posten ausdauern und ihre Mandate wie bisher im Interesse der Partei ausüben.“

Ein Antrag, der sich gegen die entstehende Mitarbeit badischer Genossen an auswärtigen Parteiblättern ausdrückt, wurde mit derselben Mehrheit angenommen. Ferner wurde mit 153 gegen 24 Stimmen ein Antrag angenommen, der es für un-

angebracht erklärt, daß in öffentlichen Volksversammlungen derartige Parteiongelegenheiten erörtert werden, und alle Genossen auffordert, solche Versammlungen nicht zu besuchen. Schließlich wurde beschlossen, von dem Delegationsrecht zum Magdeburger Parteitag den weitgehendsten Gebrauch zu machen.

Landeskongress der Sozialdemokraten Hessens.

Wiesbaden, den 21. August.

Die Konferenz tagt im Gewerkschaftshause, dem eigenen Heim der hiesigen Arbeiterklasse. Es sind vertreten die Abgeordneten Busold, D. David und Ulrich, die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die hessische Parteipresse, 73 Delegierte aus 59 Orten, darunter 2 Frauen. Der Parteivorstand ist durch die Genossen Luise Zieg vertreten. Genosse Ors erstattet den Geschäfts- und Kasienbericht. Die hessische Landesorganisation umfaßt 14 998 Mitglieder in 160 Mitgliedschaften gegen 14 488 im Vorjahre. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beträgt 88 832, die Parteipresse im Lande hat zurzeit 25 464 Abonnenten. An Einnahmen waren zu verzeichnen 81 129,18 M., an die Parteikasse in Berlin wurden in 9 Monaten abgeführt 3495,21 M. 1882 Versammlungen fanden statt und 604 000 Flugblätter wurden verbreitet. In die Berichtzeit fiel die Verhandlung des hessischen Landtagswahlrechts. Die Sozialdemokraten stellten im Parlamente den Wahlrechtskämpfer des schwarz-blauen Blocks und der Bauernbündler ins rechte Licht, in scharfen Ausführungen wurde die Auslieferung von Volksrechten an die erste Kammer gegeißelt, gegen die volksfeindliche Mehrheit war die Fraktion aber machtlos, Demonstrationen hatten die erwünschte Wirkung nicht und zu allem Ueberflus ergab die neue Wahlkreis-einteilung eine weitere Verschlechterung des Stimmrechtes für die breite Masse des Volkes. So ist weder von großen Erfolgen der Agitation noch der parlamentarischen Arbeit zu reden.

Den breitesten Raum in den Verhandlungen nahm der Parteitag in Magdeburg resp. die Budgetbewilligung in Baden ein. Referent hierfür war Genosse Busold-Friedberg. Die Quintessenz seiner Ausführungen gipfelte in folgender Resolution:

„Die sozialdemokratische Partei ist eine Klassenkampfpartei, deren Ziel auf die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaftsform gerichtet ist. Diese Voraussetzung gilt auch für die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten, was nicht ausschließt, daß dieselben im Sinne des zweiten Teiles unseres Parteiprogramms für Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes bereits unter der derzeitigen Gesellschaftsordnung zu wirken haben.“

Alle Mitarbeit der Sozialdemokraten hat bisher nicht vermocht, mehr als kleine Zugeständnisse für die Arbeiterklasse zu erreichen oder reaktionäre Anschläge zu verhindern. Nach wie vor besteht dieselbe Gesellschaftsform weiter, wobei die Macht der Arbeiterklasse zur Anwendung bringen.

Da dieser Zustand bis jetzt noch in allen staatlichen Verhältnissen besteht, haben die Ermählten der Partei zunächst auch noch keine Veranlassung, diesen Machtverhältnissen, trotz gelegentlicher kleiner Zugeständnisse oder anerkannter Vorteile, Mittel an die Hand zu geben, welche sie befähigt, der Arbeiterklasse ihre Macht auch weiterhin unter Mißachtung der Gesetzgebung zu lassen.

Rur in besonderen gelegenen Fällen können sich unsere Vertreter zu anderer Stellungnahme veranlaßt sehen. Ist sonach die Stellungnahme der Partei in dieser Frage eine selbstverständliche, so erscheinen die Parteitagbeschlüsse hierzu ungewöhnlich, weil sie geeignet sind, unsere an den Parlamenten tätigen Genossen in unhaltbare Situationen zu bringen. Solange aber diese Beschlüsse bestehen, erfordert die Parteidisziplin striktes Einhalten derselben.

Wenn trotz derselben badische Genossen in der Kammer dem Budget zustimmen, so bedeutet dieses zum mindesten einen großen Verlust gegen die Parteidisziplin, ohne welche ein Fortbestand der Partei nicht denkbar erscheint und der um so schwerer wiegt, als er von an hervorragender Stelle stehenden Genossen begangen wurde.

Die Landeskongress der Sozialdemokraten Hessens kann deshalb auch nicht umhin, ihren süddeutschen Genossen in Baden ihr Bedauern über ihre Haltung auszusprechen, hoffend, daß dieselben im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei rechtzeitig das tun, was denselben unter Wahrung ihrer Würde möglich ist, um in Zukunft zu derartigen Streitigkeiten innerhalb der Partei keine Veranlassung mehr zu bieten.“

Das Korreferat erstattete Dr. David-Mainz. Der Redner verurteilte den Disziplinbruch der badischen Genossen als durch die Verhältnisse bedingt hinzuweisen. Seine Resolution, die er der Konferenz vorschlug, fand 37 Unterschriften. Sie lautete:

„Die Frage der Budgetbewilligung kann nur eine Frage der Taktik sein. Da sich die Taktik aber nach den jeweilig gegebenen politischen Verhältnissen der verschiedenen Bundesstaaten zu richten hat, so ist eine Regelung durch Parteitagbeschlüsse ungewöhnlich und muß immer wieder zu schweren Differenzen innerhalb der Gesamtpartei führen.“

Die Hessische Landeskongress hält darum den Beschluß des Rürnberger Parteitags für verfehlt und erachtet es im Interesse der Einheit der Partei für erforderlich, daß der Rürnberger Beschluß aufgehoben werde und die Entscheidung den Landesorganisationen überlassen bleibt.“

In frundenlanger, sachlich geführter Debatte wurde besonders die Forderung der badischen Genossen scharf verurteilt. Genossin Zieg stellte sich in scharf pointierter Rede auf den Standpunkt, den die norddeutschen Genossen zumest in der Frage einnehmen; sie empfahl, beide Resolutionen abzulehnen. Die Resolution David wurde schließlich unter großer Bewegung mit 48 gegen 30 Stimmen angenommen.

Die Landeskongress nahm sodann einstimmig folgende Breitere Resolution gegen die Anwesenheit des Blutzaren in Hessen an:

„Die heutige Landeskongress der Sozialdemokratie protestiert entschieden gegen die Anwesenheit des russischen Zaren, dem Vertreter des verwerflichen russischen Regierungssystems, in unserem Lande. Sie ist entsetzt über die Tatsache, daß eine hessische Stadt für den Empfang des Repräsentanten dieses Despotenregiments Mittel der Steuerzahler zur Verfügung stellt. Die Konferenz richtet an die Landesfraktion das Ersuchen, festzustellen, ob durch die hessische Landesregierung für die Anwesenheit dieses ungeliebten Gastes Gelder ausgegeben wurden.“

Protestationen sollen in Gemeinschaft mit den Frankfurter Genossen eingeleitet werden. Eine Reihe weiterer Anträge, u. a. der, der sich gegen Doppelmandate zum Reichs- und Landtag wendet, wurden abgelehnt, der bisherige Landesvorstand wurde wiedergewählt. Ort der nächsten Landeskongress ist Worms.

Aus Industrie und Handel.

Wissenschaft und Börse.

Die Wissenschaft feiert zurzeit einen glänzenden Triumph! Nach langen Studien und Experimenten ist es gelungen, ein Präparat zusammen zu stellen, das nach den bisherigen Erfahrungen einen erfolgreichen Kampf gegen die Syphilis verspricht. Man sollte nun meinen, darüber hätten sich in erster Linie die unglücklichen Opfer der Krankheit zu freuen. In unserer kapitalistischen Ordnung ist das anders! Wie alles, muß auch die Wissenschaft, müssen auch ihre Erzeugnisse dem Kapital dienstbar sein. Das Heilmittel erweist zuerst die — Spekulanten! Die Syphiliskranken, die genesen wollen, müssen dem Kapital dafür einen Tribut zahlen. Die höchsten Far-

werke haben das Patent zur Herstellung des Präparats erworben, nicht um der Menschheit zu dienen, sondern um für die Aktionäre erhöhte Dividende herauszuschlagen. An der Börse hat man dafür eine gute Raie; die Aktien der höchsten Farwerke sind in den letzten vier Wochen um 25 Prozent gestiegen.

Die Fleischpreise steigen.

In welcher beängstigender Weise die Fleischpreise in die Höhe schnellen, ergibt sich aus den Zusammenstellungen der „Antlichen Preisberichte“ über Durchschnittspreise an fünfzig preussischen Märkten. Jetzt liegen die Ergebnisse für die erste Hälfte August vor. Im Vergleich mit dem Vormonat und der gleichen Zeit des Vorjahres ergeben sich die folgenden erschrecklichen Resultate. Es kostete ein Kilogramm Fleische in der ersten Hälfte:

	Juli 1910	Aug. 1909	Aug. 1910
Rindfleisch			
von der Keule . . .	172,9	168,8	175,8
vom Bug . . .	157,8	155,8	161,2
vom Bauch . . .	141,1	135,9	146,1
im Durchschnitt . . .	159,6	155,9	163,1
Kalb- und Hammelfleisch			
von der Keule . . .	186,7	180,1	190,9
vom Bug . . .	167,0	163,7	173,8
im Durchschnitt . . .	178,8	173,6	183,9
Schweinefleisch			
von der Keule . . .	180,2	174,8	181,6
vom Bug . . .	163,9	162,2	168,3
im Durchschnitt . . .	173,7	163,6	174,3
Schweinefleisch			
von der Keule . . .	176,0	177,8	179,8
vom Bug . . .	164,8	169,3	167,2
Kopf und Bein . . .	84,8	87,8	86,3
Rindenfett . . .	158,7	160,1	159,9
im Durchschnitt . . .	159,6	162,1	162,1
Rohfleisch . . .	75,0	73,9	75,8

Die Preise sind demnach nicht nur an der für Schweinefleisch beträchtlich höher als im Vorjahre, sie sind auch wieder über den Stand des Vormonats hinaus gegangen. Die agrarische Presse — unter Aufsicht ultramontaner Organe — fordert trotzdem eine noch strengere Sperrung der Grenzen. Den Nimmerfatten sind die Hungerpreise noch nicht hoch genug. Heute kostet Pferdefleisch schon bald so viel als vor einer Reihe von Jahren für Schweinefleisch bezahlt werden mußte. Und die Fleischwucherer wollen die Preise noch höher treiben.

Zunahme der Hypothekenverschuldung in Preußen.

Wie wir einer Arbeit des Professors Dr. F. Kühnert im neuesten Heft der Zeitschrift des hgl. preuß. Stat. Landesamts entnehmen, wurden vom 1. April 1888 bis zum März 1909, also in einem Zeitraum von 23 Rechnungsjahren in den städtischen Bezirken Preußens (Städte und Fabriorte) insgesamt 45 920,21 Millionen Mark oder durchschnittlich jährlich 1996,56 Millionen Mark Hypotheken und Grundschulden eingetragen, dagegen nur 22 788,18 bzw. 990,79 Millionen Mark gelöscht. Die Mehrverschuldung betrug also im ganzen 23 132,73 oder im Jahresdurchschnitt 1005,77 Millionen Mark.

In den ländlichen Bezirken bezifferten sich von 1888 bis 1908 die Eintragungen auf insgesamt 19 614,37 oder durchschnittlich jährlich 852,80 Mill. M., die Löschungen auf 12 292,40 Mill. M. bzw. 534,45 Mill. M. Somit betrug die buchmäßige Mehrverschuldung im ganzen 7321,97 oder im Jahresdurchschnitt 318,35 Millionen Mark. Die Löschungen von Hypotheken im Zwangswege betrugen durchschnittlich im Jahre 147,10 Mill. bzw. 14,1 Proz. in den städtischen und in den ländlichen Bezirken 49,00 Mill. oder 9,1 Proz. Diese große Zunahme der Verschuldung wird mit der industriellen Entwicklung und der Bautätigkeit zu erklären versucht. Andererseits hält Prof. Kühnert die Zunahme der Verschuldung auf dem Lande für besorgnis-erregend.“

Der Ausdehnungsdrang der Banken.

Erfahrt man die für Reinvestitionen im deutschen Bankgewerbe angeforderten Kapitalien, so ergibt sich für die erste Hälfte der beiden letzten Jahre eine Steigerung des Kapitalbedarfes für Reinvestitionen von 87,382 auf 106,871 oder um 19,489 Millionen Mark. Verfolgt man die Entwicklung des Kapitalbedarfes von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf fünf Jahre zurück, so ergibt sich für die Ausdehnung des Bankwesens in den letzten Jahren ein interessantes Bild. Die für Reinvestitionen im Bankgewerbe beanspruchten Kapitalien stellten sich nämlich unter Berücksichtigung ihrer Verwendung für Neugründungen und Kapitalerhöhungen, wie folgt, in Millionen Mark:

I. Halbjahr	Neugründungen	Kapitalerhöhungen	Reinvestitionen
1908 . . .	85,677	13,030	198,707
1907 . . .	3,797	96,779	102,576
1908 . . .	26,214	36,930	63,144
1909 . . .	35,263	52,119	87,382
1910 . . .	10,417	96,454	106,871

Im laufenden Jahre übertrugen die Reinvestitionen der Banken die Werte vom Jahre 1907. Weiterhin erhält aus einem Vergleich der für Neugründungen und für Kapitalerhöhungen verwendeten Kapitalien deutlich der Ausdehnungsdrang im Bankgewerbe. Die Kapitalaufwendungen für Neugründungen bleiben merklich hinter den für Kapitalerhöhungen, also für Geschäftserweiterungen beanspruchten Kapitalien zurück. Unter Berücksichtigung der obigen Ziffern wurde im Jahre 1908 eine bedeutend größere Summe für Neugründungen im Bankgewerbe aufgewendet als in den beiden letzten Jahren zusammen. Das scheinbare Ueberwiegen der für Kapitalerhöhungen im Bankgewerbe beanspruchten Kapitalien über die Kapitalaufträge für Neugründungen liefert einen deutlichen Beweis für das Streben nach der ständigen Vergrößerung der Betriebe und das Vorhandensein einer anhaltenden Konzentrationsbewegung im Bankgewerbe.

International.

Ein Schlaglicht auf die Internationalität des Kapitals wirft eine Zusammenstellung von A. Dig in „Log“ über englisches Kapital im Auslande. Danach war englisches Kapital in folgender Höhe im Auslande angelegt: Regierungsanleihen 280 Millionen Pfund Sterling, Eisenbahnen 343,3 Millionen Pfund Sterling, diverse Unternehmen 116 Millionen Pfund Sterling. Insgesamt 739,6 Millionen Pfund Sterling. In Wirklichkeit ist die Summe noch bedeutend höher, da die Schätzung nicht die in ausländischen Privatunternehmen angelegten Kapitalien umfaßt.

Unternehmensgewinne und Arbeiterlöhne. Das Eisenwerk Magdeburg in der Oberpfalz gibt seinen Aktionären, zu denen hohe, höchste und allerhöchste Herrschaften gehören, eine Dividende von 21 Proz. Arbeiter verdienen bei langer Arbeitszeit 2,50 bis 3,20 M. Der Arbeiterauschuss hat schon vor längerer Zeit um eine Lohnerhöhung nachgesucht, aber nicht einmal eine Antwort erhalten. Harmonie zwischen Kapital und Arbeit!

Leser- und Diskussionsklub „Osten“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Franke, Gaudsbruch 4: Sitzung. Gäste willkommen.

*) Die Behauptung, der „Vorwärts“ hätte günstige Berichte nicht gebracht und nur die ungünstigen abgedruckt, ist, wie wir mit allem Nachdruck und aller Bestimmtheit erklären, total un wahr. (Die Red. d. „Vorwärts“.)

Augsburger Katholikentag.

Augsburg, 21. August 1910.

(Telegraphischer Bericht.)

Die sonst so stillen Straßen Augsburgs sind heute von einer unübersehbaren Menschenmenge angefüllt. Schon vom frühen Morgen an trafen aus allen Gegenden Bayerns und Süddeutschlands Sonderzüge ein, die viele Tausende Festteilnehmer hierher brachten. Aus Oberbayern und den katholischen Gegenden in Schwaben, und Niederbayern sind ganze Ortschaften mit ihrem Pfarrer an der Spitze eingetroffen. Unter diese Massen mischen sich in großer Zahl Mönche, höherer und niederer Klerus, Jesuitenpatres usw. Für die Festveranstaltungen ist eine riesen-große Festhalle gebaut worden. Man hat dazu die alte städtische Sängerkirche mißbenutzt und erweitert. Der Ausbau hat 55 000 Mark gekostet. Hierzu hat die Stadt 20 000 Mark beigetragen, wofür ihr die Halle später überlassen wird. Die Halle ist im Innern geschmackvoll ausgestattet. Am Fuße der Vorstandstribüne sind die Wästen des Kaisers, des Prinzregenten und in der Mitte Pius X. aufgestellt. Darüber befindet sich ein großes Christusbildnis, zu dessen Seite verschiedene Wahlsprüche von Päpsten angebracht sind. Eine große Uebersetzung bringt das diesmalige Rednerprogramm. Als Hauptredner erscheint ein aktiver Minister und zwar der Parteiführer der Christlich-Sozialen in Oesterreich, Ackerbauminister Dr. Eben-hoch, der über „Katholische Weltanschauung und Gewinnung der gebildeten Katholiken“ sprechen wird. Unter den weiteren Rednern befinden sich der als Katholikentagsredner bekannte Pro-fessor Meyer-Luzemburg, der über „Die Aufgaben der Weltkirche für die innere Mission“ spricht, sowie Land- und Reichstagsabgeordneter Gräber-Heilbronn, der die „Soziale Entfremdung und Annäherung der einzelnen Volks-kreise“ behandeln wird. Dann sind noch zu nennen als Redner Reichstagsabgeordneter Graf v. Pestalozza-Rürnberg, der über „Modernes Freiheitsertum“, und Univer-sitätsprofessor Wed-Freiburg (Schweiz), der über „Innere Mission, besonders die Großstadtmis-sion“ spricht. Weiter sprechen Abt Vater Robert Weber-St. Ottilien über „Lage und Wirksamkeit der äußeren Mission“, Domkapitular Wagner-Augsburg über „Schulfragen“.

Nach einer seit Jahrzehnten bestehenden Gepflogenheit wurde der Katholikentag am Sonntag durch einen Massenumzug der katholischen Arbeitervereine eingeleitet. Am Festzuge nahmen teil 480 Vereine mit 50 Musikkapellen, darunter 8 Regimentskapellen, und ungefähr 28-30 000 Teilnehmern. Den katholischen Arbeiter-vereinen hatten sich angeschlossen Männervereine, Gesellendvereine, Jugendvereine, Burschenvereine, Gesangsvereine, Kongregationen und schließlich zahlreiche Pfarrvereine, die von ihren geistlichen Präsidien geführt wurden. Der Festzug bewegte sich durch die von dichten Menschenmassen besetzten Straßen Augsburgs zum bischöflichen Palais, wo die Führer des Zuges Ansprachen an den Bischof und die hohen Geistlichen richteten.

Der Arbeiterfestzug fand seinen Abschluß durch zwölf Ar-beiterversammlungen, von denen die größte in der großen Fest-halle abgehalten wurde. Hier marschierten dazwischen die Chris-tlichen Arbeitervereine und die katholischen Gewerkschaften mit ihren Fahnen ein. Der Vorsitzende des Lokalkomitees Justiz-rat Reiser-Augsburg eröffnete die Versammlung. Darauf übernahm, fürmlich begrüßt, der Präsident des Zentral-komitees der Katholikenversammlung Graf Droste-Bische-ning die Leitung mit den Worten: Gott segne die christliche Ar-beit! (Allseitige Rufe: Gott segne sie!) Dann folgte eine längere Ansprache, in der Graf Droste die katholische Kirche feierte.

Auch Reichstagsabg. Arbeiterssekretär Sieberts-Mün-chen-Gladbach hielt eine Ansprache. Er sagte:

„Die Grundbedingungen der katholischen Arbeitervereine auf den Katholikenversammlungen seien von Jahr zu Jahr impor-tanter geworden. Das sei das beste Zeichen, daß die Katholiken Deutschlands der Arbeiterfrage eine außerordentliche Bedeu-tung beimessen. Die Zahl der Lohnarbeiter in Industrie und Landwirtschaft werde gegenwärtig auf 40 Millionen geschätzt. Die Hauptaufgabe der deutschen Katholiken bestehe darin, den katholischen Arbeitern bei der Wahrung der religiös-sittlichen und wirtschaftlichen Interessen behilflich zu sein. Das erstere gelte in den katholischen Arbeitervereinen, deren Zahl heute 2000 mit 800 000 Mitgliedern betrage. Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter nehmen die christlichen Gewerkschaften wahr, die mit den katholischen Arbeitervereinen Hand in Hand arbeiten. Leider verkenne man noch sehr die Bedeutung der katholischen Arbeitervereine. Sie seien bestimmt, den Arbeitern die Bedeutung ihres Standes stets vor Augen zu halten und sie anzuhalten, für die Erhaltung von Religio-sität und Sittlichkeit zu wirken. In ihnen soll der Arbeiter zum Kämpfer für seine religiösen und sozialen Inter-essen erziehen werden. Unsere katholischen Arbeiter sollen sich mit Entschiedenheit an der christlichen Gewerkschaftsbewegung beteiligen. Brüderlichkeit und Solidarität soll in unseren Reihen herrschen, Achtung vor der weltlichen Autorität und den Gesetzen, aber auch aufrechtes Selbstbewußtsein in der Wahrung unseres Standes und in der Kulturarbeit, die wir der Gesamtheit leisten.“

Um 8 Uhr abends-füllte sich die Festhalle zur Begrüßungs-versammlung. Der Niesentraum war erdrückend voll. Die Zahl der Teilnehmer betrug mehr als 7000. Unter den Anwesenden sind zahlreiche Reichstagsabgeordnete, so die Abg. Gerold, Frei-herr v. Hertling, Erzberger, Dr. Heim, Gräber, Dr. Pieper, Dr. Räger, Versenberger, Graf Prachma, Fürst Löwenstein, Speck, Marg, v. Savigny, Graf Oppendorfer, Dr. Pichler u. a. Auch mehrere Bischöfe wohnten der Versammlung bei. Nach Musik und Vorträgen von Wendelsjohnsen und Richard Straußschen Ehren nahm das Wort der Vorsitzende des Lokalkomitees Justizrat Reiser-Augsburg zur Begrüßung. Er führte aus:

„Man hat an und die Frage gerichtet, wozu diese Katholiken-versammlungen da wären. Da war mein Vatein zu Ende, da-für habe ich keine Antwort. (Weisfall.) Wenn einmal ein all-gemeiner Völkerrfriede herrschen wird, dann versprechen wir, daß auch keine Katholikenversammlungen nötig sein werden. (Weisfall.) Die Katholikenversammlungen sind unsere Heerschau, unser Manöver, unsere Probemobilisierung. Auf den Katho-likentagen nehmen wir Stellung gegen unsere Feinde. Solange das Christentum besteht, ist noch niemals so konzentrisch und allgemein gegen Christus vorgegangen worden wie in diesen Tagen. Wir richten den Kampf gegen alles, was gegen Christus ist. (Stürm. Weisfall.) Unser von Christus ge-geisteter Glaube lehrt nichts, was gegen Vernunft und Wissen-schaft wäre, er lehrt Weisheiten, die über der Vernunft stehen. Man ist sogar so weit gegangen, zu sagen: Euer Christus hat nicht gelebt. Auch in Augsburg ist dieser Ruf erschollen. Schon damals haben wir in Versamm-lungen von Tausenden Stellung genommen. Wenn die Stadt

Augsburg heute Menschenmassen gesehen hat, wie seit der Hun-gerzeit und den Reichstagen nicht mehr, so ist das alles ein lauter Schrei: Christus lebt! (Stürm. minutenlanger Weisfall.) Ueber unsere ganze Versammlung schwebt das Siegesgeschrei: Christus lebt! Er ist nicht tot, er regiert und wird regieren.“ (Stürm. minutenlanger Weisfall.)

Hierauf nahm, lebhaft begrüßt, als Vertreter der Stadt Augs-burg Oberbürgermeister Hofrat Wolfram das Wort. Ferner sprachen der erste Vizepräsident der Ersten würt-tembergischen Kammer, Dr. v. Kiene sowie der österreichische Ackerbauminister Ebenhoch und der Bischof von Chur.

Augsburg, den 22. August.

Nach einem Pontifikalamt zu Ehren der allerheiligsten Jung-frau im Dom trat heute vormittag 11 Uhr die erste geschlossene Generalversammlung im großen Saale der Stadthalle zusammen. Sie war von etwa 2000 Mitgliedern besetzt. Zum Vorsitzenden wurde Oberlandesgerichtsrat Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Marg-Düsseldorf, zu Vizepräsidenten Graf Schönburg-Glauchau-Wechsungen und Reichstagsabgeordneter Oberpostlat-Sped.-München gewählt. Darauf wurden Ergebnisseitzungstabelle an den Papst, den Kaiser und den Prinzregenten von Bayern ab-gelesen.

Dann erstattete Graf Droste-Bischering den Bericht des Zen-tralkomitees, worauf die Beratung verschiedener Anträge begann, die ohne Vorberatung erledigt werden können.

In erster Reihe wurde der Antrag zur römischen Frage und zum Papsttum

erörtert. Hierzu nahm Justizrat Karl Wagem-Berlin das Wort:

„Nach guter alter Gewohnheit richten wir zu Beginn un-serer Arbeiten den Blick nach Rom, dem Mittelpunkt un-serer heiligen Kirche. Wir befinden damit den innigen Zu-sammenhang der deutschen Katholiken mit Rom. Wir verkünden damit, daß wir an dem Anschluß an Rom festzuhalten und ihn nach allen Seiten zu verteidigen gewillt sind. (Lebhafter Weisfall.) Der Heilige Vater ist uns der Hüter des Evangeliums. Man hat in letzter Zeit von neuem die Frage aufgeworfen, ob das Papsttum von Christus gestiftet sei, und hat diese Frage mit allen wissenschaftlichen Kunstgriffen und aller Voraussetzungs-losigkeit verneint. Unsere Theologen sind bemüht gewesen, diesen Gedanken nachzugehen. Der untrügliche Beweis muß doch auch für unsere Gegner darin erbracht sein, daß das Papsttum überhaupt noch existiert. Papst Pius X. ist der 248. Papst. Welche Dynastie könnte an solch eine Dauer denken? Und welche Dynastie hätte solche Führnisse übersehen können? Im offi-zialen Italien ist die Stellung des Papsttums nach wie vor eine äußerst bedrängte. Frankreich hat den Bruch vollzogen, seine Politik ist eine kirchenfeindliche. Selbst das offizielle Spanien hat den Bruch vollzogen. Auch in Deutschland erfahren Papst-tum und Kirche Angriffe, die in letzter Zeit besonders heftig ge-worden sind. Je schärfer diese Angriffe erfolgen, desto mehr werden wir zusammenstehen, um Papst und Papsttum zu ver-teidigen. (Stürmischer Weisfall.) Wenn man glaubt, durch solche Angriffe die deutschen Katholiken wandern zu machen, so irt man sich. Wir wollen eine feste Schloßlinie bilden. Zur Lösung all dieser gewaltigen Aufgaben bedarf das Papsttum großer Geldmittel. Die deutschen Katholiken dürfen nicht zurückstehen. Der Heilige Vater bedarf dieser Mittel nicht für Brunn und Tracht, sondern für die Verwaltung der Kirche. (Lebhafter Weisfall.) Redner empfiehlt schließlich die Annahme einer Resolution, in der es heißt: „Die Versammlung verlangt nach wie vor für den Papst als das Oberhaupt der katholischen Kirche volle wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit in Ausübung des höchsten Hirtenamtes, die unerläßliche Vorbedingung für die Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche ist.“ (Stürmischer Weisfall.)

Vorsitzender Marg: Aus Ihrem Weisfall glaube ich schon die Zustimmung zu der Resolution folgern zu können, es bedarf nicht einer Diskussion, die die Wirkung nur abschwächen würde. Die römische Frage ist für uns unantastbar wie die ewige Stadt selbst.

Graf Salen begründete hierauf einen Antrag auf Unter-stützung der Bonifaziusvereine, und Domkapitular Diesterwald be-fürwortete den Antrag, den deutschen Verein vom heiligen Lande“ zu unterstützen. Beide Anträge wurden angenommen.

Damit war die Tagesordnung der heutigen ersten geschlos-senen Versammlung erledigt. Am heutigen Montagabend werden sprechen Ackerbauminister Ebenhoch-Wien über „Weltanschauung und gebildete Katholiken“ und Pfarrer Wagner-Augsburg über „Die Schulfrage“.

Deutschland in der Welt voran!

Während die Aviatik in Frankreich die glänzendsten Triumphe feiert, steht sie in Deutschland vor dem Bankrott. Es ist kein Interesse, kein Geld für sie vorhanden. Die für Wettflüge ausge-setzten Preise sind meist so lächerlich gering, daß man es den Fliegern nicht verdenken kann, wenn sie für solche Summen ihr kostspieliges Material und ihre gefunden Glieder nicht aufs Spiel setzen mögen. Ohne ernstlichen Wettbewerb aber keine Fortschritte, keine imponierenden Leistungen. Ohne solche Leistungen aber auch kein Interesse. Das Endresultat: kein Geld, kein Publikum, keine Flieger, kurz, eine totale Pleite.

Man sollte es nicht für möglich halten, wenn man an den Zeppelinkaumel denkt. Für die Lenkbalkons brauche man sechs Millionen auf — für die weit interessantere und aussichtsreichere Aviatik sind nicht einmal ein paar Hunderttausend Mark übrig. Wenn sich nicht schließlich unser Militarismus der Flugmaschine annähme, die ihm für Erkundungszwecke wahrscheinlich wertvolle Dienste zu leisten vermag, bliebe die Entwicklung der Aviatik das unbestrittene Monopol des Auslandes. Der Militarismus als einziger Förderer eines Kulturwerkzeuges — welcher Lohn auf unseren „Kulturkaumel“!

Nun könnten nüchterne Skeptiker fragen: Was hat denn die Aviatik mit der Kultur überhaupt zu tun? Produziert sie gesell-schaftliche Werte? Vermag sie auch nur die Eisenbahn, den Last-wagen oder das Dampfschiff zu ersetzen? Daß die Flugmaschine jemals großen materiellen Nutzen bringen wird, läßt sich heute allerdings nicht behaupten. Andererseits freilich lassen sich ihre Entwicklungsmöglichkeiten auch nicht im entferntesten übersehen. Warum sollte nicht einmal die Zeit kommen, wo jeder sein Luft-auto besitzt, das ihn, möchte es immerhin auch dann nur eine Schön-Weiter-Maschine sein, mit Windeseile auf ungeahnte Ent-fernungen hin zur Erholung in die landschaftlich reizvollsten Gegenden entführt! Für die Technik wäre das wirklich nichts Unmögliches. Die Ruhbarmachung des Luftfahrzeuges für die breite Masse aber war dann nur ein soziales Problem. Ueberdies: wenn nur die Dinge einen Kulturwert beanspruchen könnten, mit denen sich ein materieller Nutzeffekt erzielen läßt, dann gehörten Dichtkunst und Musik gleichfalls nicht zu unseren Kulturwerten.

Seit Jahrhunderten, ja Jahrtausenden neibete die Menschheit dem Vogel seinen Flug, diese spielende Beherrschung der Lüfte. Und jetzt, da uns die Flugmaschine wenigstens an die Schwelle der Erfüllung dieser kühnsten Wünsche gebracht hat, fehlt es in Deutschland an Mitteln, den Flugpost aufzumuntern, einen Sport, der wie kein anderer beim Zuschauer die Phantasie an-zuregen und stolzes Luftempfinden auszulösen vermag!

In Frankreich, England, Belgien, Amerika ist die Aviatik nicht nur dem Enthusiasmus der Massen, sondern auch der klingenden Teilnahme potenter Kapitalistenkreise begegnet, deren sie zu ihrer Entwicklung bedurfte. Die dort ausgeübten Preise reizten den Wagemut der Flieger, den Erfindungsgeist der Techniker. Reiche Sportsmänner gingen selbst unter die Flieger. Manches von dieser Begeisterung für die Flugmaschine mag dabei, wie in Frank-reich, auf nationale Eitelkeit, wo nicht gar chauvinistische Regungen zurückzuführen sein — bei unserem Zeppelinrausch war's ja auch nicht anders! — manches auch auf die nach neuen Erregungen jagende Sensationsgier des kapitalistischen Sportbetriebes. Immerhin fand dadurch die Aviatik die notwendige Unterstützung. Nur bei unserer deutschen Bourgeoisie stieß sie auf stumpfe Gleich-gültigkeit und zugeknäppte Taschen. Der deutsche Bourgeois, dieser prollige Emporkömmling, der Unsummen für den Luxus und stupides Amüsament vergeudet, hat nicht einmal ein paar Hunderttausend Mark übrig, um die wunderbarste Erregungssache des neuen Jahrhunderts zu fördern.

Jetzt rufen die Freunde der Aviatik (z. B. in einer der letzten Nummern des Berliner Tageblatts) bezweifelnd nach staatllicher und staatlischer Unterstützung. Sie sollten doch erst einmal unserer Kapitalistenklasse kräftig die Reviten lesen! Denn wenn man das kapitalistische System anerkennt, sollte man doch auch mindestens gewisse Anstands-pflichten der Bourgeoisie anerkennen. Wenn die Kapitalistenklasse schon ein Anrecht darauf haben soll, die Massen des Volkes zum Vorteil einer Minderheit auszubenten, sollte sie von den ungeheuren Mehrerträgen wenigstens auch ein winziges Teilchen für kulturelle Zwecke verwenden. Oder aber: wenn allemal dann der Staat ein-springen soll, wo es sich um die Förderung einer Kulturaufgabe handelt, sollte man daraus doch wenigstens die Konsequenz ziehen, daß die Schmarozkerexistenz unserer Kapitalistenklasse auch nicht einmal den Schein einer Be-zugung hat!

11. Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Hamburg, 20. August 1910.

Nachdem die Gehaltsvorlage nochmals an die Kom-mission zurückverwiesen worden war, gelangten die allge-mei-nen Anträge zur Beratung.

Der nächste Verbandstag soll in Köln stattfinden. Die Filiale Wiesbaden, die wider den Schiedspruch in den Streit eingetreten ist, soll die aus dem Streit resultierenden Schulden in Höhe von über 900 M. begleichen.

Der 12. Verbandstag bleibt in Berlin, der des Ausschusses in Hamburg.

Smilla-Wien geht nochmals auf die separatischen Be-strebungen in Oesterreich ein und bittet um die moralische Unter-stützung der deutschen Kollegen.

Die Kommission zur Beratung der Regelung des Lehrlings-wesens ist im allgemeinen mit den von dem Referenten Sabath beschriebenen Forderungen einverstanden, nur in einigen Punkten werden Modifikationen bezw. Ergänzungen vorgeschlagen. Verlangt wird, daß die Kollegen sich bei Befestigung der Gesellenaus-schüsse und der Wahl der Vertreter zur Handwerkskammer be-teiligen sollen, um so Einfluß auf das Lehrlingswesen zu erhalten.

Die gestern schon fixierten Forderungen sollen für die Mah- und Konfektions-schneider gelten. Ein Meister, der keinen Gehilfen beschäftigt, darf nur einen Lehrling halten, Meister mit drei Gehilfen zwei, Meister mit zehn Gehilfen drei Lehrlinge (höchstzahl). Die Arbeitszeit der Lehrlinge richtet sich nach den tariflichen bezw. nach den zum Schutze der jugendlichen Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen. Die Entschädigung der Lehrlinge in der Damenschneiderbranche richtet sich nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen, beträgt aber am Anfang der Lehrzeit min-destens 8 M. pro Woche. Die Forderungen der Wäschbranche sollen in einer besonderen Konferenz dieser Branche aufgestellt werden. Mit diesen Änderungen werden die Vorschläge des Re-ferenten angenommen, ferner diese Resolution:

„Der Verbandstag empfiehlt den Filialen überall dort, wo die Möglichkeit besteht, der Agitation unter den Lehrlingen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei genügender Betei-ligung für diese besondere Sektionen zu bilden.“

Die Ortsvereinigungen haben die Aufgabe, in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung die Interessen der Lehrlinge zu wahren, sowie bildend unter denselben zu wirken. Insbesondere haben dieselben für die Innehaltung der durch die Gesetzgebung gewähr-leisteten Rechte zu sorgen sowie Verbesserungen der rechtlichen Lage anzustreben; ferner haben sie für die Abstellung aller Mißstände, wie übermäßig lange Arbeitszeit, schlechte Behandlung, schlechte und ungesunde Schlafstätten usw., einzutreten.

Des weitern ist an der sadgewerblichen Fortbildung der Lehrlinge mitzuwirken sowie für Einführung und Schulung in das Wesen der Arbeiterbewegung Sorge zu tragen, um dieselben zu tüchtigen proletarischen Klassenkämpfern vorzubereiten.“

Eine abermalige lebhafteste Debatte rufen die neuen Vor-schläge der Gehaltskommission hervor. Ueber die Gehaltsbezüge wird namentlich abgestimmt.

Das Anfangsgehalt der Vorstandsmitglieder und des Rebal-teurs beträgt 2400 M., das Endgehalt 3000 M., das Anfangsgehalt der Gauleiter 2100, das Endgehalt ebenfalls 3000 M., das Anfangs-gehalt der Hilfsarbeiter im Vorstande 2100 M., das Endgehalt 2600 M., das Anfangsgehalt sämtlicher Lokalkomitees Berlins 2100 M., das Endgehalt 2700 M., das Anfangsgehalt der Lokal-beamten in Hamburg, München und Frankfurt a. M. 2100 M., das Endgehalt 2500 M., das Anfangsgehalt der Lokalbeamten in den übrigen Filialen mit Ausnahme von Neugerdorf und Her-ford 1900 M., das Endgehalt 2300 M., das Anfangsgehalt in diesen beiden Filialen 1500 M., das Endgehalt 1800 M. Das Gehalt der Beitragsheber in allen Filialen mit Ausnahme Berlins ist um 100 M. niedriger als das der übrigen Beamten. Die weiteren Bestimmungen des Anstellungsvertrages entsprechen den Bedin-gungen des Vereins Arbeiterpresse.

Die Vorstandsmitglieder Stühmer, Mirus und Heit-mann werden einstimmig wiedergewählt, ebenso Sabath als Rebal-teur.

Die beschlossene Gehaltsregulierung tritt am 1. Januar 1911 in Kraft.

Beschlossen wird die Herausgabe eines Handbuchs für die Funktionäre.

Stühmer dankt in seinem Namen und in dem der übrigen Vorstandsmitglieder für die Wiederwahl und gibt in warmen Worten der Ueberzeugung Ausdruck, daß die gehaltenen Beschlüsse dem Verbands zum Vorteile gereichen werden.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Mit einem Hoch auf das fernere Gedeihen des Verbandes wird die Tagung nach sechstägiger Dauer geschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Weiße Sklaverei in einem staatlichen Betriebe.

Hart prallen die gesellschaftlichen Gegensätze in unseren großen Industriezweigen aufeinander. Die fashionable Welt sucht Erholung von den Strapazen der anstrengenden — Ball- und Theaterisaison des vergangenen Winters. Aber unter elenden Verhältnissen lebt hier das gewalttätige Proletariat, das jederzeit bereit sein muß, den Drogen der Gesellschaft das Leben so angenehm zu machen. Wie diese schwer arbeitenden Proletarier selbst gehalten werden, davon hier ein Beispiel aus Wiesbaden. Der dortige Hoflieferant und Hofstraßenverkäufer, Inhaber der Wiesbadener Bahnhofswirtschaft, Herr Friedrich Rieger, läßt seine Angestellten eine aus 19 Paragraphen bestehende „Hausordnung“ unterschreiben, die direkt ungeselblich und für das Personal geradezu schimpfliche Bestimmungen enthält. Da wird zunächst von den Angestellten verlangt, daß sie „allen Anforderungen, welche der Wirtschaftsbetrieb an sie stellt, in jeder Hinsicht Folge leisten“, sie müssen nach Angabe der „Herrschaft“ auch Arbeiten leisten, zu denen sie gar nicht angenommen sind. Die Arbeitszeit beträgt 18 Stunden und mehr.

Das Bedienungspersonal, Küstlerinnen, Kellner usw., haben genau die Arbeitszeit einzuhalten, welche denjenigen abgemessen bestimmt ist, und zwar haben die einen von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr abends, so haben die anderen von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens Dienst. Sollte der Betrieb eine andere Zeit erfordern, so sind die betreffenden Angestellten auch verpflichtet, noch länger zu bleiben. Ruhepausen während der Tageszeit sind nur mit Erlaubnis der Herrschaft gestattet.

Das ist das vom Gesetz geschützte Personal. Die Küchen-, Haus- und Waschküchen, sowie die Hausdiener und Buben (die der Bundesratsverordnung nicht unterliegen) müssen Punkt 8 Uhr morgens bei der Arbeit sein; im Falle das Geschäft es erfordert, kann diese Zeit auch früher festgesetzt werden. Wenn diese Leute endlich von der Arbeit abtreten können, darüber sagt die famose „Hausordnung“ gar nichts.

Wie ein Artikel aus einer Gefängnisordnung mutet nachstehendes an:
Die Küstlerinnen, Kassiererinnen, Kassierer und Buben haben bei ihrem Eintritt ihr mitgebrachtes Geld und Wertgegenstände abzugeben, dürfen ohne Wissen der Herrschaft keine besonderen Einkäufe machen und müssen auf Verlangen der Herrschaft im gegebenen Falle jederzeit ihre verschlossenen Behälter zur Revision öffnen. Einkäufe von Hausierern in den Wartefallen sowie von der Bahnhofsbuchhandlung, ebenso das leihweise Entnehmen von Büchern und Zeitungen aus derselben ist strengstens untersagt, und tritt bei Nichtbefolgung dieser Anordnung die sofortige Entlassung ein.

Das Einmischen der „Herrschaft“ in die persönlichen Verhältnisse der Angestellten geht noch viel weiter; ein Paragraph lautet: Das Anknüpfen von Liebesverhältnissen zwischen weiblichem und männlichem Personal sowie zwischen weiblichem Personal und Angestellten der Bahn, Post oder Wägen der Restauration hat die sofortige Entlassung zur Folge, und steht ausdrücklich Herrn Rieger das Recht zu, auf Kosten der Schuldigen neues Personal zu engagieren und zu diesem Zweck eisernerne Plätze zum Engagement zu bereifen und einen Extra-Lohnabzug von 80 M. vorzunehmen.

Man weiß nicht, was hier mehr empörend wirkt, die Unerschämtheit, die in der Aufzählung einer solchen Bestimmung liegt oder die beschämende Tatsache, daß es noch Leute gibt, die einen solchen Sklavenvertrag unterzeichnen.

Für die geringsten Vergehen sind hohe Geldstrafen festgesetzt; dabei sollen die Angestellten, die man demnach unter der Anute hält, stets freundlich und zuvorkommend gegen die Herrschaft sein, sich jedes vorlauten Wortes enthalten, auch die „Interessen der Herrschaft“ in jeder Weise wahrnehmen usw.
Pflichten, nichts als Pflichten! Jede menschliche Regung wird unterdrückt, auch der bescheidenste eigene Wille gebrochen.
Es gibt ja schon recht viele der gewalttätigen Angestellten, die sich gegen derartige Sklavenverträge aufbäumen. Solange aber nicht die Klasse das Unwürdige ihrer Lage sich bewußt wird und der Organisation beiträgt, solange wird auch ein Wandel zum Besseren nicht eintreten.

Vom preussischen Eisenbahnminister aber sollte man erwarten können, daß er einen derart unwürdigen Vertrag in einem staatlichen Rasterbetriebe nicht duldet. Nach den zwischen den Eisenbahnverwaltungen und den Bahnhofrestaurationen geltenden Bestimmungen hat er hierzu die Macht.

Eingegangene Druckschriften.

Die Tätigkeit der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses in der Session 1910. II. Teil. 150 M. „Germania“ Berlin, Straßburgerstr. 25.
Liebesjahre. Roman von G. Ostwald. 4 Marl. E. Fromm, Berlin W. 15.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 23. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opern-Theater.
Sobane.
Königl. Schauspielhaus. Sops und Schmet.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Sinfon und Deila.
Kammeroper. Liebesmalzer.
Lefling. Das Konzert.
Verfäuer. Taktum.
Romische Oper. Allgemeinerlebe.
Kleines. Augustus.
Kleines. Kolumbus.
Kleines. Im Landenschan.
Kleines Schauspielhaus. Kaffes.
Kleines. Die geschiedene Frau.
Kleines. Polnische Wirtshaft.
Kleines. Die kleinen Mischen.
Schiller-Theater Charlottenburg. Die zärtlich Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten von R. Benedi.
Hierauf: In Zivil.
Schwan! in 1 Akt d. Gustav Kadelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Rittmoos. abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 M.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshalle am Zoo.
Täglich 6-11 Uhr:
Riesen-Kinematograph.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr:
Vitascope-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein einziger Erfolg!
In einem amerikanischen Bulldog-Tingeltangel.
La mima espagnole
Zoraita
und das großartige August-Programm.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schults.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Das Eröffnungs-Programm.
Dorothy Toye
die stimmphänomenale amerik. Sängerin.
Mizzi Wirth, bestbek. Operettenstar.
Paul Cioquevall, Meister-Jongleur.
The angle and the girl, mystischer Illusionenakt.
Paulton u. Doley, kom. Radfahrer.
Morris u. Leona, amerik. Tänzerpaar.
Rajah, ägyptische Tänzerin.
Beri Levy, Zehnener eigen. Genres.
Collins u. Hart, Excentr.-Parodist.
Archie L. Goodale, Evolutionen im Riosenshine.
The 12 Sunshine girls, englisches Gesangs- und Tanz-Ensemble.
Biograph.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottscheid-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die kleinen Mischen.
Romische Oper in 3 Akten von Wesslager. Ende 10 1/2 Uhr.
Rittmoos. abends 8 Uhr:
Der Postillon von Lonjumeau.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Im Taubenschlag.
Schwan! in 3 Akten von Hennequin und Beber.
Storgen und folgende Tage dieselbe Vorstellung.
Sommer-Dress.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Täglich Anfang 8 Uhr:
Ein seltsamer Fall.
Auf der Gartenbühne: Theater-nachstellung, Spezialitäten. (Neues Programm.) Anfang 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater
Letzte Woche
des
unübertroffenen
komischen
August-Programms.

Herrnfeld Theater
Die größten Schlager
der letzten Saison:
Die Welt geht unter! und Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Billettdauer: 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Puhmanns Theater
Schönb. A. 143 — Kastanien-A. 97/99.
Bemerkung für das Schauspielpersonal:
Am Rande des Abgrunds.
Vollständiges in 5 Bildern.
Vorher:
Die erstklassigen Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.
der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Eintritt 30-100 Pf.
In den Gassen und nach d. Vorh.:
Großer Benefiz-Sall.
Mittw., Donnerst.: Blumenfeste

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen, Translatour- und Militär-Kapellen, Oberbayerische Sänger und Schühplatzler.
Neu! Tanagra, das achte Weltwunder.
Heute Dienstag, 23. August:
Konzert der Berliner Liedertafel
unt. Leitung des Chormeisters kgl. Musikdir. Prof. Frz. Wagner.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten von R. Benedi.
Hierauf: In Zivil.
Schwan! in 1 Akt d. Gustav Kadelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Rittmoos. abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 10-20, Rosenthal-Ter.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die amüsantesten Spezialitäten.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Großerkan. Inhab.: Rud. Merz,
Schönbanner Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonntag, Montag u. Dienstag.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2, Sonnt. 4 1/2 Uhr.
Vorzugskarten, nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets west. Progr. Bed.
Sonnt. i. Oberaal: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freitanz.

Reichshallen-Theater.
Von nun an, täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Karl Haverland-Theater
Anfang Theater präg. 7 1/2 u. 77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderschöne
Eröffnungs-Programm.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72. Ede Alexanderstraße.
Inhaber: Max Schindlerhauer.
Im herrlichen Naturgarten (bei ungenügender Bitterung im Theaterloal).
Les Fleurs. Gamb. u. Kapellquintett.
Kio? des Leufels Würfel.
The Willihus, Champion-Pal.-M.
Rittmoos: Freitanz.
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 5.

CIRCUS
Cyrill Hatle
Pankow, Berliner
straße
(n. d. Schönhäuser Allee)
Kleine Preise!
Wochentags:
Galerie M. 0,30
III. Platz 0,60
II. Platz 0,80
I. Platz 1,-
Sperreitz 1,50
Logensitz 3,-
Freudenlogensitz 4,-
Sonn- und Festtags:
Galerie M. 0,40
III. Platz 0,80
II. Platz 1,-
I. Platz 1,50
Sperreitz 2,-
Logensitz 3,-
Freudenlogensitz 4,-

Elite-Abend.
Morgen Mittwoch;
2 Vorstellungen
nachm. 4 Uhr u. abends 8 1/2 Uhr.
Mittwoch nachm. 1 Kind in Begleitung Erwachsener auf allen Plätzen frei. Außerdem zahlen unter 12 Jahre alte Kinder sowie Militär vom Feldwebel abwärts auf allen Plätzen halbe Preise, abends volle Preise.
Die Straßenbahnlinie No. 45, 47, 49, 51 u. 57 führen zum Circus Hatle, welcher 3 Minuten von den Stadtbahnhöfen Schönhauser Allee bzw. Pankow-Nied.-Schönhausen gelegen ist.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich: Schütentis'!
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
8. Sept.: Gr. Kinderfreudenfest.

Volgt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 53.
Dienstag, den 23. August, 7 1/2 Uhr:
Lebenswellen.
Gr. Lebensbild mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von G. Böllern.
Das große Augustprogramm.
Kaffeeöffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Sanssouci
am Kottbuser Ter.
Nach durchgreifender Renovierung Neu-Eröffnung des Etablissements in neuer Ausstattung Anfang September.
Jeden Abend Vorstellung.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Wieder-Eröffnung
10. Saison.
Sonntag, den 27. August:
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Hampelmann: Dir. G. Berg.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasehold 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Gröwenitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag!
Anfang: Wochentl. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Schweizer Garten
Am Königtor — Am Friedrichshain.
Täglich abends 7,10 Uhr:
Elternlos
oder:
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Ges. in 3 Akt.
Vorher: Spezialitäten.
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Sehm- u. Bellermannstraße.
Täglich:
Rosen aus dem Süden.
Voll mit Gesang und Tanz
von B. Gebicke.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Solree.
(Gesangs- u. Theater- u. Varietè-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag und Sonnabends: Tanzkränzen.
Anf.: Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr. — Alle Dons gültig.
Im Restau.: Rittmoos 75 Pf.
Gr. u. K. Sälle zu Festlichkeiten aller Art.
Max Saeger.

Spree-Garten Treptow.
(Gegenüber der Sternwarte.)
Heute Dienstag:
Großes
Militär-Konzert
Kapelle d. Eisenb.-Reg. No. 1.
Kgl. Obermusikmeister Lebedo
Anfang 7 Uhr. Entree 15 Pf.
Voransage!
2 Extratage.
Morgen Mittwoch:
2. gr. Schönheitskongress.
Donnerstag:
Gala-Feuerwerk.
Für den Inhalt der Inferate
abverantwortet die Redaktion dem
Publikum gegenüber teilvertezt
verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die von der Handwerkerkammer erbeuteten „Kammerjule“...

Dritter Wahlkreis. Heute findet in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 55/59, eine außerordentliche Generalversammlung statt.

Rixdorf. Heute abend 8 Uhr werden sich 5 öffentliche Versammlungen mit der volksfeindlichen Haltung des Magistrats beschließen...

Charlottenburg. Heute, Dienstag, den 23. August und morgen, abends 9 Uhr, findet vom Lokale des Genossen B. Liedtke...

Berliner Nachrichten.

Sieben Personen ertrunken.

In der Umgebung von Berlin haben sich am Sonntag zwei schwere Bootkatastrophen zugezogen, bei denen sieben Personen ihren Tod fanden.

Der Gesangsverein „Berliner Männerchor“ veranstaltete am Sonnabend eine Monatsfahrt nach Schmüdow. Die Abfahrt erfolgte um 10 Uhr an der Zammowbrücke mit dem Motorboot „Tempelhof“.

Die zweite Katastrophe, die in ihren Folgen noch furchtbarer war, trug sich Sonntagmorgen auf der Havel bei Schildhorn zu.

Der Berliner Tauchstimmensparverein „Brüdertrübe“ hatte mit seinen Mitgliedern einen Ausflug nach dem Grunewald unternommen. Als die Gesellschaft Schildhorn erreichte, äußerten mehrere Teilnehmer große Lust zu einer Kohnpartie.

Ertrunken sind: Der Lederarbeiter Karl Kling er, Grunewaldstraße 4; dessen achtjähriger Sohn Albert; der Tischler Gustav Schweimler, Plettenkoferstraße 15; dessen vierjährige Tochter Marie; Fräulein Ernestine Schulz aus der Gabelsbergerstraße 12.

Das Befinden der Frau Schweimler im Krankenhaus Westend ist zufriedenstellend. Schuhmacher Holstein und Fischer Stolp, die, wie gemeldet, ebenfalls gerettet wurden, haben sich bereits vollständig erholt.

Noch drei weitere Unfälle ereigneten sich vorgestern infolge des starken böigen Windes auf dem Tegeler See. Nahe bei Tegelort wurde das große Segelboot „Heideröschchen II“ von einem Schleppdampfer angerannt und zum Sinken gebracht.

Eine Liebesdröge wird aus dem Ofen der Stadt gemeldet. Am Grünen Weg 120 erlitt der 32 Jahre alte Tischlerer Erich Rosenthal gestern nachmittags seine Wirtin, die 30 Jahre alte Tischlererfrau Paula Köderig, verstoßte sich dann ebenfalls zu töten.

Die vier durch einen Stachelpflanz vergifteten Kinder aus der Sieglitzerstraße 8 befinden sich noch immer in bedenklichem Zustande. Trotdem hoffen die Ärzte im Elisabethkrankenhaus, sie alle dem Leben erhalten zu können.

Hochstapler und Heiratsschwindler. Ein vielseitiger Betrüger, der wegen Kautions- und Stellenfälschungs-, Urkundenfälschung, Heiratsschwindels und Erpressung schon lange gesucht wurde, ist gestern in der Person des 26 Jahre alten Kontoristen und Schreibers Hermann Jurzok verhaftet worden.

Die Erpresseraffäre in Pantow. Den Bemühungen des Amtsvorstandes von Niederschönhausen ist es bisher noch nicht gelungen, den Urheber des Erpresserbriefes an den Galtwitz Adolf Gerdoffsky in Pantow-Niederschönhausen zu ermitteln.

Ein Unglücksfall ereignete sich am Sonntagabend gegen 7 Uhr im Kummelsburger See. In der Nähe der Anstaltlichen Badeanstalt wollte ein junger Mann ein Freibad nehmen; als derselbe einen Kopfsprung ins Wasser machte, schlug er auf einen Granitstein und verletzte sich schwer.

Raum dem Verbleib eines Kindes wird wiederum geforscht. Am 11. Juni d. J. gebar eine Alwine A. aus der Aderstraße ein Töchterchen und übergab das Kind, das den Vornamen Erna erhielt, an eine Frau, die sich Robis nannte und angab, daß sie die Ehefrau eines Lokomotivführers sei und in der Eidenborffstraße 1 wohne.

Total zertrümmert wurde am Sonntagabend die Automobildrosche 3471 bei einem Zusammenstoß mit einem Straßenbahnwagen in der Rosenthaler Straße, unweit der Mulackstraße. Der Zusammen-

stoß war so arg, daß Achsen und Räder des Automobils brachen, der Wagenführer auf den Damm flog und die Trümmer den Fahrdamm bedeckten.

Rektor Rod als Wahlmann. Bei der bevorstehenden Abgeordnetenwahl im vierten Berliner Landtagswahlkreis hat außer den Ersatzwahlen für die inzwischen verstorbenen oder verzogenen Wahlmänner auch eine Nachwahl aus einer besonderen Veranlassung stattgefunden.

Wegen eines Fabrikbrandes wurde gestern mittag die fünfte Kompanie der Feuerwehr nach der Brenzlauer Allee 41 gerufen. Als die Jüge 17 und 18 dort ankamen, brannten in der Fabrik für Beleuchtungsgegenstände aller Art von L. Guth u. Comp. Lampen und Benzin sowie Verpackungsmaterial in größerer Ausdehnung.

In eine lebensgefährliche Lage gerieten am Sonntag abends 8 1/2 Uhr auf den Rehbergen einige Personen, die sich in unmittelbarer Nähe einer Laubenkolonie lagerten und dort bei dem angenehmen Wetter noch Erholung suchten.

Radrennen in Steglitz. Die am Sonntag abgehaltenen Rennen fanden unter dem Zeichen der Disqualifikation, die die Union Cycliste Internationale gegen den Verband deutscher Radrennbahnen erlassen. Die Vorgeschichte dieser Differenzen stammt vom dem Verkauf der Weltmeisterschaften in Brüssel her, wo den deutschen Fahrern offenbares Unrecht geschah und eine befriedigende Lösung der Streitfrage zugunsten Deutschlands nicht erfolgte.

Großer Preis von Berlin. 100 Kilometer-Rennen. 3000, 2000, 1500, 1200, 1000 M. 1. P. Didentman (Holland) 1 Stunde 13 Min. 27 Sek. (Weltrekord); 2. P. Guignard, 7070 Meter; 3. P. Theile, 12000 Meter; 4. Demle, 13000 Meter; 5. P. Sandberg, 17500 Meter zurück.

Auf der Treptow-Steinwarte findet am Mittwoch, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, ein Vortrag von Herrn Dozent Jens Bögen über: „Ursachen und Folgen der Hitze“ statt. Der Vortrag wird ausgestattet durch viele kolorierte Lichtbilder und solche in natürlichen Farben.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Sonntag wurde die Feuerwehr wieder zweimal böswillig alarmiert. Um 3 Uhr liefen Alarmer nach der Admiralsbrücke und nach der Schwarzloppstraße 10 ein.

Am Montag wurde die Feuerwehr nicht weniger als dreimal, vormittags, mittags und nachmittags um 6 Uhr nach der Lampenfabrik von L. Guth u. Co., Brenzlauer Str. 41, alarmiert. Zuerst brannten dort Lampen und Benzin, dann Staub in einem Abzugsrohr und zum dritten Male Regale, Ladentische usw.

Auf dem Dampfer „Despold Wilhelm“, der Gesellschaft Robiling gehörig, hat am Sonntag auf der Abfahrt von Zwickau ein Fahrgast eine braune Handtasche liegen lassen. Auf Befragen einiger junger Leute hat eine Frau in der Meinung, es sei die ihrige, die Tasche an sich genommen. Die betreffende Frau wird gebeten, die Tasche, in der sich u. a. auch Schlüssel befanden, an Mag. Werner, Reichensberger Str. 72, v. V. abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Einen imposanten Verlauf nahm die öffentliche Versammlung, die am Freitag, den 19. d. M., auf dem „Spandauer Bod“ stattfand. Etwa 1000 Personen aus Charlottenburg und Spandau waren gekommen, um den Vortrag des Genossen Fritz Jubeil über „Die politische Lage“ zu hören. In treffenden oft vom Beifall der Versammlung unterbrochenen Ausführungen schilderte der Referent die Misere unserer gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Ausgehend von den Hottentottenwahlen des Jahres 1907 gab er ein Bild der politischen Entwicklung Deutschlands seit dieser Zeit und betonte insbesondere, daß an den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen nicht zuletzt die Wähler von 1907 schuld seien, die sich durch die Wahl von bürgerlichen Abgeordneten diese Zukunft selbst gebunden hätten. Scharfsinnige Zustimmung von den zahlreich anwesenden Staatsarbeitern wurde dem Referenten gezollt, als er die mißliche Lage der Staatsarbeiter in Parallele stellte mit der kolossalen Erhöhung der Zivilliste. Zum Schluß forderte Jubeil die Versammelten auf, schon jetzt dafür zu sorgen, daß der im nächsten Jahre zu wählende Reichstag ein anderes Bild biete als der gegenwärtige mit seiner regierungsfremden und bewilligungswilligen Mehrheit. Reichlicher Beifall lohnte dem Referenten für seine trefflichen Ausführungen, und da zur Diskussion niemand das Wort wünschte, wurde die Versammlung nach einem kurzen, kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden geschlossen.

Wilmerdorf.

Die geistliche Schulaufsicht in Wilmerdorf ist aufgehoben worden. Dem Kreisinspektor ist von der Regierung nachstehende Verfügung ergangen: „Auf Antrag der Stadt Deutsch-Wilmerdorf werden die bisherigen Ortschulinspektionen über die städtischen Gemeindefschulen hierdurch aufgehoben und die Direktoren der letzteren auf Grund des Ministerialerlasses vom 25. Juli 1894 Ihnen unmittelbar unterstellt. Für die Direktoren gilt die im amtlichen Schulblatt veröffentlichte Dienstvorschrift vom 24. Dezember 1902.“

Schöneberg.

Der Arbeiterturnverein Schöneberg veranstaltet am Sonntag, den 28. August, ein großes volkstümliches Schauturnen auf dem Spielplatz an der Lindenstraße. Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. — Infolge andauernder Turnhallenentziehung turnt die Lehrlingsabteilung des Vereins jeden Mittwoch und die Männerabteilung jeden Freitag abends von 8—10 Uhr in Dess's Park, Hauptstraße 1/2. Freunde der freien Turnerei sind sehr gern gesehen.

Friedenau.

Das Elektrizitätswerk der Gemeinde Friedenau ist vom 1. Juli an in den Besitz der Berliner Vorortelektrizitätswerke übergegangen. Trotzdem die Gemeinde in den paar Jahren des Bestehens dieses Werkes schon erhebliche Ueberschüsse verzeichnen kann, wird der lukrative Betrieb einer Privatgesellschaft übertragen, augenscheinlich zu dem Zweck, weil diese die Ausbeutung der Arbeitskräfte viel ungenügender und von der öffentlichen Meinung viel unbeeinfluschter betreiben kann. Auch will man sich auf diese bequeme Art die Kosten, die eine eventuelle spätere Pensionierung der Angestellten verursacht, vom Hals schaffen. Die Angelegenheit ist selbstverständlich in geheimer Sitzung beraten und beschlossen worden. Für die Öffentlichkeit wäre es interessant gewesen, die Behandlung dieses Punktes zu beobachten. Dabei hätte man einmal einen Vergleich aufstellen können, ob diese wichtige Angelegenheit mit der gleichen Gewissenhaftigkeit und mit ebenso viel Sachverständnis behandelt worden ist wie vor kurzer Zeit die Frage der Verrückung des Hundemistens von den Bürgersteigen. Auch wäre es interessant gewesen, einmal zu erfahren, welche Stellung ein einflussreicher Gemeindevorsteher, der in sehr nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu einer Person in leitender Stellung bei den Berliner Vorortelektrizitätswerken steht, in dieser Sache einnahm. Der Vertrag ist auf 28 Jahre abgeschlossen und es sollen angeblich für den Gemeindefiskus jährlich 50 000 bis 60 000 M. mehr herauskommen wie wenn die Gemeinde das Werk in eigener Regie weiterführt. Man hat der Gemeinde bei Festlegung der Bezugsbedingungen verhältnismäßig weitgehendes Mißbilligungsrecht überlassen, was sich unsere Gemeindeväter besonders hoch anrechnen. Sicher ist jedoch, daß Friedenau durch dieses Mandat der Gesellschaft nur als Räder benutzt werden soll, um anderen Gemeinden die Ueberlassung ihrer Werke an eine privatkapitalistische Gesellschaft schmuckhaft zu machen.

Steglitz.

Ein Ueberfall ist in der vorgestrigen Nacht in der Schloßstraße verübt worden. Zwei dort wohnhafte junge Damen, die in Berlin auf einem Vergnügen gewesen waren, kehrten gegen 2 Uhr heim, als ein junger etwa 25-jähriger Mann auf sie zukam und ein Gespräch mit ihnen anknüpfen wollte. Er wurde aber abgewiesen und in dem Augenblick, als eine der beiden Frauen die Haustür öffnete, drängte sich der Unbekannte in die Haustür hinein und zog die junge Dame nach. Er versetzte ihr einen wuchtigen Schlag auf den Kopf und warf sie zu Boden. Der Angestiefte entließ dann der auf den Boden liegenden die goldene Taschenuhr und ergriff die Flucht. Der Täter konnte bisher nicht ergriffen werden.

Zehlendorf.

Beim Spielen auf der Straße hätte am Sonnabendabend gegen 8 Uhr der vierjährige Sohn einer armen Portierfrau aus der Schmidtstr. 35 leicht seinen Tod finden können. Der Kleine lief gegen einen in schneller Fahrt befindlichen Postwagen. Glücklicherweise wurde er durch den Wagen beiseite geschleudert, so daß er nur eine stark blutende Wunde am Hinterkopf davontrug. Es kann nicht genug davor gewarnt werden, daß die Kinder die Straße zum Zummelspiel nehmen.

Tempelhof-Maricendorf.

Am Mittwoch, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Apelt, Tempelhof, Berliner Str. 41/42, eine Mitgliederversammlung der Vereinigung Jugendheim statt. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Können wir ein Jugendheim gründen?

Friedrichshagen.

Gefestert ist vorgestern auf dem Müggelsee ein mit zwei Personen besetztes Ruderboot, als die Insassen die Plätze wechseln wollten. Der Vorkast war vom Restaurant Bellevue aus beobachtet worden, worauf mehrere Ruderboote und ein Motorboot herbestreuten. Es gelang ihnen nach vielem Bemühen, die beiden vor dem Tode des Ertrinkens zu retten.

Trebbin (Kreuz) Teltow.

In der Wahlerversammlung wurden infolge der letzten Agitationen mehrere Annahmen von weiblichen Mitgliedern vorgelesen. Wobann gab Genosse Köppen einen ausführlichen Bericht der Kreisgeneralversammlung. Im Punkt Parteiangelegenheiten waren mehrere Genossen der Reformorganisation aus Ludenwalde erschienen, welche durch den Genossen Hegewalt-Berlin vom Hauptverband ihre Wünsche vortragen ließen. Sie riefen die Unterstützung der Genossen an, daß dieselben sich bei Veranstaltungen nur von organisierten Männern bedienen lassen möchten. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Genosse Dinnler, als Lokalkommissionsmitglied Genosse Winter und Genosse Schüge als Revisor gewählt. Unter Vorsitzendem wurde die Einföhrung von Besessenen für weibliche

Mitglieder und solche, die es werden wollen, angeregt. Hiermit wird sich die nächste Versammlung noch beschäftigen.

Reinickendorf-West.

Ueber das Thema: „Staat und Kirche“ referierte in einer öffentlichen Versammlung Genosse Unger. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag meldeten sich eine Anzahl Versammlungsbesucher zum Beitritt in den Wahlverein; außerdem erklärten sich über 100 Personen zum Austritt aus der Landeskirchliche bereit. Vor und nach der Versammlung brachte der Arbeitergesangverein Einigkeit ein stimmungsvolles Lied zum Vortrag.

Tegel.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Bericht der letzten Kreis-Generalversammlung entgegen. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte, die sich hauptsächlich mit der badenischen Angelegenheit beschäftigte. Von allen Rednern wurde die Disziplinlosigkeit und parteischwebende Handlung scharf verurteilt. Beschlossen wurde ferner, einen Unterrichtskursus abzuhalten. Am ersten oder zweiten Sonnabend im November soll ein Kunstabend stattfinden. Die Reumohlen zur Bezirkseitung wurden insofern erledigt, als Genosse Kassa sich bereit erklärte, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen. An Stelle des Genossen Gutschow wurde Genosse Weiermann als zweiter Bezirksleiter gewählt. Ein Antrag, diejenigen Genossen, welche durch ihre wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sind, gesperrte Lokale zu besuchen, mit keiner Funktion zu betrauen, wurde einstimmig angenommen. Des Weiteren wurden die Mitglieder auf die am 10. September beginnenden Lichtbildervorträge aufmerksam gemacht. Karten sind bei den Bezirksführern zu haben.

Auf dem letzten Sommerfest ist ein Regenschirm stehen geblieben. Derselbe kann in der Konsumverkaufsstelle, Schlieperstr. 70, abgeholt werden.

Spandau.

Wieder ein Reinsfall der Polizeiverwaltung. Einen Strafbefehl von 3 M. wegen gewerbsmäßigen Verteilens von Handzetteln hatte der Genosse Paul D. erhalten. Sein hiergegen eingelegter Einspruch hatte vor dem Schöffengericht Erfolg. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Karl Diebiner machte folgende Ausführungen: Die Polizei, welche mit ihren Strafbefehlen wegen unentgeltlichen Verteilens kein Glück habe, veruche es jetzt mit der einzigen Möglichkeit der Bestrafung, die das Kammergericht noch frei ließe, nämlich der wegen Gewerbsmäßigkeit. Im vorliegenden Falle könne aber davon keine Rede sein, da der Angeklagte nur einmal Zettel verteilt und hierfür 200 M. erhalten habe. Dies könne man unmöglich als Gewerbsmäßigkeit ansehen. Der Amtsanwalt und das Gericht schlossen sich diesen Ausführungen an und erkannten auf Freisprechung.

Auf Veranlassung der Vorstände einiger Krankenhäuser hat der Magistrat sich nun doch entschlossen, in der neuerrichteten Wald-erholungsstätte warmes Mittagessen zu verabreichen. Infolgedessen werden die Kassen der Erholungsstätte Patienten, allerdings vorerst nur männliche, zuweisen.

Aus aller Welt.

Stützen der Gesellschaft.

Der Dortmunder Bankrott läßt allerhand Sumpblasen an die Oberfläche steigen. Handelskassendirektor a. D. und Bäderrevisor a. D. Hartwig hat nun auch eine stille Zelle bezogen, um seinem Freunde Ohm Gesellschaft zu leisten. Man weiß nicht recht, wer der größere Macher ist: Ohm oder Hartwig. Es scheint, daß Hartwig der eigentliche Schieber war und alle die großen Aktionen resp. Spekulationen eingeleitet hat. Hartwig war der eigentliche Gründer verschiedener Unternehmungen der Niederdeutschen Bank, so des Dortmunder Brauhauses, der Allemania-Brauerei in Langendreer und der Pänener Bank.

Hartwig kam vor etlichen Jahren nach Dortmund ohne einen Pfennig Geld zu besitzen. Er wurde hier verzeideter Bäderrevisor, doch wie er es trieb, war es mit dieser Tätigkeit bald vorbei. Als Handelskassendirektor mußte er sein Amt quittieren, als er die Gründung des Brauhauses vorgenommen und in den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft eingetreten war. Seitdem widmete er sich ganz den Geschäften Ohms, was ihn jedoch nicht hinderte, gelegentlich noch als Sachverständiger an Gerichtsstelle aufzutreten, so noch beim Konkurs der Soester Bank, und seine volle Schale der Entrüstung über Korruption und schwindelhaftige Spekulation (!) der Bank zu ergießen. Dazu paßten übrigens auch famos die religiösen Wandlungen des Herrn Hartwig. Als er von Wien nach Dortmund kam, war er noch Jude; um besser fortzukommen, wurde er katholisch und dann, als er merkte, daß katholisch nicht mehr Trumf war, wurde er zuletzt evangelisch.

Ein Kollege des Hartwig, der Handelskassendirektor a. D. Müller, hat sich ebenfalls auf seinen Vorteil verstanden; er schuldet der Bank rund 700 000 Mark. Doch Herr Müller befindet sich weit vom Schuß; er sitzt in Paris und beachtet von da aus die Dortmunder Presse mit Zuhilfenahme.

Der vierte in der Galerie ehrenwerter Männer ist Dr. jur. Rolden, Syndikus der Niederdeutschen Bank in Frankfurt. Dieser Herr wurde im Jahre 1902 in Eldersfeld zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich schwer gegen die Vorschriften des Anwaltsstandes vergangen, indem er zwei gegnerische Parteien zu gleicher Zeit in ein und derselben Sache vertrat. Auf Verwendung guter Freunde wurde ihm die Strafe im Gnadenwege erlassen, jedoch wurde er aus dem Anwaltsstande ausgeschlossen. Rolden hat bei den bedenklichen Gründungen der Bank als Justiziar eine Rolle gespielt. Er war gleichzeitig Direktor der Maschinenbauanstalt Alten-Essen, Direktor der Aktiengesellschaft für luftschiffelastige Fahrzeugbereifung in Dortmund, Direktor der Rotoren- und Lastwagen-Aktiengesellschaft (Rulag) in Waden und Direktor der Gummiwerke in Frankfurt a. M.

Die ultramontane „Tremonia“ regt sich noch fortwährend auf über die „widerlichen Schmähartikel“ gegen ihren Freund Ohm, sie kann sich aber endlich beruhigen, denn die Parität ist doch nun völlig gemahrt: Ohm, frommer Katholik; Ralweg und Rolden, Protestanten; Hartwig, getaufter Jude. Wahrscheinlich ein hübsches Quartett!

Die bürgerlichen Zeitungen hatten bisher geflissentlich verschwiegen, daß auch städtische Beamte Schuldner der „Niederdeutschen“ seien. Jetzt, nachdem die sozialdemokratische Presse der Sache die Schelle umgehängt hat, sieht sich doch der Dortmunder „Generalanzeiger“ demüthigt einzugestehen, daß „die Sache ungefähr ihre Wichtigkeit“ hat.

Strandung eines englischen Panzerkreuzers.

Auf einer Uebungsfahrt im Gelben Meere ist der englische Panzerkreuzer „Bedford“ am Sonntag in der Nähe der koreanischen Insel Duelpaert gestrandet. Durch die Katastrophe sind 18 Seeleute ums Leben gekommen. Die japanische Regierung hat nach Bekannwerden des Unglücks sofort mehrere Kriegsschiffe nach der Strandungsstelle abgefannt, doch besteht wenig Hoffnung, das Schiff zu retten.

Aeroplanrundsflug durch Halbeuropa.

Die Pariser Zeitung „Journal“ hat einen Preis von 200 000 Frank gestiftet für eine große internationale Aeroplanrund-

fahrt Paris—Berlin—Brüssel—London—Paris, welche im November 1911 zum Austrag kommen soll. Das „Journal“ wird den Club de France ersuchen, die Leitung zu übernehmen, und wird mit dem gleichen Ersuchen an die Aeroklub Deutschlands, Belgiens und Großbritanniens herantreten. Die Abiattler aller Länder sollen eingeladen werden. Sollte die Rundfahrt unerwarteterweise nicht zustande kommen, dann soll der Preis von 200 000 Fr. für eine Rundfahrt durch Frankreich verwandt werden.

Eine Stadt von Flammen umgeben.

Die großen amerikanischen Waldbrände dauern seit einigen Wochen mit unverminderter Heftigkeit fort. Besonders ist die kleine Stadt Wallace im Staate Idaho durch das Feuer sehr bedroht. Der etwa 5000 Einwohner zählende Ort ist durch einen Flammengürtel, der an einzelnen Stellen 500 bis 600 Meter breit ist, vollständig eingeschlossen. Wie ein Telegramm meldet, machen die Einwohner verzweifelte Versuche, sich zu retten. Der dritte Teil der Stadt soll bereits niedergebrannt sein, wobei viele Leute in den Flammen ihren Tod fanden. Bisher hat man 25 Tote gefunden. Auch mehrere andere Ortschaften sind durch das Wüten der Brände schwer bedroht. In Missoula sind Tausende von Flüchtlingen angekommen, viele davon nur notdürftig bekleidet, da sie mitten in der Nacht vor dem Feuer flüchten mußten. 180 Forstbeamte werden vernicht, man befürchtet, daß sie den Flammen zum Opfer gefallen sind.

Cholera und Pest.

In den von der Cholera betroffenen Ortschaften Italiens sind auch in den letzten 24 Stunden wieder eine Anzahl neuer Erkrankungen und Todesfälle festgestellt worden. In Triani erkrankten neu neun Personen, fünf starben. In Andria wurde ein neuer Fall und ein Todesfall konstatiert, in Barletta drei neue Fälle und zwei Todesfälle, in Ruva ein tödlich verlaufener Fall. In Corignola sind drei Personen neu erkrankt und zwei gestorben. — Wie aus Jassy in Rumänien gemeldet wird, sind in der Moldau neuerdings mehrere Fälle von Cholera vorgekommen. Die Regierung hat die umfassendsten Maßnahmen gegen eine Weiterverbreitung der Seuche getroffen.

Die Pest macht in Odeffa immer weitere Fortschritte. Während sie sich bisher auf das Armenviertel beschränkte, verbreitet sie sich jetzt langsam über die ganze Stadt. Es ist für die Stadtverwaltung sehr schwierig, die Verbreitung der Seuche zu hindern, da sich ein großer Mangel an Ärzten bemerkbar macht.

Der Parteivorstand in Quarantäne.

Der italienische Parteivorstand, der gemeinsam mit der Parlamentsfraktion am 17. und 18. d. M. in Bari eine Zusammenkunft abhielt, um über die föderalistischen Verhältnisse in Hinblick auf die periodischen Arbeitermehelien zu beraten, ist, wie die „Ragione“ berichtet, von der Polizei erjucht worden, der Gefahr der Choleraübertragung wegen die Stadt bis auf weiteres nicht zu verlassen. Glücklicherweise dauert die Quarantäne heute nicht mehr, wie ihr Name andeutet, 40 Tage.

Die verzauberten Banknoten.

Unser römischer Korrespondent berichtet uns über ein charakteristisches Vorkommnis, das beweist, wie leicht sich dreiste Schwindler die durch religiösen Aberglauben erzeugte Unwissenheit zu nuge machen können. In Cuneo (Piemont) stellten sich einer Bauerfrau zwei unbekannte Frauen vor, die dieselben anrieten, haben in dem Besitze der Bäuerin befindliche Hundertstücke an sie abzugeben, da diese Scheine vermischt seien, weil sie durch gottlose Hände gegangen waren. Die Bauerfrau lieferte den Unbekannten in gutem Glauben die Scheine aus, die nach Rom zum hl. Vater zur Segnung geschickt werden sollten. Aber es scheint, daß der Fluch die Scheine nicht verlassen will, denn die Bauerfrau wartet noch heute auf ihre Rückkehr.

Kleine Notizen.

Explosion in einem Kruppischen Laboratorium. Am Montagvormittag ist in Essen das Laboratorium des Kruppischen Schießstandes infolge einer Explosion in die Luft geflogen. Bei dem Unglück, das durch Entzündung einer kleinen Menge Pulver während des Laborierens mit Munition entstand, sind Verluste an Menschenleben nicht zu verzeichnen. Durch die Explosion sollen etwa 32 000 Kilogramm Munition vernichtet worden sein.

Durch eine Feuersbrunst sind in der Nacht zum Sonntag in der württembergischen Ortschaft Thalheim zehn Häuser zerstört worden. Ein zehnjähriger Knabe ist in den Flammen umgekommen.

Mord und Selbstmord. In Weinheim (Baden) erhängte sich am Sonntag ein 19-jähriger Arbeiter Wiermann in seiner Wohnung. Auf einem blutgetränkten Bettel hinterließ er die Mitteilung, daß er ein junges Mädchen durch mehrere Messerstiche in einem nahen Wäldchen ermordet habe. Die furchtbar zugeriebte Leiche der Ermordeten wurde an dem angegebenen Orte aufgefunden.

Ein Feldwibel als Mörder. In Hanau erschoss am Sonntag der Feldwibel Müller seine ehemalige Geliebte, die Verläuferin Hflond, weil diese das Verhältnis mit ihm gelöst hatte. Der Feldwibel wurde verhaftet.

Vor dem Hungertode gerettet. Wie ein Telegramm aus Plymouth meldet, ist der britische Schoner „Steering“ durch Stürme etwa 800 Seemeilen aus seinem Kurs getrieben worden. Der Mannschaft waren die Lebensmittel schon seit vier Tagen ausgegangen, so daß sie dem Hungertode nahe war. Da traf den Schoner auf seiner Fahrt der deutsche Dampfer „Prinz Joachim“, der der darbenenden Schiffsmannschaft Lebensmittel sowie einen Arzt an Bord sandte.

Bei einer Explosion in einem Feuerwerkslaboratorium in Valencia in Spanien wurde eine Person getötet, sieben Personen schwer verletzt.

Wieder ein Eisenbahnunglück in Frankreich. Ein am Sonntag auf dem Nordbahnhof in Paris abfahrender Personenzug stieß bei der Ausfahrt mit einer Lokomotive zusammen, welche den Lokomotivschuppen verließ. Durch den Zusammenstoß erlitten sieben Personen mehr oder minder schwere Verletzungen.

Bei einem Flugversuch stürzte in Courtrai (Belgien) der Abiattler Bader mit seinem Doppeldecker ab. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert, der Abiattler schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

W. R. 4. Ohne Einsicht in das Urteil des Schiedsgerichts läßt sich die Frage nicht beantworten. — Zimmerer 100. Stellen Sie Schöndersprüche an die Stadtgemeinde, zu Händen des Magistrats. — W. R. 101. Eine gesetzliche Verpflichtung besteht nicht, wenn das Kind vor der Abschließung geboren ist. — Unwissender. 1. Die Bestimmung eines Nachsammels ist erforderlich, wenn Sie die Rücklage oder überhaupt Einwendungen erheben wollen. Bei Nichtbestimmung eines Annahms werden nur die Abgabebestimmungen berücksichtigt. 2. So lange ein Gerichtsbeschluß nicht vorliegt, besteht für Sie keine Herausgabepflicht. — W. R. 35. Ja. — W. R. 36. Sie können bei Weigerung verliert und verurteilt werden. Vom Lohn ist dasjenige pünktbar, was Sie laufend mehr als 25 25 M. wöchentlich verdienen. — Hermann 20. 455. 1. und 2. Nein. 3. Ja. — W. R. 99. 1. Wenn Sie die behauptete Verabredung mit dem Witwe machen können, so können Sie selber weiter vermindern. 2. Klagen auf Einräumung, auch Zahlung der Miete herbeiführen. — W. R. 100. U. C. haben Sie keinen Anspruch auf Ueberreignung des Grundstücks. —

